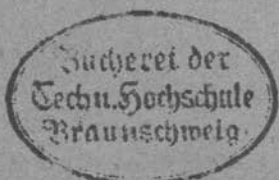


Sammlung
VII. B. 660
(5)



Jahresbericht
der
Gewerbe-Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1928

8

Braunschweig 1929

VII B
660
(5)

UB Braunschweig

84



10264-257-3

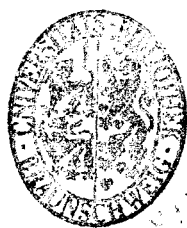
VII. B. 660(5)

Jahresbericht
der
Gewerbe = Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1928

8

9. V. 13. 257.

Braunschweig 1929
Druck von H. Rieke & Co.



Einleitung.

Eine Aenderung im Personalbestande des Gewerbeaufsichtsamtes ist im Berichtsjahre nicht eingetreten.

Wie in den vorhergehenden Jahren, ist eine größere Anzahl von Betriebsbesichtigungen zusammen mit technischen Aufsichtsbeamten von Berufsgenossenschaften ausgeführt. Das Zusammenarbeiten mit ihnen ist stets reibungslos verlaufen. Mehrfach haben die gemeinschaftlichen Revisionen Gelegenheit geboten, gegen Arbeitgeber, welche die Notwendigkeit der geforderten Schutzmaßnahmen nicht einsehen wollten, mit größerem Nachdruck aufzutreten. Auch mit den Kreisärzten ist wieder eine Anzahl von Betrieben gemeinschaftlich besichtigt worden.

Im Jahre 1928 ist darauf hingewirkt, daß vor allem die in den Tafeln II und III zu zählenden Betriebe mindestens einmal besichtigt wurden. Außerdem sind 162 Revisionen zur Durchführung des Kinderschutzgesetzes ausgeführt und 348 Hausarbeiterbetriebe, sowie 237 gewerbliche Anlagen ohne fremde Hilfskräfte, insbesondere Bäckereien, Schlachtereien und offene Verkaufsstellen besucht worden.

Unter Gruppe XVIII 2 und 3 sind in den Tafeln II A und II B wieder nur die Betriebe gezählt, welche dauernd Arbeiter an festen Arbeitsplätzen beschäftigen. Diejenigen Betriebe, welche nach § 154 G.D. nicht unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallen, sind nicht aufgenommen. Werden diese mitgezählt, so sind insgesamt 27 Betriebe der Gruppe XVIII 2 mit mehr als 50 Arbeitnehmern vorhanden gewesen. In ihnen waren insgesamt 2749 Arbeiter und 108 Angestellte beschäftigt. Betriebe der gleichen Gruppe XVIII 2 mit 5 bis 49 Arbeitnehmern waren insgesamt 180 vorhanden mit 1120 Arbeitern und 33 Angestellten. Betriebe der Gruppe XVIII 3 mit 5 bis 49 Arbeitnehmern waren insgesamt 104 vorhanden; in ihnen waren 771 Arbeiter und 19 Angestellte beschäftigt.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen, Arbeiter und Angestellte.

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Aus den Tafeln, welche dem Berichte beigelegt sind, ist ersichtlich, daß sowohl die Zahlen der großen, wie auch der mittleren und kleinen Betriebe und ebenso auch die Zahlen der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Vorjahre noch zugenommen haben. Auffällig ist, daß demgegenüber in den großen und mittleren Betrieben die Zahl der jugendlichen männlichen Arbeiter nicht unbeträchtlich abgenommen hat. Die Zunahme der Zahl der Betriebe und der Arbeitnehmer ist dadurch zu erklären, daß die im Vorjahre eingetretene Besserung der Wirtschaftslage in der ersten Hälfte des Jahres 1928 noch weitere Fortschritte gemacht hat. Dann ist allerdings ein Stillstand und gegen Ende des Jahres ein wesentlicher und immer stärker werdender Rückschlag ein-

getreten. Dieser wird in den Tafeln des Jahresberichtes noch nicht ersichtlich, da die für diese nötigen Feststellungen überwiegend noch während der günstigeren Wirtschaftslage gemacht sind.

Gegen Ende des Jahres hat eine große chemische Fabrik, die zeitweise über 1000 Arbeiter beschäftigt hatte, ihren Betrieb bis auf weiteres geschlossen. Eine größere Blechwarenfabrik in der Stadt Braunschweig ist von einem gleichartigen anderen Unternehmen aufgekauft und stillgelegt. Zwei Glashütten erlagen der Konkurrenz in- und ausländischer Tafelglashütten, weil sie die Mittel für die Beschaffung neuer moderner Einrichtungen nicht aufbringen konnten. Auch ein Schamottewerk hat infolge unzureichender Einnahmen den Betrieb vorläufig eingestellt. Eine Anzahl weiterer gewerblicher Betriebe, darunter eine größere Fahrradfabrik, eine Brauerei, eine Papierfabrik, mehrere Pappfabriken und einige Sägewerke sind in Konkurs geraten und aus diesem Grunde zum Stillstand gekommen. Auch verschiedene größere Maschinenfabriken sind von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage betroffen und haben ihren Betrieb eingeschränkt. Ungünstig war ebenfalls der Beschäftigungsgrad in manchen Holzverarbeitenden Betrieben, besonders in den mittleren und kleineren Möbeltischlereien.

Gut beschäftigt war bis zum Eintritt des Frostwetters das Baugewerbe. Infolgedessen hatten auch die meisten Ziegeleien während ihrer Kampagne gut zu tun. Günstig war auch die Geschäftslage bis zum Jahreschlusse in einem großen Werke der Automobilindustrie und in einem Werke der optischen Industrie.

Nach den bei den Betriebsrevisionen gemachten Feststellungen waren in 275 gewerblichen Anlagen mit mehr als 50 Arbeitnehmern 253 Arbeiterräte, dagegen nur 96 Angestelltenräte vorhanden. Ganz ohne jede Arbeitnehmervertretung waren von den 275 gewerblichen Anlagen 19 Betriebe, darunter 10 Konservenfabriken und zwei Handelsbetriebe. Das noch häufige Fehlen einer Angestelltenvertretung ist darauf zurückzuführen, daß Angestellte in den Betrieben oft nur in geringer Zahl beschäftigt sind. Sehr oft ist jedoch auch als Grund für das Fehlen einer Angestelltenvertretung angegeben, die Wahl wäre aus Mangel an Interesse der Angestellten nicht zustande gekommen. Die drei Betriebe, in denen nur eine Angestellten-, aber keine Arbeitervertretung vorhanden war, gehören sämtlich zum Handelsgewerbe; in ihnen war die Zahl der Arbeiter so klein, daß diese deswegen auf die Wahl einer eigenen Vertretung verzichtet hatten.

In den mittleren Betrieben ist im Gegensatz zu den größeren noch oft das Fehlen jeglicher Arbeitnehmervertretung beobachtet. Manche Arbeitgeber sind damit sehr zufrieden und vermeiden es, ihre Arbeitnehmerschaft zur Wahl zu veranlassen. Daher waren auch viele Arbeitgeber der ihnen obliegenden Bestellung eines Wahlvorstandes für die Betriebsratswahl nicht nachgekommen und haben deshalb mündlich oder schriftlich auf diese Verpflichtung hingewiesen werden müssen. Einige Arbeitgeber gaben durch Worte oder Handlungen deutlich zu verstehen, daß sie der Errichtung einer Betriebsvertretung ihrer Arbeitnehmer völlig ablehnend gegenüberstanden. U. a. erklärte der Inhaber

eines mittleren Handelsbetriebes: „Selbst wenn in meinem Betriebe eine Betriebsvertretung erforderlich wäre, würde ich ihre Wahl nicht zugeben. Ich bin der Herr im Hause!“ Der Inhaber eines mittleren gewerblichen Betriebes, der darauf aufmerksam gemacht wurde, daß infolge Anwachsens seiner Belegschaft auf 20 Personen ein Betriebsobmann nicht mehr genüge, sondern ein Betriebsrat gewählt werden müsse, erklärte, sofort eine Arbeiterin entlassen zu wollen, um von einem Betriebsrate verschont zu bleiben. Diese Beispiele lassen es erklärlich erscheinen, daß es mehrfach erforderlich gewesen ist, den Vorsitzenden des Arbeitsgerichtes um Bestellung eines Wahlvorstandes zu ersuchen.

Demgegenüber sind jedoch auch Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitgeber ihren früheren Widerstand gegen die Errichtung eines Betriebsrates aufgegeben oder auch trotz der Interesselosigkeit ihrer Arbeitnehmer auf die Schaffung einer Betriebsvertretung hingewirkt haben. So hat z. B. der Inhaber einer Leigwarenfabrik, in der seit mehreren Jahren kein Betriebsrat mehr bestanden hatte, Interesse an dem Vorhandensein eines Betriebsrates gewonnen, weil nach einem neuerdings für seinen Betrieb gültigen Schiedsspruche die Leistung einer zweiten Mehrarbeitsstunde nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig ist, und er diese Mehrleistung in seinem Betriebe zunächst infolge des Fehlens eines Betriebsrates nicht erreichen konnte. Der Besitzer eines Sägewerkes, der selbst Wert auf das Vorhandensein einer Betriebsvertretung legte, dessen Arbeiter aber für die Wahl nicht das geringste Interesse zeigten, wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er selbst einen Arbeitnehmervertreter ernannte, der dann die Rechte und Pflichten der gesetzlichen Betriebsvertretung auszuüben hatte. Das Bekanntwerden dieser Sachlage hatte für den Gewerbeaufsichtsbeamten die Folge, daß er den ernannten Arbeitnehmervertreter zwar nicht als gesetzmäßige Betriebsvertretung anerkennen konnte, trotzdem aber mit ihm verhandeln mußte, wenn er überhaupt die Ansichten und die Wünsche der Arbeiterschaft unmittelbar kennen lernen wollte. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben übrigens sämtlich den Eindruck gewonnen, daß häufig die Personen, die ihnen als gesetzliche Arbeitnehmervertreter bezeichnet werden, als solche nicht anerkannt werden dürften, da ihre Wahl in formloser Weise ohne Beachtung der Wahlvorschriften erfolgt ist oder aber so weit zurückliegt, daß ihre Wahlzeit längst abgelaufen ist. Verschiedentlich versah auch der vom Arbeitgeber ernannte Wahlvorstand die Geschäfte des Betriebsrates, wenn eine Wahl nicht zustande gekommen war.

In einem Steinbruchbetriebe versuchte ein Meister die Wahl zum Betriebsrate dadurch zu beeinflussen, daß er auf der Vorschlagsliste die Namen von zwei Arbeitern, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter besaßen, strich und an ihre Stelle die Namen von zwei ihm ergebenen Arbeitern setzte.

In einigen Betrieben waren zwar Arbeiter- und Angestelltenvertretungen vorhanden. Sie hatten sich aber nicht zu Betriebsräten zusammengeschlossen, sondern arbeiteten völlig unabhängig voneinander.

In diesen Fällen, die meist Handelsbetriebe betrafen, sind die in Frage kommenden Vertreter über die Gesetzesvorschriften aufgeklärt. Jedoch lehnte in einem größeren Kaufhause der Vorsitzende des Arbeiterrates nachdrücklichst ab, mit dem Vorsitzenden des Angestelltenrates zusammen zu arbeiten mit der Begründung, daß die Interessen der Arbeiter ganz anderer Art als die der Angestellten seien, und daß sie bei Verhandlungen mit dem Geschäftsinhaber von den Angestellten doch nur „in die Ecke gedrückt und mundtot gemacht“ würden. Das erschien insofern erklärlich, als der Vorsitzende des Angestelltenrates der Leiter der Expeditionsabteilung und als solcher der Vorgesetzte der Arbeiter war.

Obgleich anerkannt werden muß, daß in manchen, namentlich in den größten Betrieben, die Arbeitnehmervertreter die Interessen ihrer Mitarbeiter gegenüber der Betriebsleitung mit Nachdruck wahrzunehmen verstehen, so treten sie doch auch in vielen anderen Betrieben nur selten in Tätigkeit. Vor allem ist von einer Wirksamkeit der Angestelltenräte nur ausnahmsweise etwas zu merken. Die Gewerkschaften bemühen sich daher unter Aufwendung oft nicht unbeträchtlicher Kosten durch Vorträge über das Betriebsrätegesetz, über Arbeitsrecht, Sozialversicherung und Betriebswirtschaftslehre die Betriebsratsmitglieder über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. Vom Braunschweigischen Landtage sind diese Bestrebungen durch Bewilligung von Beihilfen zu den Kosten unterstützt worden.

Die Zahl der Betriebe und der Gewerbebezüge, in welchen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt sind, hat weiterhin zugenommen. U. a. sind erstmalig für die Wurst- und Fleischwarenfabriken, sowie für das Labenfleischergewerbe, für die Bäckereien und für die der Sattlerinnung angehörenden Betriebe in der Stadt Braunschweig Tarifverträge abgeschlossen. Neuartig ist die Bestimmung in dem Tarifvertrage für die Bäckereinnung, daß die Anteile der Arbeitnehmer für die Sozialversicherungen, sowie ihre Steuern vom Arbeitgeber zu tragen sind, so daß der tariflich festgelegte Lohn ohne jeden Abzug zur Auszahlung kommt. Auch die jahrelangen Bemühungen der Angestelltenverbände, Tarifverträge für ihre Mitglieder mit den Arbeitgeberorganisationen zu erreichen, haben nunmehr größtenteils Erfolg gehabt, nachdem ein im Jahre 1925 von der Schlichtungsstelle des Reichsarbeitsministeriums für verbindlich erklärter Schiedsspruch Ende des Jahres 1927 durch Reichsgerichtsurteil für rechtskräftig erklärt ist. U. a. sind für die Angestellten der Konservenfabriken in der Stadt Braunschweig und Umgebung tarifliche Vereinbarungen über Arbeitszeit, Gehaltszahlung und Urlaub getroffen. Auch von einer größeren Anzahl von Firmen des Großhandels und des Einzelhandels, sowie von den Betrieben des Verkehrsgewerbes der Stadt Braunschweig, von der Kaufmannsgilde einer Kreisstadt und von den Industriebetrieben des Weserkreises sind Tarife für ihre Angestellten abgeschlossen.

Wohlfach traten Zweifel darüber auf, ob die von Arbeitgebern als für sie gültig bezeichneten tariflichen Vereinbarungen anerkannt werden konnten. So besteht z. B. für eine Zementfabrik in einem Landkreise seit 1927 ein Tarifvertrag, in dem u. a. die tägliche Arbeitszeit auf zehn

Stunden festgesetzt ist. Er ist abgeschlossen mit einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitern, zu der sich die Arbeiter der Zementfabrik und einiger benachbarter ähnlicher gewerblicher Betriebe zusammengeschlossen haben. Bislang konnte nicht eindeutig festgestellt werden, daß diese Vereinigung nicht tariffähig ist. Auch eine Müllererzwingung hat nicht mit einer anerkannten Gewerkschaft, sondern mit einem von den Müller-gefellern gewählten Ausschusse Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse getroffen. Alle bei den Mitgliedern dieser Innung beschäftigten Gesellen haben an der Wahl des Ausschusses teilgenommen und später die mit der Innung getroffenen Vereinbarungen durch Unterschrift anerkannt.

Als nicht rechtskräftig mußte der Vertrag angesehen werden, der von dem Inhaber einer größeren Getreidemühle in ländlicher Gegend mit der nur von seinen Arbeitern gebildeten Vereinigung abgeschlossen war, und dessen Hauptzweck offenbar darin bestand, eine mehr als achtstündige Beschäftigung der Arbeiter zu ermöglichen. Jedoch wurde der Beamte, der die Gültigkeit des Vertrages bestritt und eine andere Arbeitszeitregelung verlangte, nicht nur von dem Mühlenbesitzer, sondern auch von dem Vertreter der Arbeiter bei getrennt vorgenommenen Verhandlungen gebeten, von einem Einschreiten Abstand zu nehmen. In Rücksicht auf die dort vorliegenden eigenartigen Verhältnisse ist diesem Wunsche auch zunächst stattgegeben.

Das Fehlen von Arbeitsordnungen ist mehrfach beanstandet worden, da weder von den Arbeitgebern noch von den Arbeitnehmern Wert auf ihren Erlass gelegt wird. Bei der Prüfung neuer Arbeitsordnungen ausgesprochenen Wünschen nach Aenderung unzulässiger oder unklarer Bestimmungen ist seitens der Verfasser stets Rechnung getragen.

Die meisten Lohnbewegungen im Jahre 1928 sind ohne größere äußere Kämpfe mit Hilfe des Schlichtungsausschusses geregelt worden. Jedoch ist der größere Teil der Belegschaft eines großen Betriebes der Textilindustrie infolge der Kündigung des hier gültigen Tarifvertrages und der Ablehnung der im Anschlusse daran gestellten Lohnforderungen in einen Streit eingetreten, der ohne wesentlichen Erfolg für die Arbeiter nach etwa zweiwöchiger Dauer sein Ende gefunden hat. In einem größeren Eisenschrottbetriebe weigerte sich der Betriebsleiter, den jüngeren Arbeitern den durch Schiedsspruch festgesetzten Lohn zu bezahlen. Als der Betriebsrat nachdrücklich die Forderungen der Arbeiter vertrat, wurde er aus dem Betriebe verwiesen und die ganze Belegschaft ausgesperrt. Nach etwa 4 Wochen wurde die Aussperrung durch Vermittlung des Schlichtungsausschusses aufgehoben.

Zu einer dreiwöchigen Arbeitsniederlegung kam es in einem Tischlereibetriebe dadurch, daß während der Wahl des Betriebsrates zwei auf der Vorschlagsliste stehende Arbeiter entlassen wurden. Der Streit ist durch die Schlichtungsstelle für das Holzgewerbe beigelegt. Die Arbeiter einer Wandplattenfabrik verlangten bei der Betriebsleitung die Entlassung von zwei Arbeiterinnen, die der Gewerkschaft nicht beitreten wollten. Als ihr Verlangen unter Hinweis darauf, daß dieses einen Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit bedeute, abgelehnt wurde, trat die

Belegschaft für eine Woche in den Streik, ohne jedoch ihren Zweck zu erreichen. Einige Mitglieder des Betriebsrates, die zum Streik getrieben hatten, sind nicht wieder eingestellt. Ihre Klage auf Wiedereinstellung oder Entschädigung ist vom Arbeitsgericht abgewiesen.

Ueber die Zahl der Arbeitslosen im Bezirke des Kreisarbeitsnachweises Braunschweig in den einzelnen Monaten des Jahres gibt folgende Uebersicht Auskunft:

		Gewerbl. Arbeitsuchende		Arbeitsuchende kaufmännische, technische und Bureauangestellte	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
Januar	1928	6037	4880	347	176
Februar	"	5851	4828	309	216
März	"	5893	4934	344	242
April	"	4597	4352	346	260
Mai	"	4170	4040	399	274
Juni	"	4005	1349	352	266
Juli	"	3796	1567	368	247
August	"	4006	1440	399	253
September	"	4142	1552	433	259
Oktober	"	4272	2196	487	260
November	"	5072	3562	418	242
Dezember	"	6404	5121	443	254

Die Uebersicht läßt bei einem Vergleiche mit der des vorigen Berichtes erkennen, daß bis zum Juli 1928 die Zahl der männlichen Arbeitslosen kleiner ist als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1927. Vom August 1928 an wachsen aber die Zahlen der männlichen Arbeitslosen wesentlich über die entsprechenden Zahlen des Vorjahres hinaus. Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage wird daraus klar ersichtlich. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist dagegen in jedem Monat des letzten Jahres höher als in dem gleichen Monat des Jahres 1927 gewesen. Das wird auf die bereits im vorjährigen Berichte angeführten, mit dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes am 1. Oktober 1927 zusammenhängenden Gründe zurückzuführen sein.

Wegen Verstoßes gegen § 115 G.D. ist der Mitinhaber einer großen Wäschefabrik zur Anzeige gebracht, weil er einer bereits neun Jahre von ihm beschäftigten Zuschneiderin bei einer Lohnzahlung von 26,18 RM. insgesamt 11,25 RM., darunter einen Betrag von 3,25 RM. für eine Schürze mit Fehlstellen und von 4,20 RM. für Seide, die noch unverfehrt im Geschäfte vorhanden war, in Abzug gebracht hatte. Die Zuschneiderin hatte daraufhin ihre Stellung aufgegeben und das Gewerbeaufsichtsamt benachrichtigt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß noch mehreren Arbeiterinnen ähnliche Abzüge vom Lohne gemacht waren. Bei der Gerichtsverhandlung ist jedoch der Mit-

inhaber der Firma freigesprochen, weil das Gericht der durch mehrere Urteile bekanntgewordenen Ansicht des Reichsgerichtes folgend zu dem Beschlusse gekommen ist, daß der Beschuldigte nicht unzulässig gehandelt habe, weil die Lohnabzüge als Aufrechnung für Schadenersatzansprüche anzusehen seien, die nach § 115 G.D. nicht verboten seien. Aus formellen Gründen hat gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt werden können.

B. Arbeiter.

In den meisten Gewerbebezügen ist es auf Grund tariflicher Vereinbarungen zulässig, ohne behördliche Genehmigung auch für längere Zeiträume die Arbeitszeit über 48 Stunden in der Woche hinaus zu verlängern. Oft ist zu einer derartigen Mehrarbeit nur die Anhörung oder die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich, nicht selten ist eine begrenzte Verlängerung der Arbeitszeit aber auch lediglich in das Belieben der Betriebsleiter gestellt. Von diesen Möglichkeiten ist fast immer Gebrauch gemacht, so daß in vielen Betrieben mehr als 48 Stunden in der Woche gearbeitet ist. Bedauerlich ist, daß zuweilen die Fassung der tariflichen Bestimmungen über die Mehrarbeit nicht einwandfrei ist. Mehrfach sind in den Tarifverträgen zwar über die Höhe des Lohnzuschlages für Mehrarbeit, nicht aber über die Voraussetzungen, unter denen Mehrarbeit zulässig sein soll, genaue Abmachungen getroffen. In einem Tarifvertrage ist z. B. bestimmt: „Ueberstunden sind zu leisten, wenn der Arbeitsauftrag oder die Art der Arbeit diese erforderlich machen.“ In einem anderen Tarifvertrage heißt es: „Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; wo dieselben notwendig sind, sind sie an die regelmäßige Arbeitszeit anzuschließen.“ Derartige Vorschriften machen ein Einschreiten wegen unzulässiger Mehrarbeit unmöglich, solange die Arbeitszeit nicht mehr als 60 Stunden in der Woche beträgt. Schwierig nachzuprüfen sind auch oft die Behauptungen von Arbeitgebern, daß von ihnen angeordnete Mehrarbeit auf Grund eines Tarifvertrages zulässig sei, da oft keine Abdrücke der Tarifverträge in den Betrieben vorhanden sind, oft auch nicht ohne weiteres festzustellen ist, ob ein Tarifvertrag für den Betrieb wirklich Gültigkeit hat. Weder vom Abschluß noch vom Ablauf der Tarifverträge wird, wie es vorgeschrieben ist, dem Gewerbeaufsichtsamt stets Mitteilung gemacht.

Auch das Verhalten der Arbeitnehmer erschwert noch oft die Feststellung von Verstößen gegen die Arbeitszeitvorschriften. Die Arbeiter nehmen oft jede Gelegenheit wahr, selbst durch unzulässige Ueberarbeit Mehrverdienst zu erlangen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. In einem Steinbruchbetriebe nahm z. B. ein Teil der Arbeiter, welche nach dem Tarifvertrage eine neun- bis zehnstündige Arbeitszeit haben sollten, um höhere Afforddienste zu erzielen, lange vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit ihr Tageelver im Bruche auf und blieb auch nach Schluß der Betriebszeit noch bis zur Dunkelheit bei der Arbeit. Dem Arbeitgeber war dieser Eifer seiner Leute nicht unangenehm, denn er gab auf Vorhalt an, zwar von ihrer Tätigkeit außerhalb der Betriebszeit nichts zu wissen, aber keinen Anlaß zu haben, seine Arbeiter an freiwilliger Mehrarbeit zu hindern. Der Steinbruchbesitzer ist zur

Anzeige gebracht, weil er es an der nötigen Beaufsichtigung seines Betriebes hatte fehlen lassen, und zu 50 RM. Geldstrafe verurteilt.

Trotz der Schwierigkeit der nötigen Feststellungen ist eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitgebern wegen Verstößes gegen die Arbeitszeitvorschriften zur Anzeige gebracht und größtenteils auch bestraft. So ist der Inhaber einer Maschinenfabrik zur Anzeige gebracht, aus dessen Lohnbuche infolge einer Beschwerde festgestellt werden konnte, daß er einige seiner Arbeiter sieben Wochen lang bis zu 60 Stunden, verschiedene Arbeiter sogar bis zu 76 Stunden beschäftigt hatte, ohne daß nach einem Tarifvertrage für seinen Betrieb Mehrarbeit zulässig gewesen war. Der Besitzer eines Sägewerkes, für welches ebenfalls keine tariflichen Vereinbarungen über Mehrarbeit Geltung hatten, beantragte beim Gewerbeaufsichtsamte die Genehmigung zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf neun Stunden für längere Zeit. Da jedoch nach Eingang des Antrages bekannt wurde, daß er entgegen einem von ihm gegebenen Versprechen bereits mehrere Monate seine Arbeiter unzulässig lange beschäftigt hatte, wurde sein Antrag abgelehnt und seine Bestrafung beantragt. Trotzdem hat er seine Gatterarbeiter noch weiterhin bis zu 15 Stunden am Tage beschäftigt. Er ist mit 50 RM. bestraft.

Einige Betriebsleiter sind bei der Feststellung von Verstößen gegen die Arbeitszeitvorschriften lediglich verwahrt worden, namentlich dann, wenn besondere Verhältnisse eine sofortige Bestrafung nicht erforderlich erscheinen ließen. In einer Gipsfabrik wurde ermittelt, daß in gewissen Zeitabständen bestimmte Arbeiter unverhältnismäßig viel Ueberstunden machten. Der Fabrikhaber erklärte, das sei nicht ganz zu vermeiden. Nur einer seiner Leute verstände z. B. eine bestimmte Gipsorte einwandfrei herzustellen. Dieser müsse, wenn diese Sorte angefertigt würde, bis zur Fertigstellung der Beschädigung im Betriebe bleiben und die Aufsicht führen. Er leiste dann meist seine normale Arbeitsschicht von 6 bis 18 Uhr, gehe einige Stunden nach Hause und käme dann zurück, um nochmals einige Stunden zu arbeiten. Dem Fabrikanten ist eröffnet, daß solche Beschäftigungszeiten nicht geduldet werden könnten.

In den kleineren Betrieben, namentlich in den Handwerksbetrieben, werden die Arbeitszeitvorschriften noch immer recht wenig beachtet. Selbst wenn auch der Aushang über Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen eine achttündige Arbeitszeit angibt und damit der Vorschrift formell Genüge geleistet ist, wird doch fast stets in Wirklichkeit die Arbeitszeit weit über das zulässige Maß hinaus ausgedehnt. Die Arbeiter in diesen Betrieben, namentlich die, welche bei ihrem Arbeitgeber Wohnung und Beköstigung erhalten, pflegen ohne weiteres die Arbeitszeit innezuhalten, welche dieser vorschreibt und oft auch selbst mit innehält. U. a. hatte ein Schmiedemeister auf dem Lande auf dem Aushange eine Mittagspause von drei Stunden angegeben. Daß eine solche wirklich innegehalten wird, erscheint jedem, der die Verhältnisse kennt, kaum glaublich. Nur wenige der Handwerksmeister haben den Mut, auf dem Aushange der Wirklichkeit entsprechende Angaben zu machen. Zu diesen gehörte der Inhaber einer kleinen Ristenfabrik, der als Arbeitszeit 8 bis 10 Stunden angegeben hatte. Auf die Bean-

standung dieser Angabe durch den Aufsichtsbeamten erwiderte er, in Folge seiner schlechten wirtschaftlichen Lage könne er sich nach den Vorschriften nicht richten. Wenn er den Aushang ändere, so würde er lügen. Die meisten Inhaber kleiner Betriebe aber suchen die Beamten über die wahre Dauer der Arbeitszeit zu täuschen und veranlassen zu diesem Zwecke auch ihre Arbeiter, die Unwahrheit zu sagen oder suchen sie in Unkenntnis über die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Ein Schmiedemeister erwiderte auf die Bemerkung des Beamten, daß der Arbeitszeitausgang an einer den Beschäftigten zugänglichen Stelle angebracht sein müsse: „Wenn von denen einer danach sieht, so fliegt er.“ In einer kleinen Brauerei auf dem Lande war durch Befragen der noch arglosen Arbeiterinnen im vorletzten Jahre in Erfahrung gebracht, daß diese an einzelnen heißen Tagen, an denen die Nachfrage nach dem hergestellten Getränk besonders groß gewesen war, übermäßig lange gearbeitet hatten. Als im letzten Jahre wieder nach der Arbeit gefragt wurde, erklärten die Arbeiterinnen, daß sie nur acht Stunden am Tage arbeiteten, und der Betriebsleiter fügte schmunzelnd hinzu: „Ja, die Dumme, die Ihnen im Vorjahre so ausführlich Auskunft gegeben hat, ist nicht mehr hier; die ist entlassen.“ Mehrfach haben aber auch die Arbeiter in den kleinen Betrieben ohne Zwang der Arbeitgeber die Beamten zu täuschen oder die Verantwortung für unerlaubte Mehrarbeit auf sich zu nehmen versucht. In einer kleinen Brennerei gab der dort beschäftigte einzige Arbeiter an, seine Arbeitszeit dauere von 8 bis 16 Uhr. Als der Beamte etwas später den Sohn des Inhabers traf und seine Frage nach der Arbeitszeit wiederholte, erfuhr er von diesem, daß die Arbeitszeit bis 18 Uhr dauerte. In einer Instandsetzungswerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen erklärte der dort beschäftigte ältere Geselle in Abwesenheit seines Meisters, er könne arbeiten, solange er wolle, und sein Meister könne dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Da der Meister bereits im vorhergehenden Jahre verwahrt worden war, ist er jedoch entgegen der Ansicht des Gesellen zur Anzeige gebracht.

Auch auf Wunsch der Arbeiter ist verschiedentlich Mehrarbeit geleistet worden. In einem kleinen Sägewerk, das mehrere Jahre still gelegen hatte, haben die Arbeiter eine neunstündige Arbeitszeit verlangt mit der Begründung, daß sie lange arbeitslos gewesen waren. In einer Ristenfabrik hielten die Arbeiter eine mehrere Monate dauernde Arbeitszeit von 10 Stunden im Herbst für zulässig als Ausgleich für einen Betriebsstillstand von vier Wochen während des Frühjahres. Der Inhaber eines kleinen Kaltwerkes stellte den Antrag, ihm für mehrere Wochen eine elfstündige Arbeitszeit zu genehmigen. Bei einer Untersuchung der Sachlage an Ort und Stelle ergab sich, daß der Antrag lediglich erfolgt war, um die Arbeiter mehr verdienen zu lassen. Nach erfolgter Aufklärung wurde der Antrag zurückgezogen.

In den Ziegeleien betrug die Arbeitszeit während des Sommerhalbjahres auf Grund eines Tarifvertrages 9 und auch 10 Stunden. Die Brenner arbeiteten meist noch immer in zwei Schichten. Nur in wenigen großen Betrieben sind sie in drei Schichten beschäftigt worden.

In einer kleinen Ziegelei mußte beanstandet werden, daß die beiden Brenner an den Sonntagen Wechselschichten von 24 Stunden machten.

Von den 22 Rohrzuckerfabriken haben auf Grund des für sie geltenden Tarifvertrages 10 in zwei Schichten, 12 dagegen mit der überwiegenden Zahl der Arbeiter in drei Schichten gearbeitet. Die meisten Direktoren sind jetzt bestrebt, ihren Betrieb dreischichtig zu führen, da sie dann den bei zweischichtiger Arbeitsweise zu zahlenden und bei der Lohnsumme nicht unwesentlich ins Gewicht fallenden Ueberstundenzuschlag nicht zu zahlen brauchen. Sie stoßen dabei aber immer noch auf den Widerstand vor allem ihrer von auswärts kommenden und in den Kasernen untergebrachten Arbeiter. Wieder sind aus einer Zuckerfabrik in der ersten Kampagnenwoche 10 Eichsfelder abgewandert, denen der Verdienst im Dreischichtenbetriebe nicht genügt hat. Ein anderer Direktor hat sich durch die Drohung seiner Wanderarbeiter, den Betrieb zu verlassen, von der Einführung dreier Schichten abhalten lassen. Soweit die Fabriken in zwei Schichten gearbeitet haben, sind sie angewiesen, innerhalb der zwölfstündigen Schicht Pausen von insgesamt zwei Stunden zu gewähren, damit die Arbeitszeit einschließlich der Arbeitsbereitschaft das zulässige Höchstmaß von zehn Stunden nicht überschreitet.

Eine der beiden Zuckerraffinerien hat auf Grund eines Tarifvertrages in zehnstündigen Schichten gearbeitet. Für die andere Raffinerie bestand keine tarifliche Vereinbarung über die Arbeitszeit. Da der größere Teil der Arbeiter nach der Aufnahme des Betriebes im Herbst wie bisher 10 Stunden zu arbeiten wünschte, schloß der Direktor mit seinen Arbeitern Arbeitsverträge unter Bezugnahme auf den Tarifvertrag der anderen Raffinerie ab und hielt sich nun unter Berufung auf die Bestimmung im § 1 Abs. 2 der Verordnung über Tarifverträge u. v. vom 23. Dezember 1918, nach der als beteiligte Personen bei Abschluß von Tarifverträgen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten, die den Arbeitsvertrag unter Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen haben, für berechtigt, seine Arbeiter ebenfalls 10 Stunden täglich zu beschäftigen. Da diese Rechtsauffassung nicht als richtig anerkannt werden konnte, ist nach Ablauf von 30 Tagen Anzeige gegen den Direktor erstattet. Die Entscheidung des Gerichtes steht noch aus.

In einer großen Metallhütte, in welcher bisher die Wechselschichten an zwei Sonntagen 12 Stunden beschäftigt wurden und nur an jedem dritten Sonntage 24 Stunden frei hatten, hat die Vertretung der Arbeiterschaft nach längeren Verhandlungen erreicht, daß nunmehr jeder Wechselschichter innerhalb sechs Wochen drei ganz arbeitsfreie Sonntage erhält. Und zwar beträgt die Ruhezeit an je zwei Sonntagen 24 Stunden und an je einem Sonntage 48 Stunden. Die Schichtzeit für die nicht arbeitsfreien Sonntage beträgt wie bisher 12 Stunden. Um diese Regelung zu erreichen, werden die Arbeiter der werktätigen Frühschicht beim Schichtwechsel an den Sonntagen so geteilt, daß die eine Abteilung mit der gleichen Zahl von Ersahleuten von 6 bis 18 Uhr arbeitet, während die andere Hälfte der Frühschicht ebenso wie die ganze bisherige Nachtschicht arbeitsfrei bleibt. Die Sonntagsarbeit von 18 Uhr

bis zum Montagmorgen um 6 Uhr wird von der jeweiligen werktätigen Mittelschicht geleistet.

Die im Jahre 1925 für die Bäckereien und Konditoreien erteilte Genehmigung, daß an Sonn- und Festtagen leicht verderbliche Konditorwaren während einiger Stunden hergestellt werden durften, hat im März widerrufen werden müssen. Schon vorher waren einige Konditoreieinhaber zur Anzeige gebracht, weil sie ihre Gehilfen und Lehrlinge über das zugelassene Maß hinaus beschäftigt hatten.

Gegen das Nachbaderbot ist noch oft verstoßen worden. Obgleich Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot, besonders in den eig gebauten Städten, meist schwer festzustellen sind, da die Zugänge zu den Arbeitsräumen verschlossen gehalten und die Fenster so abgedichtet werden, daß ein Einblick durch sie nicht möglich ist, sind doch eine Anzahl Bäckermeister zur Anzeige gebracht und bis auf einzelne auch bestraft worden.

Den Konserpensfabriken ist wie in den früheren Jahren gestattet worden, die über 16 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen an 50 Tagen während der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. September bis zu 12 Stunden zu beschäftigen. Jedoch ist dabei zum ersten Male die Bedingung gestellt, daß zum Ausgleich dieser Mehrarbeit an mindestens 50 Tagen während der Zeit bis zum 15. Dezember die Arbeitszeit keinesfalls länger als acht Stunden dauern darf. Da die Spargelernte nur gering ausgefallen ist, wird die Zahl der 50 Mehrarbeitstage bis zu 12 Stunden kaum überschritten worden sein. Dagegen sind wesentliche Ueberschreitungen der zulässigen Arbeitszeit an einzelnen Tagen in einer größeren Zahl von Betrieben festgestellt worden. Das war besonders der Fall während der Zeit der Erbsenverarbeitung. Die Erbsen kamen ebenso wie im Vorjahre in sehr kurzer Zeit zur Reife. Das hatte zur Folge, daß in der Stadt Braunschweig an einem Tage z. B. zirka 500 Eisenbahnwagen mit Erbsen eingelaufen waren. Es war erklärlich, daß zur Verarbeitung solcher Mengen, zu denen noch die aus der näheren Umgebung mit Fuhrwerken angelieferten ebenfalls beträchtlichen Mengen hinzukamen, selbst die zwölfstündige Arbeitszeit in vielen Betrieben überschritten worden ist, zumal gerade Erbsen eine sofortige Verarbeitung erforderlich machen, wenn sie nicht verderben oder doch eine wesentliche Wertminderung erleiden sollen. In einzelnen Fabriken sind Arbeitszeiten der Arbeiterinnen bis zu 15 und 16 Stunden, in einem Falle an einem Sonnabend sogar bis zu 17 und 18 Stunden festgestellt. In diesem hatte der Arbeitgeber seinen Arbeiterinnen vorgeschlagen, mit der Arbeit um 17 Uhr aufzuhören und den Rest am folgenden Sonntage zu verarbeiten. Die Arbeiterinnen wünschten jedoch die Arbeiten am Sonnabend zu Ende zu führen, um den Sonntag frei zu haben und „weil sie einmal im Gange wären“. Soweit eine gewisse Notlage der Fabrikanten anerkannt werden konnte, sind sie nur verwahrt, sofern das nicht zutrifft, sind sie zur Anzeige gebracht worden. In einer Fabrik war zur Irreführung der Kontrollbeamten so verfahren, daß die Arbeiterinnen um 21 Uhr zwar ihre Stempelfarten abstempelten, so daß aus diesen eine Ueberschreitung der zugelassenen

Arbeitszeit nicht festgestellt werden konnte, um diese Zeit den Betrieb aber nicht verlassen, sondern weiterarbeiteten.

Auch in anderen Betrieben als in den Konservenfabriken ist mehrfach gegen die Sondervorschriften für Arbeiterinnen verstößen worden. Der Leiter eines Milchbosenwerkes hat zwei Arbeiterinnen an drei Tagen hintereinander von 6 Uhr bis 22 und 23 Uhr mit Pausen von insgesamt 1½ Stunden, also bis zu 15¼ Stunden beschäftigt. Trotzdem er wegen dieses Vergehens zur Anzeige gebracht und mit 30 RM. bestraft war, hat er einige Monate später mehrere Arbeiterinnen bis zu 11 Stunden am Tage, sowie am Sonnabend nach 5 Uhr nachmittags und ohne Genehmigung an einem Sonntag beschäftigt. Infolge der daraufhin abermals erstatteten Anzeige ist er zu 50 RM. Geldstrafe verurteilt. In einer Blechwarenfabrik sind etwa 50 Arbeiterinnen einige Wochen an den ersten fünf Wochentagen 10¼ Stunden beschäftigt, weil sie bei einer Wochenarbeitszeit von 58 Stunden auf ihren freien Sonnabendnachmittag nicht verzichten wollten. Da der Betriebsleiter diese Art der Beschäftigung für zulässig gehalten hatte, ist er nur verwahrt. Ueber zu lange Beschäftigung von Arbeiterinnen in einer Kerzenfabrik wurde wiederholt Klage geführt, obwohl der Direktor sie in Abrede gestellt hatte. Bei der eines Abends vorgenommenen Revision verließen mehrere Arbeiterinnen fluchtartig den Arbeitsraum, als der Beamte ihn auf der anderen Seite betrat. Jedoch konnte durch die Kontrollkarten festgestellt werden, daß Arbeiterinnen bis zu 13 Stunden, mehrere Arbeiter sogar bis zu 17 Stunden beschäftigt worden waren. Die daraufhin gegen den Direktor erstattete Anzeige hat den Erfolg gehabt, daß zwar nicht dieser, wohl aber sein Betriebsleiter zu 50 RM. Geldstrafe verurteilt ist.

Auch in einer Fleischwarenfabrik und in einer Seifenfabrik sind Arbeiterinnen weit über 10 Stunden hinaus zur Arbeit herangezogen. In einer Holzbiegerei sind Arbeiterinnen unzulässigerweise in zwei Schichten von 5 bis 15 und von 15 bis 24 Uhr mit je zwei halbstündigen Pausen beschäftigt, um eine volle achtfündige Leistung zu erreichen. In einer neu eröffneten Sauerbrunnenfabrik sind die Arbeiterinnen während der Hauptbetriebszeit sogar in voller Nachtschicht beschäftigt gewesen. Auch in einer auswärtigen Konservenfabrik haben Arbeiterinnen beim Pflaumenmuskothen die ganze Nacht hindurch tätig sein müssen. Die Betriebsleiter sind teils verwahrt, teils zur Anzeige gebracht.

Während im allgemeinen festzustellen ist, daß die Arbeiterinnen immer mehr die männliche Arbeitskraft verdrängen, hat sich in einer Weberei, wohl infolge der Rationalisierungsmaßnahmen an den Webstühlen, der entgegengesetzte Vorgang abgespielt. Im Januar 1914 waren in diesem Betriebe 540 Arbeiter und 265 Arbeiterinnen vorhanden, im Herbst des Berichtsjahres dagegen nur 355 Arbeiter und 135 Arbeiterinnen. Das Verhältnis der Zahl der Männer zu der der Arbeiterinnen hat sich demnach im Laufe der Zeit von 2 : 1 auf fast 3 : 1 verändert.

Verstöße gegen die Sonderbestimmungen von Jugendlichen sind vor allem in ländlichen Handwerksbetrieben und in Bäckereien keine

Seltenheit. Beschäftigungszeiten jugendlicher Lehrlinge von 11 Stunden täglich sind mehrfach festgestellt. In einigen Fällen sind deswegen die Meister zur Anzeige gebracht und bestraft worden. In den Bäckereien entsteht eine unzulässige lange Beschäftigung der Lehrlinge dadurch, daß sie neben ihren Arbeiten im Betriebe noch die Botengänge zu erledigen haben, die von den Meistern nicht als Arbeiten angesehen werden.

In einem kleinen Sägewerk wurde ein Kesselheizer angetroffen, der noch nicht 18 Jahre alt war. Die Anstellung eines älteren und sachkundigen Heizers ist verlangt.

Aus einem Harzorte wurde Beschwerde darüber geführt, daß zwei 15jährige Arbeiter an drei Tagen der Woche durch ihre Arbeit und die Fortbildungsschule von 2 Uhr morgens bis 19 Uhr, also 17 Stunden, in Anspruch genommen würden. Die beiden Jugendlichen waren in einem größeren Werke der benachbarten Kreisstadt beschäftigt und mußten dort ihre Arbeit um 4 Uhr aufnehmen. Da der Weg dorthin etwa 1½ Stunden in Anspruch nahm, mußten sie bereits um 2 Uhr das Bett verlassen. Gegen 16 Uhr langten sie mit der Eisenbahn in ihrem Dorfe wieder an und an drei Tagen der Woche mußten sie dann noch von 17 bis 19 Uhr die Fortbildungsschule besuchen. Als die Leitung des Werkes darauf hingewiesen wurde, daß Jugendliche nicht vor 6 Uhr beschäftigt werden dürften, teilte sie mit, sie sei nicht in der Lage, ihre 10 Jugendlichen sämtlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu beschäftigen und habe infolgedessen vier Jugendliche entlassen.

In einem größeren Steinbruchsbetriebe wurde festgestellt, daß schulpflichtige Kinder eines Arbeiters diesem und seiner Frau beim Ausladen von Schutt behilflich waren. Der Steinbruchbesitzer ist deswegen bestraft worden. In dem Steinbruche eines kleinen Rastwerkes wurde der erst 10jährige, aber schon kräftige Sohn des Besitzers neben diesem bei der Steingewinnung angetroffen. Da der Vater sich augenscheinlich in bedrängter Lage befand, ist er nur verwahrt worden.

Die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes haben immer noch nicht genügende Beachtung gefunden. Mehrere Geschäftsinhaber haben zur Anzeige gebracht und bestraft werden müssen, weil sie Kinder ohne Arbeitskarte und über das zulässige Maß hinaus mit Botengängen beschäftigt hatten. Auch ein Zeitungsträger, der seinen erst 9 Jahre alten Bruder mit dem Austragen von Zeitungen beschäftigte, obwohl seine Mutter bereits früher wegen unzulässiger Beschäftigung ihrer noch nicht 12 Jahre alten Kinder mit Zeitungsaustragen bestraft war, ist zur Anzeige gebracht.

In einer kleinen Stadt wurde festgestellt, daß Kinder nach 8 Uhr abends mit Regelaufrichten beschäftigt wurden. Den Besitzern der Regelmahnen waren die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes nicht bekannt. Ein als Hausarbeiter tätiger Zigarrenmacher hatte während der Krankheit seiner Frau, die ihm sonst den Tabak zurichtete, zwei fremde Kinder für diese Arbeit angestellt. Das mußte ihm verboten werden. In einer Kreisstadt ist ein zehnjähriger Knabe unzulässigerweise morgens vor dem Schulunterrichte sowie nachmittags mit Brotaustragen beschäftigt worden.

Einige Arbeitgeber von Kindern haben angenommen, daß sie, wenn sie von den für diese zugelassenen täglichen drei Arbeitsstunden an einzelnen Wochentagen überhaupt keinen oder nicht in vollem Umfange Gebrauch gemacht hatten, die ausgefallenen Stunden an anderen Tagen der Woche nachholen lassen dürften. Sie sind über die Rechtslage aufgeklärt.

Auf einem großen Bahnhofe hat ein 12jähriger Schulknabe vom 1. Mai bis 30. September für den Bahnhofswirt in den Nachmittagsstunden Milch verkauft. Da nach der bisherigen Rechtsprechung für die auf den Grundstücken der Eisenbahnen befindlichen Betriebe die Gewerbeordnung und damit auch das Kinderschutzgesetz keine Anwendung finden, konnte gegen diese Beschäftigung des Schulknaben nicht eingeschritten werden.

Gegen die für einige Zweige des Handwerkes erlassenen Vorschriften zur Beschränkung der Lehrlingszahlen ist wieder verschiedentlich verstoßen worden. Fast immer ist die Handwerkskammer von den festgestellten Verstößen in Kenntnis gesetzt und die Entlassung der zuviel eingestellten Lehrlinge oder aber eine nachträgliche Ausnahmegewilligung veranlaßt. Ein Schlachtermeister, der trotz mehrfacher Aufforderung einen unzulässigerweise eingestellten Lehrling nicht entlassen hat, ist deshalb zur Anzeige gebracht.

Viele Damenschneiderinnen, die bisher regelmäßig Lehrlinge für ihr Handwerk auszubilden pflegten, haben keine Lehrlinge wieder eingestellt, weil sie aus Mangel an Aufträgen keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr für sie hatten.

Bei den Mitgliedern eines Kreishandwerferverbandes ist es Brauch, daß die bei ihnen beschäftigten Lehrlinge alljährlich besondere Werkstücke anfertigen, die öffentlich ausgestellt und von einem Ausschusse bewertet werden. Die Lehrlinge werden nicht zur Beteiligung an den Arbeiten gezwungen, halten eine solche aber in der Mehrzahl für eine Ehrenpflicht. Es trat nun die Frage auf, ob es zulässig sei, daß die Lehrlinge die für die Ausstellung bestimmten Gegenstände nach Feierabend und an den Sonntagen anfertigten. Die Stücke bleiben Eigentum der Hersteller und könnten auch in deren Wohnung angefertigt werden, wenn dort ebenso wie in den Werkstätten der Meister die nötigen Hilfsmittel und Werkzeuge vorhanden wären. Da die Anfertigung der Ausstellungsstücke nicht für Rechnung und im Auftrage der Meister erfolgt, sondern im freien Willen der Lehrlinge liegt, wird kein Zwang zur Unterlassung der dazu nötigen Arbeiten außerhalb der gesetzlichen Arbeitszeiten ausgeübt werden können. Dem Kreishandwerferbunde ist jedoch anheimgegeben, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit den Lehrlingen erlaubt würde, an ihren Ausstellungsstücken während der regelmäßigen Arbeitszeit zu arbeiten, damit übermäßig lange Beschäftigungszeiten vermieden würden.

Bei den Besuchen der für die Wäschekonfektion, die Konservenindustrie und die Zigarrenindustrie beschäftigten Hausarbeiter wurde festgestellt, daß die Bestimmungen im § 4 des Hausarbeitsgesetzes, welche den Hausarbeitern einen gewissen Schutz bei den Lohnzahlungen geben

sollen, von einem großen Teile der Arbeitgeber nicht beachtet wurden. Da mehrere von diesen bereits im Vorjahre auf die Vorschriften hingewiesen waren, sind sie zur Anzeige gebracht und bestraft worden.

Einer Anzahl der für Schürzen- und Wäschefabriken beschäftigten Heimarbeiterinnen waren Beiträge für die Krankenkasse und die Invalidenversicherung bei den Lohnzahlungen in Abzug gebracht, ohne daß eine Anmeldung zu den Versicherungen durch die Arbeitgeber stattgefunden hatte. Bei einer Heimarbeiterin stellte sich das heraus, als sie erkrankte und die Leistungen der Krankenkasse in Anspruch nehmen wollte. Der Arbeitgeber hat die abgezogenen Beiträge nachträglich an die Krankenkasse auszahlen müssen. Invalidenversicherungskarten besaßen die Arbeiterinnen z. T. überhaupt nicht. Viele Heimarbeiterinnen wagen nicht ihr Recht zu verlangen, aus Furcht ihre Arbeit zu verlieren. Manchen fehlt überhaupt die Fähigkeit zu erkennen, ob sich die Arbeitgeber oder ihre Betriebsangestellten solche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Besonders ungünstige Verhältnisse bestehen in dieser Beziehung in einigen Dörfern des Südharz. Ihre Besserung ist dadurch erschwert, daß die Arbeitgeber im benachbarten preussischen Gebiete wohnen und auf sie daher nicht unmittelbar eingewirkt werden kann.

Die Löhne für Heimarbeit in der Wäsche- und Kleiderkonfektion sind im Vergleiche zum Vorjahre noch weiter gesunken. Einige der mit solchen Näharbeiten beschäftigten Arbeiterinnen haben an ihren Nähmaschinen kleine Elektromotoren anbringen lassen, um schneller arbeiten und unter Schonung ihrer Kräfte mehr verdienen zu können. Diese Einrichtung soll sich vor allem bei Näharbeiten mit vielen langen Nähten lohnen. Bei vielen kurzen Nähten muß angeblich der Motor zu oft abgestellt werden, so daß mit einer besonderen Zeiterparnis nicht zu rechnen sein soll. Eine mit motorischer Kraft arbeitende Schürzennäherin hat berechnet, daß sie bei größter Anstrengung und bei bestem Material wohl 40 Kpfg. in der Stunde verdienen könne, daß aber bei der Mehrzahl der ausgegebenen Arbeiten nur Stundenlöhne von 20 bis 25 Kpfg. erreicht würden.

Auch die als Hausarbeiter beschäftigten Zigarrenmacher erhalten immer noch verhältnismäßig niedrige Löhne. Wenn sie, was nicht immer der Fall war, genügend Arbeit bekommen können, arbeiten sie meistens 12 Stunden, zum Teil unter Mithilfe ihrer Frau oder anderer Familienangehöriger, die dann den Tabak zurichten. Während der Arbeitslosigkeit ihrer Männer haben einige Frauen, die für diese als Wickelmacherinnen gearbeitet hatten, Arbeit in einer Konervenfabrik angenommen und diese auch beibehalten, als ihre Männer wieder Tabak zur Verarbeitung erhielten, weil sie in der Konervenfabrik allein angeblich mehr verdienten, als vorher zusammen mit ihren Männern beim Zigarrenmachen.

Verhältnismäßig günstig gestellt sind die Heimarbeiterinnen, welche für eine in einer benachbarten preussischen Stadt gelegenen Hosenträger- und Gürtelfabrik arbeiten. Ihre Löhne sind ohne besonderen Anlaß etwas aufgebessert und sie erhalten einen sogenannten Treuezuschlag,

der nach der Dauer der Beschäftigung bis zu 15 Prozent des Grundlohnes beträgt. Außerdem werden von diesem Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge allein getragen.

Zur Bearbeitung der für diesen Bericht gestellten Sonderfragen über die Arbeitsverhältnisse in den Gast- und Schankwirtschaften sind 152 Betriebe der verschiedensten Größen besichtigt. In ihnen waren insgesamt 818 männliche und 1026 weibliche Personen über 16 Jahre sowie 56 männliche und 11 weibliche Jugendliche unmittelbar oder mittelbar mit der Versorgung der Gäste beschäftigt. Nicht einbegriffen in diese Zahlen sind die in den Kontoren beschäftigten kaufmännischen Angestellten, die Verkäuferinnen in den Verkaufsständen der Hotelbetriebe in den Harzorten, sowie die ausschließlich zur Bedienung von Maschinen für Erzeugung elektrischer Kraft und dergl. bestellten Arbeiter. Dagegen sind die Kraftwagenführer und das Wasch- und Plättpersonal mit berücksichtigt.

Der Abschluß tariflicher Vereinbarungen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe unter gleichzeitiger Regelung der Arbeitszeit ist nach Beendigung des Krieges zunächst nur in den größeren Städten erfolgt. Erst später sind dann auch in anderen Orten, vor allem in einigen Harzorten mit großer Fremdenindustrie, nach und nach Tarifverträge zwischen den Organisationen der Gastwirte und ihres Personales abgeschlossen worden. In den meisten Orten, vor allem in solchen mit nur wenigen Gastwirtschaftsbetrieben, sind jedoch auch jetzt noch keine tariflichen Abmachungen über die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitszeit getroffen. In der Stadt Braunschweig sind seit dem Jahre 1919 mit geringen Unterbrechungen die Arbeitszeiten und die Ruhezeiten des Gastwirtschaftspersonales durch Tarifvertrag geregelt gewesen. Die letzte Regelung ist im März 1928 durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses getroffen. In einem großen Harzorte des Harzes besteht seit 1923 ein Tarifvertrag. Der zurzeit dort gültige Tarifvertrag ist im Jahre 1927 ebenfalls in Form eines Schiedsspruches erlassen. Im Jahre 1928 sind noch in einigen anderen Harzorten Tarifverträge abgeschlossen, die fast den gleichen Wortlaut haben wie der Schiedsspruch für die Stadt Braunschweig. Nach diesem soll die Arbeitszeit einschließlich etwaiger Arbeitsbereitschaft täglich 10 Stunden und wöchentlich 60 Stunden nicht überschreiten, an jedem Arbeitstage soll wenigstens eine zusammenhängende Ruhepause von zwei Stunden gewährt werden und zwischen dem Arbeitschlusse und dem Arbeitsbeginne des nächsten Tages soll eine zusammenhängende Ruhezeit von mindestens 10 Stunden liegen. Ferner ist jedem Arbeitnehmer in jeder Woche anschließend an eine Nachtruhe eine ununterbrochene Ruhezeit von 24 Stunden zu gewähren. Der Tarifvertrag für den großen Harzort weicht von diesen Bestimmungen insofern ab, als er die Arbeitsbereitschaft ausschließlich der Pausen auf täglich 12 Stunden, die Dauer der wirklichen Arbeit aber auf höchstens 10 Stunden festsetzt. Ferner ist in ihm bestimmt, daß „als Ausgleich für die in der Hochsaison nicht in allen Betrieben durchführbaren Ruhepausen in der Vor- und Nachsaison ein ununterbrochener Urlaub von je 5 Tagen gewährt werden soll“. Eine ähnliche

Bestimmung findet sich auch in dem Tarifvertrage eines anderen Harzortes.

Es war beabsichtigt, das bei den Befichtigungen der Gast- und Schankwirtschaften über die Arbeitszeiten und die Pausen gewonnene Material in Tafeln zusammenzustellen und statistisch auszuwerten. Von der Ausführung dieser Absicht hat Abstand genommen werden müssen, da keine Sicherheit dafür besteht, daß die von den befragten Personen gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen. Es liegt begründeter Verdacht vor, daß sehr oft nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer wesentlich von der Wahrheit abgewichen sind, obgleich ihnen meist versichert wurde, daß die gemachten Feststellungen keinen Anlaß zu Strafanzeigen geben, sondern nur dazu dienen sollten, um tragbare gesetzliche Vorschriften über die Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe herbeizuführen. Mehrfach sind Arbeitnehmer überhaupt nicht dazu zu bewegen gewesen, den Beamten Angaben über die Arbeitszeit zu machen. Ein Küchenmädchen z. B., das über ihre Beschäftigungsdauer befragt wurde, verließ ohne Antwort eiligst die Küche und ließ sich nicht wieder sehen. In einem anderen Betriebe konnten angeblich die Arbeiterinnen auf die Frage nach Beginn und Ende ihrer Tätigkeit am Tage vor der Revision keine eindeutige Antwort geben, sie befragten sich gegenseitig darüber, ohne einig zu werden. In einem dritten Betriebe erklärte ein Küchenmädchen: „Wir bekommen gutes Essen und haben gute Behandlung, so daß wir eine Verkürzung der Pausen oder eine Verlängerung der Arbeitszeit, die bei uns oft nicht zu vermeiden ist, gern in Kauf nehmen, zumal die Mehrarbeit stets gut bezahlt wird.“ Ein Kellner in einem Harzorte äußerte sich folgendermaßen: „Solange die Arbeitnehmer, besonders die Kellner, gut verdienen, werden sie über zu lange Arbeitszeiten nicht klagen und auch den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Fragen über die Arbeitszeit die Wahrheit nicht sagen. Sie werden vielmehr froh sein, daß sie in den Sommermonaten Gelegenheit haben, möglichst viel zu verdienen, um nötigenfalls im Winter von ihren Rücklagen leben zu können.“

Aus diesen fast wörtlich wiedergegebenen Äußerungen ist die Einstellung der Arbeitnehmer zur Arbeitszeitfrage ersichtlich. Viele von ihnen, besonders die weiblichen, suchen es unter allen Umständen zu vermeiden, ihre Arbeitgeber durch Aussagen zu belasten, da sie fürchten, dadurch selbst Unannehmlichkeiten zu haben, andere Arbeitnehmer aber, und zwar diejenigen, welche an den Bedienungsgeldern beteiligt sind oder gar für persönliche Dienstleistung von den Gästen ein besonderes Trinkgeld erwarten, fürchten, daß die Aufsichtsbehörde bei Feststellung zu langer Arbeitszeiten eine Vermehrung des Personals veranlassen und damit eine Schmälerung ihres Verdienstes herbeiführen würde.

Für die mangelhaften und nicht selten wahrheitswidrigen Angaben der Arbeitgeber dürfte der Grund in der Furcht vor strafrechtlichen oder sonstigen unangenehmen Folgen zu suchen sein.

Zimmerhin können auf Grund der gemachten Erfahrungen folgende Ausführungen über die Arbeitszeitverhältnisse als der Wahrheit nahekommen angesehen werden. Im Freistaate Braunschweig sind in die-

ser Beziehung drei Gruppen zu unterscheiden, die Betriebe in der Stadt Braunschweig, die Betriebe in den übrigen Orten mit Ausnahme der Harzorte und die Saisonbetriebe im Harze. In den größeren Betrieben der Stadt Braunschweig ist jetzt, nachdem wiederholt und auch noch im Berichtsjahre Betriebsleiter und Geschäftsführer wegen unzulässig langer Beschäftigung ihrer Arbeitnehmer, insbesondere des weiblichen Küchenpersonals bestraft sind, das Bestreben zu erkennen, nach Möglichkeit die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu beachten. Abweichungen von der Regel, also Arbeitszeitverlängerungen, Pausenverkürzungen und Nichtgewährung arbeitsfreier Tage werden aber je nach Art des einzelnen Betriebes mehr oder weniger bei besonderen Anlässen vorkommen und sich auch schwerlich ganz vermeiden lassen: In den kleineren Betrieben wird aber schon in größerem Umfange gegen die Tarifbestimmungen und gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen werden. Zweifelhaft erscheint es auch, ob die auf den Aushängen über die Arbeitszeit des Personales angegebenen Pausen tatsächlich innegehalten werden. U. a. waren für einen Kellnerlehrling tägliche Pausen von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, $1\frac{1}{2}$ und nochmals $1\frac{1}{2}$ Stunden, also insgesamt $4\frac{1}{2}$ Stunden, für eine Hausmamsell Pausen von $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$, $2\frac{1}{2}$, 1 Stunde zusammen also ebenfalls $4\frac{1}{2}$ Stunden angegeben. Eine pausenlose zusammenhängende Arbeitszeit von 8 Stunden, wie sie in großen Berliner Gaststätten eingeführt sein soll, ist in keinem Betriebe festgestellt. Daß fast jeder Arbeitnehmer in den hiesigen Gast- und Schankwirtschaften eine Nachtruhezeit von 8 oder 9 Stunden und auch fast immer einen Ruhetag von 24 Stunden in jeder Woche erhält, kann angenommen werden. Diese im Vergleich zu anderen Orten des Landes günstigen Verhältnisse werden darauf zurückzuführen sein, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer organisiert und über die gesetzlichen Vorschriften unterrichtet sind; die Arbeitnehmer befinden sich in Dauerstellungen, die ihnen für das ganze Jahr Arbeit und Verdienst gewähren, so daß sie nicht so sehr wie das Personal in den Saisonbetrieben des Harzes nach möglichst hohem Verdienste während einer kurzen Zeitspanne zu streben brauchen, und legen daher aus Gesundheitsrückichten Wert auf die Einhaltung ausreichender Ruhepausen.

In den Gast- und Schankwirtschaften der übrigen nicht im Harze liegenden Ortschaften ist, obwohl an und für sich kein Grund für eine andere Regelung der Arbeitszeit als in den Betrieben der Stadt Braunschweig vorliegen dürfte, nach den gemachten Feststellungen von Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen kaum die Rede. Hier sind nicht selten rückhaltlos als normale Arbeitszeiten sowohl der Kellner als auch des Haus- und Küchenpersonals 12 bis 14 Stunden am Tage angegeben. Daß besondere Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten nicht innegehalten werden, und daß bei Festlichkeiten und sonstigen besonderen Anlässen die Arbeitszeit auf 16 Stunden und darüber ausgedehnt wird, ist oft für selbstverständlich gehalten. Eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit wurde den Kellnern fast in keinem Betriebe und dem weiblichen Personal nur in einigen Betrieben in jeder zweiten Woche gewährt. Die sechsstündige wöchentliche Ruhezeit wurde dagegen in den meisten Be-

trieben innegehalten. In einer Kreisstadt haben die Beschäftigten den Erfolg gehabt, daß in einem Tarifvertrage die Arbeits- und Ruhezeiten sowie die Pausen nunmehr geregelt sind.

Besondere Verhältnisse liegen in den Hotelbetrieben der Harzorte vor, in denen während weniger Monate der Saison ein außergewöhnlich starker Besuch einzutreten pflegt, in den übrigen Monaten dagegen nur wenig oder gar kein Verkehr herrscht. Tritt während der Saisonmonate schlechtes Wetter ein, so bleibt der lebhafteste Geschäftsgang auch während dieser Zeit aus. Zum Pfingstfeste muß das Personal für die Sommeraison vollständig vorhanden sein, da dann bei günstigem Wetter schon mit starkem Fremdenverkehr gerechnet werden muß. Nach Ablauf der Pfingstwoche hat das Personal in der Regel bis Ende Juni nur wenig zu tun. Erst im Juli und August pflegt seine Arbeitskraft voll ausgenutzt zu werden. Im September läßt der Fremdenverkehr bereits wieder nach. Die meist nur kurze Zeit der Winteraison gibt nur einzelnen Hotels vorübergehende Verdienstmöglichkeiten. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß sowohl die Arbeitgeber als auch die meisten Arbeitnehmer ein Interesse an einem möglichst geringen Personalbestande haben, denn die Arbeitgeber sind bestrebt, die Unkosten für Verpflegung, Löhne und Soziallasten möglichst gering zu halten und den Platz für die Unterbringung des Personals möglichst zu beschränken, die Arbeitnehmer aber wollen das ihnen zukommende Bedienungsgeld und das Trinkgeld mit möglichst wenig anderen Personen teilen. Oft ist aber auch in den Sommermonaten geeignetes Personal für die Saisonbetriebe überhaupt nicht zu bekommen. Einem Hotelbetriebe im Harze haben im Juli weder die Arbeitsämter noch die Stellenvermittlerinnen in Hannover, Magdeburg, Halberstadt und Braunschweig eine Arbeiterin als Küchenmädchen nachweisen können. Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß diese Betriebe viel weniger Personal haben als Betriebe mit gleichmäßigem Geschäftsgange in den Städten. Während in der Stadt Braunschweig z. B. ein Hotel mit 50 Betten insgesamt 21 Arbeitnehmer und ein anderes mit 60 Betten 37 Arbeitnehmer beschäftigte, hatten gleich große Betriebe im Harze nur etwa 12 Arbeitnehmer. In einem großen Kurorte hatte ein Hotel mit 100 bis 110 Betten durchschnittlich 24 bis 28 Arbeitnehmer, und in einem Pensionshause mit 45 Betten, in dem die Gäste voll verpflegt wurden, mußte die gesamte Haus-, Küchen- und Servierarbeit von 7 Mädchen geleistet werden. Es erscheint wohl selbstverständlich, daß dann der Mangel an Personal durch die Länge der Arbeitszeit ausgeglichen werden muß. Man wird daher wohl annehmen können, daß in der Hauptsaison bei vollem Betriebe Arbeitszeiten von mindestens 12 Stunden die Regel bilden. Regelmäßige Nachtruhezeiten von 8 bzw. 9 Stunden werden nach den angestellten Ermittlungen gewährt, ebenso scheinen auch die wöchentlichen Freizeiten von 6 Stunden, abgesehen von Ausnahmen in der Hochsaison, im allgemeinen gegeben zu werden. Ununterbrochene Ruhezeiten von 24 Stunden in jeder dritten Woche, wie sie in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Januar 1902 (RGBl. S. 33) vorgegeschrieben sind, werden dagegen nur in den seltensten Fällen ge-

währt. Es ist bereits erwähnt, daß in den Garzorten mit starkem Fremdenverkehr zum Teil tariflich vereinbart ist, daß anstatt dieser Ruhezeiten vor und nach der Saison ein Urlaub von 5 Tagen gewährt werden soll. Die Arbeitgeber sind zwar darauf hingewiesen, daß diese Abmachung rechtsungültig ist. Von einem schärferen Vorgehen deswegen gegen die Betriebsinhaber ist aber bis jetzt abgesehen, da diese tarifliche Bestimmung sogar in einem vom Schlichter für verbindlich erklärten Schiedssprüche enthalten ist, und da anerkannt werden muß, daß durch sie den eigenartigen Verhältnissen der Saisonbetriebe Rechnung getragen wird. Bestünde sie nicht, so müßte das Personal vermehrt oder es müßten regelmäßig Ersatzpersonen herangezogen werden, was sehr oft nicht möglich ist und die Wirtschaftlichkeit der oft schon jetzt schwer um ihre Existenz kämpfenden Saisonbetriebe noch weiter herabsetzen würde.

Für die Gastwirtschaftsbetriebe, die während des Jahres ungefähr gleichmäßigen Geschäftsgang haben, wird es zweckmäßig sein, es bei den jetzt üblichen wöchentlichen Ruhezeiten bewenden zu lassen. Hier kann die einzelne Person wohl von Zeit zu Zeit während eines Tages, nicht aber für mehrere Tage hintereinander entbehrt werden. Allerdings ist auch in diesen Betrieben von weiblichem Personal, dessen Angehörige auswärts wohnen, zuweilen der Wunsch geäußert, mehrere dienstfreie Tage hintereinander zu erhalten, um dann nach Hause fahren zu können.

Zu erwähnen ist, daß in einem bekannten Badeorte mit modernen Vergnügungsstätten die Arbeitszeit des Gastwirtspersonals, insbesondere der Pellner während der Pfingsttage und vor allem während der dort alljährlich stattfindenden Pferderennwoche ohne jede Rücksicht auf gesetzliche Vorschriften so lange zu dauern pflegt, wie es der Fremdenverkehr erfordert. Daß in diesen Zeiten sämtliche Arbeitnehmer 15 bis 17 Stunden täglich ohne besondere Pausen gearbeitet haben, ist in verschiedenen Betrieben rückhaltlos zugegeben. Ersatz- und Aushilfspersonal für diese wenigen Tage in ausreichender Zahl zu beschaffen, dürfte nahezu unmöglich sein.

Sehr lange Arbeitszeiten sind auch oft bei den Hausdienern festgestellt, soweit sie nicht in großen Hotelbetrieben mit besonderem Nachtpförtner tätig waren. In den Gastwirtschaftsbetrieben, die nur einen Hausdiener haben, ist dieser nicht nur den ganzen Tag, sondern auch gelegentlich nachts im Dienste. Frühmorgens muß er die Stiefel der Gäste putzen, tagsüber zum Bahnhof zu den Zügen gehen und in den Zwischenzeiten Hausarbeit verrichten. Seine Nachtruhe wird nicht selten auch noch dadurch gestört, daß er Gästen, die sich außerhalb des Hauses aufgehalten haben, die Tür öffnen muß. In dem mehrfach erwähnten Badeorte hat ein Hausdiener versichert, daß er bis zu neun Malen in einer Nacht habe aufstehen müssen. Durch Einstellung eines weiteren Hausdieners würden sich genügend Erleichterungen schaffen lassen; die Hausdiener lehnen diese aber ab, damit ihnen die Trinkgelder abreisender Gäste nicht verloren gehen.

Soweit es sich nicht um ganz kleine Betriebe handelt, pflegt Arbeits-

bereitschaft in größerem Umfange bei dem Personal der Gastwirtschaftsbetriebe nicht vorzuliegen. Sind keine Gäste zu bedienen, so sind fast immer genügend andere Arbeiten zu verrichten. Alleinstellner, die oft gleichzeitig als Büfettiers beschäftigt sind und dann am Umsatz für die Getränke und Zigarren beteiligt zu sein pflegen, haben in der Regel eine Arbeitszeit von 16 bis 17 Stunden täglich, da sie dauernd an den Betrieb gefesselt sind. Auch die vorgeschriebenen Ruhezeiten werden ihnen in den seltensten Fällen gewährt. Wenn das geschieht, werden die Alleinstellner meist vom Wirt selbst vertreten; nur ausnahmsweise lassen sich die Alleinstellner von anderen Kellnern ablösen, da sie durch diese Benachteiligungen befürchten. Verheiratete Büfettiers lassen sich zuweilen während der ruhigen Tagesstunden durch ihre Frau oder andere Familienangehörige vertreten.

Familienmitglieder von Arbeitnehmern werden nur sehr selten gegen Kost und Unterkunft in den Gastwirtschaften beschäftigt. Dagegen erhält die weitaus größte Zahl der Arbeitnehmer selbst bei ihren Arbeitgebern Kost und Unterkunft. Nur ältere verheiratete Kellner und Büfettiers pflegen eine eigene Wohnung zu haben. Ungeeignete Arbeiten für Frauen sind in den Gast- und Schankwirtschaftsbetrieben nicht beobachtet. Besondere Wasch-, Bade-, Umkleide- und Aufenthaltsräume für das Personal sind im allgemeinen nicht vorhanden, doch wird in einigen Betrieben die Benutzung der für die Gäste bestimmten Badeeinrichtungen gestattet. Besondere Aborte für das Personal waren zuweilen, besonders für das Küchenpersonal vorhanden. Die Schlafräume, die gleichzeitig zum Umkleiden und zum Aufenthalt während längerer Pausen benutzt zu werden pflegen, waren bis auf wenige Fälle einwandfrei. Jedoch fehlte es häufiger an einer genügenden Beheizung der Räume während der kalten Jahreszeit. Genügend Sitzgelegenheit war in den Arbeitsräumen stets vorhanden.

In einer nicht unbeträchtlichen Zahl größerer Gastwirtschaftsbetriebe sind elektrisch betriebene Arbeitsmaschinen, insbesondere Wasch- und Plättmaschinen, Kühlmaschinen, Fleischwölfe, Zellerspülmaschinen, Kartoffelschäl- und Reibemaschinen, sowie Sahneschlagmaschinen und Maschinen zur Herstellung von Speiseeis in Benutzung. Auch künstliche Lüftungseinrichtungen sind in den unter der Erdoberfläche liegenden Küchenräumen einiger größerer Gastwirtschaften vorhanden. Besondere Vorschriften für diese Einrichtungen dürften nicht erforderlich sein.

Besondere Beobachtungen über alkoholfreie Gaststätten und über Animierlokale konnten nicht gemacht werden.

Es dürfte zweckmäßig sein, die Unterteilung der Sondervorschriften der Ziffer 4 der Bekanntmachung des Reichszanzlers nach Gemeinden mit mehr oder weniger als 20 000 Einwohnern bei einer Änderung der Bekanntmachung fallen zu lassen. Ebenso wie es bisher möglich gewesen ist, daß große und kleine Gastwirtschaftsbetriebe in großen Städten in bezug auf die Ruhezeiten gleich behandelt sind, sollte es auch möglich sein, die Betriebe in größeren und kleineren Ortschaften gleich zu behandeln. Nur die Betriebe mit Alleinstellnern würden vielleicht anders als Betriebe mit größerem Personal zu behandeln sein.

Die nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Januar 1902 vorgeschriebenen Ruhezeitverzeichnisse waren nur in einem kleinen Teil der Betriebe ordnungsmäßig geführt. Einige Male ist festgestellt, daß die in dem Verzeichnis eingetragenen Ruhezeiten in Wirklichkeit nicht gewährt waren. Die meisten Betriebsinhaber wünschen eine Abschaffung des Verzeichnisses mit der Begründung, daß sie infolge Arbeitsüberlastung die Eintragungen oft vergäßen und weil sie infolge der Undurchführbarkeit der Ruhezeitvorschriften oft veranlaßt würden, unrichtige Eintragungen zu machen. Solange nicht eine andere Kontrollmöglichkeit geschaffen wird, muß das Verzeichnis jedoch als nicht entbehrlich bezeichnet werden.

Eine Ausbehnung der Bekanntmachung des Reichskanzlers auf alle im Gastwirtschaftsgewerbe beschäftigten Personen erscheint zweckmäßig, um dem gesamten Personale eines Betriebes gewisse Mindestruhezeiten als Ersatz für die nach § 105i Abs. 1 GO. für das gesamte Gastwirtschaftsgewerbe ausfallende Sonntagsruhe zu verschaffen.

C. Angestellte.

Den Angestellten in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit zu ihrem Rechte zu verhelfen, ist noch immer schwierig, da sie fast stets mit ihren Aussagen über die Arbeitszeit sehr zurückhaltend sind, solange sie sich in ungekündigter Stellung befinden. Nicht selten verweisen die Angestellten die Beamten an die Geschäftsleiter und selbst, wenn diese abwesend sind, haben sie mehrfach jegliche Auskunft über die Arbeitszeit verweigert. U. a. haben die Angestellten eines Rechtsanwaltsbüros und eines Schuhwarengeschäftes trotz wiederholter Aufforderung jede Auskunft über die Dauer ihrer Arbeitszeit abgelehnt, weil sie von ihren Arbeitgebern strenge Anweisung zu diesem Verhalten erhalten hatten. Trotzdem sind eine Anzahl Verstöße gegen die Arbeitszeitvorschriften der Angestellten festgestellt und die entsprechenden Maßnahmen gegen die dafür verantwortlichen Personen getroffen. U. a. wurde die Angabe in einer Beschwerde bestätigt gefunden, daß in einigen Abteilungen eines großen Werkes die kaufmännischen Angestellten während einiger Zeit von 7½ bis 20 Uhr bei nur einer zweistündigen Mittagspause hätten arbeiten müssen. Die Abteilungsvorsteher erklärten diese lange Arbeitszeit damit, daß die Buchhaltung auf Maschinenbuchführung umgestellt würde und gaben an, die zehnstündige Arbeitszeit aus Gesetzesunkennnis überschritten zu haben. Die Arbeitszeit wurde sofort nach der Revision auf 9¼ Stunden an den ersten fünf Wochentagen und auf 5¼ Stunden am Sonnabend verkürzt, was nach dem geltenden Tarifvertrage zulässig war. Nach einiger Zeit sind für die Maschinenbuchhaltung zwei achtsündige Schichten von 7 bis 15½ Uhr und von 15½ bis 24 Uhr mit je einer halbstündigen Pause eingeführt.

In vielen offenen Verkaufsstellen sind dem Anscheine nach die Arbeitszeiten der Angestellten richtig geregelt und auch durch Aushang bekanntgegeben. In den größeren Geschäften mit zahlreichem Personal erhalten die Angestellten nach den Angaben auf dem Aushange fast immer eine zweistündige Mittagspause und je eine viertelstündige Früh-

stücks- und Vesperpause. Wird aber nur eine eineinhalbstündige Mittagspause gewährt, wie es in vielen kleineren Geschäften der Fall ist, so sollen nach den Angaben auf dem Ausbange meist je eine halbstündige Frühstück- und Vesperpause gewährt werden. Daß namentlich die halbstündigen Frühstück- und Vesperpausen sehr oft nur auf dem Ausbange stehen, in Wirklichkeit aber nicht, oder jedenfalls nicht voll gewährt werden, dürfte kaum zweifelhaft sein.

In den kleineren Städten beginnt die Arbeitszeit oft schon um 8 Uhr, zuweilen bereits um 7 Uhr und dauert dann meist bei einer nur einstündigen Mittagspause bis 19 Uhr. Erhalten die Angestellten bei ihren Arbeitgebern Kost und Unterkunft, so werden ihnen oft überhaupt keine bestimmten Pausen gewährt, sie müssen vielmehr nach Einnahme der Mahlzeiten sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Von den Inhabern solcher Geschäfte haben manche offen zugegeben, daß in diesen regelmäßig länger als 8 Stunden am Tage gearbeitet würde. Sie äußerten dann aber auch zugleich, daß eine andere Regelung nicht möglich sei, sie könnten nicht mehr Personal einstellen, da das vorhandene zeitweise schon nichts zu tun hätte.

Der Besitzer eines kleinen Kaufhauses in einer Landstadt hatte wahrheitsgemäß in dem gesetzlich vorgeschriebenen Mehrarbeitsverzeichnisse für einzelne Tage Mehrarbeit von 3, 4 und auch 5 Stunden eingetragen. Er ist darüber belehrt, daß bei Mehrarbeit die Höchstdauer der täglichen Arbeitszeit nur 10 Stunden betragen darf.

In einer Bank, die hauptsächlich den Mittelstand und kleine Gewerbetreibende zu ihren Kunden zählt, hatten sich diese in kurzer Zeit so stark vermehrt, daß es unmöglich war, bei der gesetzlich zulässigen Höchstarbeitsdauer allen Kunden am Anfang des Jahres einen Kontoauszug rechtzeitig zuzustellen. Wegen Platzmangels konnte auch eine Vermehrung des Personals nicht erfolgen; ein Anbau zur Vergrößerung der Räume war zwar im Bau aber noch nicht benutzbar. Infolgedessen ist dieser Bank die Genehmigung erteilt, für kurze Zeit im Januar die Angestellten 11½ Stunden täglich zu beschäftigen.

Auch einige Verstöße gegen die Sonntagsruhebestimmungen sind in Handelsbetrieben festgestellt. An einem Sonntag am Ende des Jahres wurden 11 Angestellte und ein Mitinhaber eines größeren Textilwarengeschäftes bei Vorarbeiten für den im Anfang des neuen Jahres beginnenden Ausverkauf betroffen. Da der Mitinhaber sich gegenüber der Beamtin, welche die Revision ausführte, sehr aufgeregt benahm, so daß nähere Feststellungen unmöglich waren, ist die polizeiliche Vernehmung der 11 Angestellten und daneben eine Verstrafung des Mitinhabers des Geschäftes wegen ungebührlichen Verhaltens gegen einen im Dienste befindlichen Beamten veranlaßt.

Der Filialleiter einer großen Schuhwarenfabrik, der im Vorjahre am Neujahrstage dabei betroffen war, daß er durch seine Verkäuferinnen das Auszeichnen von Waren für den bevorstehenden Ausverkauf vornehmen ließ, beantragte in diesem Jahre, ähnliche Arbeiten an einem Sonntage ausführen lassen zu dürfen, da er von seiner Verkaufszentrale die neuen Preislisten so spät erhalten habe, daß er die Arbeiten

an den noch zur Verfügung stehenden Werktagen nicht fertigstellen könne. Sein Antrag mußte abgelehnt werden, da keine Möglichkeit besteht, Sonntagsarbeit für Angestellte eines einzelnen Betriebes zu bewilligen. Außerdem ist ihm geraten, seine Handelszentrale zu rechtzeitigiger Lieferung der Verkaufslisten zu veranlassen. Auch der Antrag eines Konsumvereins, in einem Dorfe eine neue Verkaufsstelle bei ihrer Eröffnung an einem Sonntag offenhalten zu dürfen, mußte aus dem gleichen Grunde abschlägig beschieden werden.

In einer Kreisstadt ist Bäckermeistern ebenso wie im Vorjahre von der Ortspolizeibehörde gestattet worden, ihre Läden an 20 Sonntagen im Sommer bis 8 Uhr abends offen zu halten. In einer benachbarten kleineren Stadt ist dagegen ein gleicher Antrag der Bäckerinnung abgelehnt mit der Begründung, daß die Verbraucher sich an den Siebenuhrladenschluß gewöhnt hätten und den Bäckern ja auch schon der Verkauf an Sonn- und Festtagen gestattet sei. Der Ortspolizeibehörde eines Dorfes, welche die Verlängerung der Verkaufszeit bis 9 Uhr abends für das ganze Jahr wünschte, mußte erwidert werden, daß für eine so weitgehende Ausnahmegewilligung die rechtliche Grundlage fehlt.

Um die berufliche Fortbildung erwerbsloser kaufmännischer Angestellter zu fördern, sind auf Veranlassung des hiesigen Kreisarbeitsnachweises Kurse für Buchführung, für Kurzschrift und für Buchhaltung abgehalten. Dagegen hat sich der Plan der Handelskammer, für männliche Personen, welche den Berechtigungsschein einer höheren Lehranstalt besitzen und Kaufmann werden wollen, eine Handelsfachschule einzurichten, aus Mangel an Meldungen nicht verwirklichen lassen. Der Besuch dieser Handelsfachschule sollte vom Besuche der kaufmännischen Fortbildungsschule befreit und würde wahrscheinlich auch eine Verkürzung der eigentlichen Lehrzeit zur Folge gehabt haben. Dagegen erfreut sich die unter Aufsicht der Handelskammer schon seit dem Jahre 1906 bestehende Handelsschule für junge Mädchen, in welcher diese für den kaufmännischen Beruf vorbereitet werden, nach wie vor eines regen Besuches.

II. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Die Zahl der beim Gewerbeaufsichtsämte gemeldeten Unfälle ist von 4799 im Jahre 1927 auf 5557 gestiegen. Die Zahl der tödlichen Unfälle hat ebenso wie im Vorjahre 27 betragen. Die Unfälle, welche sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle ereigneten, sind von 201 auf 235 angewachsen. Die Zunahme der Unfälle erstreckt sich auf die meisten Berufsgenossenschaften und ist besonders im Bereiche der Hanoverschen Bauwerksberufsgenossenschaft, der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufs-Genossenschaft und der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft beträchtlich gewesen.

Ein Dachdecker und ein Zimmermann kamen durch Absturz von Neubauten, ein anderer Zimmermann durch Einsturz einer im Bau befindlichen Festhalle und ein Fensterputzer durch Absturz aus dem Fenster eines Privathauses zu Tode. Ein Fuhrmann erhielt einen tödlich wir-

kenden Hufschlag eines Pferdes ins Gesicht und ein Kraftfahrer ist von einem durchgehenden Pferdegespann, welches er aufhalten wollte, zur Seite geschleudert und getötet. Ein tödlicher Unfall ereignete sich beim Umkehren des Anhängers eines Lastkraftwagens, ein anderer durch Anfahren eines Bierfutschers mit einem Kraftwagen. Ein Arbeiter, der auf einem mit Langholz beladenem Wagen saß, wurde infolge Reißens der Spannkette von diesem herabgeschleudert und durch einen herabrollenden Baumstamm erdrückt. Beim Abmontieren eines Waggens hatte sich die Kette des Flaschenzuges, der zum Anheben des Unterwagens diente, festgehaßt. Als ein Arbeiter mit einer Brechstange die Kette befreien wollte, erhielt er durch die Stange, die durch eine plötzliche Bewegung der Kette fortgeschleudert wurde, eine schwere Kopfverletzung, die seinen Tod zur Folge hatte. In einer Gießerei glitt ein in einer Krankette aufgehängtes großes Ventil aus dieser heraus und traf einen Arbeiter in die linke Seite. Dadurch erlitt er innere Verletzungen, an denen er verstorben ist. Ein Schlosserlehrling, der beim Reinigen eines Magazins beschäftigt wurde, ist infolge Umfallens eines Regales durch in diesem gelagerte schwere Werkzeuge erschlagen. Ein 17 Jahre alter Mechanikerlehrling war beauftragt, ein nicht fahrbares Motorrad, welches einen Ketten Schaden hatte, in die etwa 400 Meter entfernte Werkstatt zu schieben. Er ist aber nach Behebung des Schadens trotz eines Verbotes seines Meisters mit dem Motorrad auf der Straße fortgefahren, wo er nach einiger Zeit mit einem tödlichen Schädelbruche aufgefunden wurde. Ein Holzarbeiter verstarb an der Verletzung, welche ihm ein von einer Kreissäge gegen den Unterleib geschleudertes 50 Zentimeter langer Holzstab von 2,3 Zentimeter Stärke zugefügt hatte. Bei einem Arbeiter, der im Betriebe plötzlich tot umgefallen war, ist vom Arzte Selbsttötung durch Chankali festgestellt.

Mehrere tödliche Unfälle entfielen auch wieder auf Steinbrüche und Gruben. In einem Kalksteinbruche löste sich beim Abräumen unversehens Material aus der Wand und riß zwei Arbeiter mit in die Tiefe, wodurch sie den Tod fanden. In einem großen Gabbrosteinbruche stürzte ein Arbeiter ungefähr 30 Meter hoch ab und wurde so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden verstorben ist. Er hatte mit einem anderen Arbeiter zusammen Bohrarbeiten ausgeführt. Um für diese einen sicheren Stand an der steilen Bruchwand zu haben, hatten die beiden Arbeiter in der üblichen Weise ein kleines Gerüst dadurch hergestellt, daß sie zwei 20 Millimeter starke und 500 Millimeter lange Rundstangen in etwa 40 Millimeter tiefe Löcher gesteckt, auf die ungefähr 1,2 Meter voneinander entfernten Stangen ein Brett gelegt und dieses mit Geröll und Erde hinterfüllt hatten. Nach der Beendigung der Bohrarbeit und dem Befehlen der Löcher hat der Verunglückte das Gerüst beiseitigen wollen und sich zu diesem Zwecke auf ein ähnliches Gerüst gestellt, welches sich etwa 1 Meter unter dem anderen befand. Auf diesem ist er infolge des an dem Tage herrschenden Regenwetters ausgeglitten und abgestürzt, nachdem er bereits das Brett und eine Stange des oberen Gerüsts entfernt hatte. An der anderen Stange hat er sich vergeblich zu halten versucht, sie aber aus dem Loch herausgerissen. Nach

der Untersuchung des Unfalles ist bemängelt, daß die Löcher für die Gerüststangen nur 40 Millimeter Tiefe hatten; die Direktion und die Arbeitervertretung haben zugesagt, daß sie in Zukunft tiefer gebohrt werden. Der Unfall wäre aber ohnehin in seiner Schwere vermieden, wenn der Verunglückte sich angeseilt hätte. Zwar hing ein brauchbares Seil an der Unfallstelle, es war jedoch von dem Arbeiter zum sicheren Anseilen nicht benutzt, wie überhaupt die Steinbrucharbeiter im Vertrauen auf ihre Gewandtheit gern auf ein Anseilen verzichten, weil sie sich durch dieses bei der Arbeit behindert fühlen.

In einer neu in Betrieb genommenen Sandgrube fand ein alter Arbeiter dadurch den Tod, daß er durch niedergehende Sandmassen verschüttet wurde. Der Abbau der Grube war trotz der vor dem Unfälle sowohl von dem Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes als auch dem der Berufsgenossenschaft ausgesprochenen Warnungen unvorschriftsmäßig erfolgt. Insbesondere war der Abraum nicht beseitigt. Dieser bestand nicht aus einer Erdschicht, sondern aus einer, ein bis zwei Meter starken Schicht ausgerodeter Spargelwurzeln, die vor langer Zeit dort angeschüttet und bereits mit einer Grasnarbe überwachsen waren. Wegen ihres lockeren Gefüges und geringen Gewichtes hatte der Sandgrubenbesitzer die Schicht nicht beseitigen lassen. Sie stand daher etwa 1,5 Meter stark über der Grubenwand. Durch eine längere Regenperiode hatten sich aber die Spargelwurzeln schwammartig mit Wasser vollgeladen und dadurch beträchtlich an Gewicht zugenommen. Die steile Grubenwand konnte daher die Last nicht mehr tragen und ein Teil von ihr brach aus. Durch die niedergehenden Sandmassen wurde der getötete Arbeiter zunächst nur bis zu den Waden verschüttet. Als aber seine Mitarbeiter versuchten, ihn auszuschaufeln, stürzten weitere Sandmassen nach und begruben ihn vollständig. Als er befreit wurde, war er bereits tot. Der Sandgrubenbesitzer ist wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 300 RM. an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt.

In einem Kalkwerke wurde eines Morgens beim Schichtwechsel der Gichtarbeiter auf dem Steinmateriale, das auf dem Kalkofenmunde hoch aufgeschüttet war, durch ausströmende Verbrennungsgase erstickt aufgefunden. Der Ofen war jahrelang nicht benutzt gewesen und erst vor kurzem nach Beseitigung eines schmiedeeisernen Aufhanges wieder in Betrieb genommen. Da das Beschichtungsmaterial unmittelbar in den freiliegenden Ofenmund geschüttet wurde, hatten die Arbeiter bereits über Belästigung durch Verbrennungsgase Klage geführt und es war bereits angeordnet, daß die Umwehrung der Gicht mit möglichst großen Durchbrechungen versehen werden sollte, damit die Gase durch den dort fast immer herrschenden Wind nach der Seite fortgeblasen würden. Als den Gichtarbeiter der Tod ereilt hatte, war diese Anordnung noch nicht ausgeführt. Der Ofen ist bald nach dem Unfall stillgelegt, um eine mechanische Beschichtung anzubringen, bei der das Betreten der Gicht nur noch ausnahmsweise für kurze Zeit erforderlich sein wird.

In einem Hüttenwerke wurde ein Arbeiter auf dem Treppenhodeste für den oberen Umgang des Gasometers auf dem Rücken liegend tot

aufgefunden. Vom Arzte war als Todesursache Gasvergiftung angegeben. Nach den Feststellungen bei der Untersuchung des Unfalles kann aber auch angenommen werden, daß der Verunglückte durch einen Sturz nach hinten zu Tode gekommen ist. Er hat einen Eimer Del auf das Abdichtungswasser des Teleskopauszuges gießen wollen. Dabei scheint er, um einer aus dem Wasser austretenden Gaswelle auszuweichen, zurückgetreten, durch eine kleine Unebenheit zwischen Treppenhodest und Umgang ins Stolpern gekommen und nach hintenüber gefallen zu sein. Da sein Genick auf der obersten Treppenstufe lag und der Kopf frei über diese hinweghing, kann er einen Genickbruch erlitten haben. Die Beseitigung der Unebenheit zwischen Treppenhodest und Umgang ist angeordnet, und das Ueberströmen von Gas aus dem Gasometer soll durch bessere Betriebsführung nach Möglichkeit vermieden werden.

In einer Dampffesselfabrik war ein Schmied beauftragt, aus starkem Winkelseisen Ringe von etwa 1,25 Meter Durchmesser herzustellen. Im allgemeinen wird das Schmieden solcher Ringe auf einem großen Schmiedeherde im Freien vorgenommen. Da starke Kälte herrschte, benutzte der Schmied ausnahmsweise einen Schmiedeherd in der Schmiedehalle des Werkes. Er entfachte nicht nur in der Mitte des Herdes, sondern auch auf dem vorspringenden Teile zwischen den Wasserkästen ein Feuer. Die sich hier entwickelnden Rauchgase wurden vom Rauchfange über der Esse nicht aufgefangen. Unvorsichtigerweise hatte sich der Schmied beim Arbeiten so aufgestellt, daß er die Rauchgase einatmen mußte. Nach mehrstündiger Arbeit bekam er Kopfschmerzen und Schwindelgefühl. Trotz sofortiger Einlieferung in das Krankenhaus starb er bald an den Folgen der erlittenen Kohlenoxydvergiftung.

In einer Ziegelei kippte die bereits entleerte Mulde eines Kippwagens heftig zurück und fügte dem Bedienungsmanne, der vor einem Holzpfeller stand und nicht ausweichen konnte, einen heftigen Stoß zu. An den dadurch erlittenen innern Verletzungen ist der Arbeiter verstorben. Ein Arbeiter erlag in einer Konservenfabrik ebenfalls inneren Verletzungen, die er sich durch Stoß am Handgriffe einer Sackkarre zugezogen hatte.

In einer Brauerei fand ein Kesselheizer beim Zerknall eines Dampffessels den Tod. Der Zerknall trat dadurch ein, daß der erste Schuß des rechten Flammenrohres eines mit 8 atü betriebenen Zweiflammrohrkessels über die ganze Länge seines Scheitels eingedrückt wurde. Dabei entstanden dicht am Flansche und in der Mitte große Querrisse. Die Ursache des Zerknalls ist darin zu suchen, daß im Laufe der Zeit durch die Einwirkung des schlechten Speisewassers die Flammrohrbleche zu stark geschwächt waren. Nach den Messungen, die während des Ausbaues des Kessels gemacht sind, waren die Flammrohrbleche, die eigentlich eine Stärke von 14 Millimeter hätten haben müssen, bei der letzten Erneuerung aber sogar eine Stärke von 20 Millimeter erhalten hatten, an verschiedenen Stellen nur noch 6,9 und 12 Millimeter stark. Von dem Ingenieur des Dampffesselüberwachungsvereins war die Größe der Schwächung nicht erkannt, weil keine gruben- oder pothen-

artige Anfrassungen vorhanden waren, die Abzehrung sich vielmehr auf die ganze Oberfläche ziemlich gleichmäßig erstreckte. Durch die Wucht des Berstnasses wurde die hintere Stirnwand und die Vorfeuerung des Kessels fortgeschleudert und das Dach teilweise zerstört. Der Heizer, der vor der Feuerung gestanden hatte, wurde von dieser erdrückt. In einer anderen Fabrik zersprang aus nicht aufgeklärter Ursache an dem Dampfkessel ein unteres Siederohr des Oberkessels, als der Heizer sich auf dem Podeste vor dem Wasserstandsglase befand. Seinen Versuch über die von dem Podeste nach unten führende Treppe die Tür des Kesselhauses zu erreichen, mußte der Heizer aufgeben, da er auf seinem Wege durch die aus beiden Feuerthüren herausdringenden Dampfmassen hätte hindurchgehen müssen und sich bereits einige Brandwunden zugezogen hatte. Er eilte die Treppe wieder hinauf auf den Oberkessel, von wo er dann durch ein Fenster des an einem Abhange liegenden Kesselhauses ins Freie gelangte.

In einer Rechenmaschinenfabrik wollte der Einrichter, der die Stangen zu überwachen hatte, mit einem großen, auf die Stirnmutter der Erzenterrasse aufgesetzten Schraubenschlüssel den Hub verstellen. Nachdem er den Schlüssel einmal nach unten gedrückt hatte, rückte plötzlich die Stange von selbst ein und das Ende des dadurch in Drehung nach oben versetzten Schlüssels traf den Einrichter so heftig hinter dem linken Ohr, daß er sofort getötet wurde. Die unmittelbar nach dem Todesfalle vorgenommenen Ermittlungen haben ergeben, daß der Einrichter die Sicherung gegen Einrücken, die sich in Ordnung befand, nicht betätigt hatte. Der Unfall muß daher auf mangelnde Vorsicht des Getöteten zurückgeführt werden. Dieser war auch an einem Unfalle, der einige Zeit vorher einen anderen Stanzer des gleichen Betriebes betroffen hatte, dadurch schuld gewesen, daß er den Verletzten an einer nicht mit Handschutzeinrichtungen versehenen Stange, die sonst nur für Blockschritte benutzt war, Arbeiten ausführen ließ, welche das Einlegen der Arbeitsstücke von Hand erforderlich machten. In einer anderen Fabrik hat sich eine Arbeiterin an einer Stange mehrere Glieder an drei Fingern abgequetscht. Bei der Untersuchung ergab sich, daß zwar die vorhandene Handsicherung in Ordnung war, die Stange aber zuweilen mehrmals nachschlug. Daraufhin ist veranlaßt, daß die Stange auseinandergenommen und gründlich nachgesehen wurde. Dabei hat sich herausgestellt, daß im Kupplungsringe an der Stelle, an welcher die Bremse auftritt, ein Materialfehler bestanden hatte, der zum Bruche eines Teiles des Ringes geführt hat, so daß die Bremse an dieser Stelle nicht mehr wirken konnte. Es ist infolgedessen angeordnet, daß alle Stangen in längstens halbjährlichen Zwischenräumen gründlich nachgesehen werden sollen. Vor allem soll stets die Kupplung auf Abnutzung untersucht werden. Auf ungenügende Wartung und zu starke Abnutzung der Reibungsfläche der Kupplung ist auch ein Unfall an einer Heftmaschine in einer Druckerei zurückzuführen.

In einem Steinbruche war ein Versager durch eine danebengesetzte Ladung zum Abschusse gekommen. Beim Aufräumen des losgesprengten Gesteins fand ein Steinbrecher die unversehrte Sprengkapsel des Ver-

sagers und wollte sie dem Schießmeister bringen. Ein anderer Arbeiter aber ließ sich die Sprengkapsel geben und klopfte mit einem Werkzeuge daran. Dadurch explodierte die Kapsel und verletzte ihn an beiden Unterschenkeln und am Daumen der rechten Hand. Noch mehrere andere Unfälle sind auf die Unerfahrenheit und den Leichtsinns der von ihnen Betroffenen zurückzuführen. Von dem in der Werkstatt eines Installationsgeschäftes aufgestellten Äthylenentwickler wurde durch eine 15 Meter lange fest verlegte Leitung in einem anderen Arbeitsraume ein Wärmofen beheizt. Als ein Mechaniker diesen in Betrieb nehmen wollte, beauftragte er einen Lehrling, den Entwickler frisch zu beschicken und auch sonst in Ordnung zu bringen. Auf Anraten eines anderen Lehrlings schloß nun dieser, um dem Mechaniker einen Streich zu spielen, eine mit Sauerstoff gefüllte Gasflasche an einen Reserverhahn des Entwicklers an und ließ Sauerstoff in diesen eintreten. Nach einiger Zeit brachten dann die Lehrlinge den Entwickler in Ordnung und füllten den Karbidkasten. Als nun der eine von ihnen Wasser zum Karbid treten ließ, zerfnallte der Entwickler, wodurch der Lehrling Brandwunden und einen Bruch des linken Oberarms davontrug. Der Mantel des Entwicklers wurde in drei Teile zerrissen und die einen halben Stein starke Außenwand des Aufstellungsraumes wurde etwa 2 Zentimeter nach außen gedrückt. In einem anderen Falle rühmte sich ein Arbeiter, vollständig mit der Handhabung des Schweißbrenners vertraut zu sein, ohne die geringste Kenntnis davon zu haben. Er benahm sich dann auch so ungeschickt, daß er Brandwunden davontrug. Ferner verbrannte sich ein Lehrling die Hand dadurch, daß infolge Spielerei an einer Lötlampe das Ventil abflog und eine Stichflamme herausflog.

Auf die Schuld eines Mitarbeiters ist ein Unfall zurückzuführen, der sich im Magazin einer großen Fabrik durch Bruch eines Weiterholmes, der stark angefügt war, ereignete.

Wie gefährlich der Umgang mit Benzin sein kann, geht aus folgenden Beispielen hervor. In einem großen Betriebe flog ein Funken von einem Schmirkelstein in einen etwa 2 Meter davon entfernten offenen Behälter und entzündete das darin enthaltene Waschbenzin. Beim Löschen des dadurch entstandenen Brandes hat sich ein Arbeiter Brandwunden zugezogen. Der Kraftwagenführer eines Kaufhauses reinigte in einer Garage Automobilteile mit Benzin und benutzte dabei als Beleuchtung eine Karbidlampe. Aus Versehen stieß er einen Behälter mit Benzin um. Das ausfließende Benzin entzündete sich an der Karbidlampe und durch die entstehende Stichflamme erlitt der Führer Brandwunden im Gesicht. Auch ein Wagenführer einer Kraftverkehrsgesellschaft bediente sich bei der Instandsetzung eines Kraftomnibusses in einem Unterstellraume einer Karbidlampe als Lichtquelle und verursachte dadurch einen Benzinbrand, durch den der Wagenschuppen zerstört wurde.

Bereits in mehreren Fällen sind Fußverletzungen beim Betriebe von Fahrstühlen vorgekommen, bei denen die in voller Geschwindigkeit durchgeführten Schachtwände nicht mehr als 4 Zentimeter vom Fahrkorbe entfernt sind, so daß dieser nach den geltenden Vorschriften keine

besondere Tür zu haben braucht. Zuweilen löst sich der Putz unter den eisernen Rahmen der Schachttüren, so daß die Rahmen etwas aus der Wand hervorstehen, oder es ragen auch andere Eisenteile, wie z. B. Schraubenköpfe von Verankerungen 1 bis 2 Zentimeter aus der Schachtwand hervor. Läßt bei starker Beladung der Führer dann die Fußspitze oder den Absatz über den vorderen Rand des Fahrkorbes hinwegragen, so sind Quetschungen durch die vorstehenden Eisenteile leicht möglich. Auf Beseitigung der vorstehenden Teile und Instandhaltung des Putzes in den Fahrstuhlschächten sollte daher dauernd geachtet werden.

Nicht unbedeutend ist immer noch die Zahl der Unfälle, welche sich bei der Erzeugung oder Verwendung von elektrischem Strom ereignen. In der Transformatorstation eines kleinen Dorfes wurde ein Monteur bewußtlos auf dem Rücken liegend aufgefunden. Trotzdem bald nach der Auffindung in Gegenwart eines Arztes mit Wiederbelebungsversuchen begonnen wurde, mußten diese nach 3 Stunden als ergebnislos aufgegeben werden. Außer einer geringfügigen Verletzung am rechten Handgelenk sind vom Arzte bei dem Verunglückten keine Verletzungen festgestellt. Der Monteur hatte den Auftrag gehabt, an dem Unfalltage mehrere Transformatorstationen nachzusehen. Als er aufgefunden wurde, hielt er in der linken Hand einen Schraubenzieher. Da aber weder dieser noch der Anstrich der in der Nähe der Unfallstelle befindlichen Hochspannungsleitungen sichtbare Veränderungen zeigten, konnte die Todesursache mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Ein anderer Monteur wollte in einem Schalthause an einer Hochspannungszelle das Winkeisen, an welchem die Schutztür aufgehängt war, los-schrauben. Das etwa ein Meter lange Winkeisen löste sich plötzlich und berührte eine Hochspannungsleitung, welche sich über dem ausgelösten Messerschalter für den Transformator befand. Da der Monteur bei seiner Arbeit auf einer Holztreppe stand, zog er sich nur leichte Brandwunden an beiden Daumen zu, obwohl die von dem Eisen berührte Leitung unter einer Spannung von 6000 Volt stand. Diese Leitung war nicht stromlos gemacht, damit nicht Licht und Kraft für einen erheblichen Teil der Stadt ausgeschaltet wurden. In einem anderen Elektrizitätswerk nahm ein Obermonteur an den nicht stromführenden Teilen eines Hochspannungsschalters eine Aenderung vor. Dabei leuchtete ihm der Maschinist des Werkes mit einem Taschenfeuerzeug und kam der Hochspannungsleitung so nahe, daß er eine Verbrennung des rechten Armes erlitt. Schlechter erging es einem Fabrikarbeiter, als ihm von einem Mitarbeiter aus dem Mannloche eines Dampffessels eine Glühlampe zugereicht wurde, die von dem auf dem Werke beschäftigten „Elektromonteur“ provisorisch für diesen Zweck hergerichtet war. Der Arbeiter, der auf einem Eisenblech stand, berührte mit der linken Hand die unter Spannung von 220 Volt stehende Fassung, an welcher kein Berührungsschutz vorhanden war, und fiel bewußtlos um. Durch Wiederbelebungsversuche kam er nach einer halben Stunde wieder zum Bewußtsein, war aber noch mehrere Wochen arbeitsunfähig, weil er am Daumen und Zeigefinger der linken Hand Brandwunden davongetragen hatte.

An der Untersuchung des zuletzt geschilderten Unfalles hat sich der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft beteiligt. Im übrigen haben weder Aufsichtsbeamte von Berufsgenossenschaften noch Ingenieure der elektrischen Abteilung des Dampffesselüberwachungsvereins an Untersuchungen von Unfällen, welche durch elektrischen Strom veranlaßt waren, teilgenommen. Besondere Maßnahmen zur Aufklärung der Arbeiter und der Bevölkerung über die Gefahren des elektrischen Stromes sind bislang weder von Behörden noch von anderen Stellen getroffen. In der hiesigen Berufsschule wird naturgemäß in den Klassen für Elektroinstallateure auf diese Gefahren hingewiesen. Schutzvorrichtungen besonderer Art gegen die Einwirkung des elektrischen Stromes in einzelnen Werken sind nicht bekannt geworden. Dagegen sind sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer bei den Betriebsbesichtigungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten oft auf die mit der Verwendung des elektrischen Stromes verbundenen Gefahren hingewiesen. Leider sind nicht immer diese Hinweise auf fruchtbaren Boden gefallen, da oft gerade Arbeiter sich auf eigene Erfahrungen, nach denen die Gefahren des elektrischen Stromes nur gering sein sollen, beriefen.

Vom Braunschweigischen Staatsministerium ist bereits durch die Bekanntmachung vom 19. April 1900 (GuVS. Nr. 15 S. 143) angeordnet, daß bei der Anlegung und Benutzung aller elektrischen Leitungen die jeweils vom Verbands Deutscher Elektrotechniker herausgegebenen Sicherheitsvorschriften zu beachten sind. Trotzdem wird noch sehr oft gegen diese Vorschriften verstoßen. In einer Mühle wurde z. B. ein 17 Jahre alter Jüngling dabei betroffen, daß er beim Verlegen einer Lichtleitung die Drähte nur mit Nägeln befestigte. Es stellte sich heraus, daß die Installationsarbeiten für den Müller von dem Vater des jungen Mannes, einem Stellmachermeister, übernommen waren, weil er seinen Sohn, der 1½ Jahr bei einem Elektrizitätswerk gelernt hatte, als befähigt für diese Arbeiten hielt. Auch die Benutzung geflickter Sicherungen, die viele Arbeiter und Besitzer kleiner Betriebe für ganz ungefährlich halten, muß sehr oft beanstandet werden. Ferner fehlen noch oft die vorgeschriebenen Abdeckungen an Licht- und Kraftschaltern, ebenso die Erdung von Motorgehäusen und metallenen Umhüllungen von Anlassern und Schaltern. Der Berührungsschutz an den Glühlampen ist nur in wenigen Betrieben und oft selbst nicht einmal an neu angebrachten Lampen vorhanden. Bedauerlich ist, daß selbst Abnahmebeamte von Elektrizitätswerken zum Teil keine ausreichende Kenntnis von den Sicherheitsvorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker besitzen. U. a. berief sich ein Molkereibesitzer, bei dem verschiedene elektrische Einrichtungen beanstandet werden mußten, darauf, daß ein Abnahmebeamter des Elektrizitätswerkes seine Anlage für ordnungsmäßig befunden hätte. Eine Rückfrage bei dem Abnahmebeamten ergab, daß dieser die entsprechenden Vorschriften, auf denen die Beanstandungen beruhten, nicht kannte. Selbst bei Angestellten großer Elektrizitätsgesellschaften ist der gleiche Mangel schon beobachtet.

Bei den Betriebsrevisionen sind nicht selten neue Maschinen und

Einrichtungen gefunden, die ohne die erforderlichen Schutzvorrichtungen geliefert waren. Die Betriebsinhaber waren dann oft unwillig darüber, daß ihnen aus dem nachträglichen Anbringen der fehlenden Vorrichtungen neue Kosten entstanden. In solchen Fällen ist stets die Zentralstelle für Unfallverhütung benachrichtigt, jedoch scheint auch diese nicht immer Erfolg bei den Lieferanten der Maschinen gehabt zu haben.

Die Unfallsicherheit der Betriebseinrichtungen bessert sich allmählich, trotzdem haben noch viele Beanstandungen erfolgen müssen. Das war vor allem der Fall wegen unrichtigen Abbaues in Steinbrüchen und Gruben. Um einen gefahrloseren Abbau zu erreichen, haben gegen mehrere Steinbruchbesitzer polizeiliche Verfügungen erlassen werden müssen; einige Steinbruchbesitzer, die bereits erlassene Verfügungen nicht befolgt hatten, sind bestraft worden. In ganz besonders gefahrdrohendem Zustande wurde ein Kalksteinbruch am Elm vorgefunden. Um ohne großen Aufwand an Kosten für das Abräumen die harten Steine aus den tieferen Schichten zu gewinnen, hatte der Besitzer in einer Tiefe von 12 bis 14 Meter eine Kreisfläche von etwa 8 Meter Durchmesser mit etwa 5 Meter hohen senkrechten, teilweise sogar überhängenden Wänden herstellen lassen. Die Sohle konnte nur mittels Leiter erreicht werden. Von diesem Kessel waren dann noch zwei Stollen von etwa 6 und 8 Meter Länge wagerecht in das Gestein getrieben. Die Rundhölzer, mit denen die Decken der $2\frac{1}{4}$ Meter hohen Stollen abgestützt waren, zeigten bereits Risse und Knick. Auf der Sohle und in den Stollen waren zwei Arbeiter beschäftigt. Infolge des bei der Revision herrschenden leichten Regens lösten sich von den oberen schrägen Teilen der Bruchwände mehrere faustgroße Steine und rollten in die Tiefe. Dem Bruchbesitzer wurde sofort verboten, weiterhin noch Arbeiter auf der Sohle zu beschäftigen, solange der gefahrdrohende Zustand durch anderen Abbau nicht beseitigt war. Außerdem wurde die zuständige Ortspolizeibehörde ersucht, die Befolgung der gegen den Steinbruchbesitzer erlassenen Verfügung nach § 120 der GO. zu überwachen. Als die Polizeibehörde nach kurzer Zeit feststellte, daß der Besitzer doch wieder Arbeiter unten im Bruche arbeiten ließ, ist er mit einer Polizeistrafe von 50 RM. belegt. Auch die Transporteinrichtungen in den Brüchen und Gruben ließen noch oft zu wünschen übrig. Mehrfach waren die Förderbahngleise zu nahe an die Bruchwand verlegt oder es fehlten am Ende eines Gleises ausreichende Sicherungen gegen Abstürzen der Wagen.

An Pressen und Stanzan gaben die als Schutz gegen Finger- verletzungen angebrachten Vorrichtungen mehrfach Anlaß zu Bemängelungen. Ebenso waren an Holzbearbeitungsmaschinen noch oft die Schutzvorrichtungen in mangelhaftem Zustande. Vielfach fehlten an den Dickenhobelmaschinen noch Sicherungen gegen das Zurückschlagen von Hölzern. An einer Dickenhobelmaschine hätte sich ein Unfall dadurch ereignen können, daß die Welle nicht fest gelagert war und die Messer zu weit abgegriffen waren. Bei der Benutzung der Maschine brach aus einem Messer ein Stück heraus, beschädigte das Bett der Maschine und bohrte sich tief in den Fußboden. In Wäschereien fehlten

verschiedentlich selbsttätige Ausrückvorrichtungen an den Muldenplättmaschinen.

An Aufzügen waren oft die Subgitter und die Fahrsechthumwehungen schadhaft oder nicht genügend dicht oder zu niedrig. In zwei kleinen Betrieben waren Aufzüge aufgestellt und in Betrieb genommen, ohne daß sie der vorgeschriebenen Abnahmeprüfung unterzogen worden waren. Die Befolgung der Vorschriften der Aufzugsverordnung ist veranlaßt. In einer Käsefabrik war der unvorschriftsmäßige Fahrstuhl plombiert worden, um seine Benutzung zu verhindern. Bei der Revision des Betriebes wurde festgestellt, daß die Plombe entfernt und der Fahrstuhl benutzt war. Das Wiederanbringen der Plombe ist veranlaßt.

Mehrfach ist auch gegen die Vorschriften verstoßen, welche für die Errichtung und den Betrieb von Dampfkesseln und Dampffässern erlassen sind. In einigen Holzbearbeitungsbetrieben ist die Beseitigung von Holztrockenanlagen, die ohne Erlaubnis in den Kesselhäusern angelegt waren, veranlaßt. In mehreren Vulkanisieranstalten wurden Apparate benutzt, die als Dampfkessel anzusehen sind. Ihre nachträgliche Genehmigung ist herbeigeführt. In einer kleinen Maschinenfabrik wurde eine alte Lokomotive ohne jede Armatur als Dampferzeuger für die Dampfheizung benutzt. Ihre Außerbetriebsetzung ist veranlaßt. In einer Papierfabrik war ein großer Dampffäß ohne Genehmigung in Betrieb genommen. Der Besitzer ist außer anderen Gründen auch deswegen zur Anzeige gebracht und bestraft. Mehrfach waren auch die Sicherheitsventile an Dampfkesseln wieder überlastet. Die Heizer sind verwahrt. Die Unsitte in Konservenfabriken, Molkereien und auch in anderen Betrieben, Kleider und sonstige Gegenstände auf den Dampfkesseln zu trocknen oder aufzubewahren, hat sich immer noch nicht ausgerotten lassen. Selbst Fahrräder sind in zwei Fällen auf dem Dampfkessel vorgefunden.

Die Vorschriften für Äthylenapparate werden ebenfalls noch nicht genügend beachtet. Mehrere Apparate wurden gefunden, die nicht angemeldet waren. In einigen Fällen, in denen wegen Fehlens des Firmenschildes die Herkunft des Apparates nicht zu ermitteln war, ist die Benutzung untersagt. Zuweilen waren die Gassen der Apparate in unzulässiger Weise beschwert oder die Entwickler waren weniger als 3 Meter von Feuerstellen entfernt aufgestellt. Auch die Vorschrift, daß der Brenner stets mindestens 3 Meter vom Entwickler entfernt sein soll, ist oft nicht befolgt und konnte auch nicht befolgt werden, weil zu kurze Schläuche geliefert waren.

Die Einrichtungen in den Vorführerräumen der Lichtspieltheater waren oft mangelhaft. Die Behälter für die Aufbewahrung der Filme bestanden nicht aus Hartholz oder die Vorrichtungen zum selbsttätigen Verschließen der nach dem Zuschauerraum führenden Öffnungen waren nicht zuverlässig oder ganz unwirksam. Bei der Revision eines Vorführerraumes am Vormittag war dieser mit Zigarettenrauch erfüllt. Der Vorführer mußte also kurz vorher geraucht haben, obwohl er gerade mit dem Auspacken einer Filmsendung beschäftigt war. Eine Anzahl

leerer Zigaretten- und Streichholzschachteln, sowie Asche, abgebrannte Streichhölzer und Zigarettenreste auf dem Fußboden zeigten, daß auch sonst unzulässigerweise sehr viel in dem Raume geraucht war. Trotzdem daraufhin sowohl der Besitzer als auch der Vorführer gewarnt war, wurden bei der drei Monate später wiederholten Revision abermals Streichhölzer und Zigarettenreste vorgefunden. Der bei dieser Revision angetroffene Vorführer war nicht einmal im Besitze des vorgeschriebenen Prüfungszeugnisses. Dem Besitzer ist für den Fall nochmaliger Zuwiderhandlungen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft angedroht.

Ueber das Verhalten mancher Arbeiter gegenüber den Bestrebungen zur Unfallverhütung geben außer den bereits bei der Schilderung von Unfällen dargestellten Vorkommnissen noch folgende Beispiele Aufschluß. In einer Spinnerei hatten die Arbeiter absichtlich die Sperrvorrichtungen der Fahrstuhltüren unwirksam gemacht, um nicht bei jedesmaligem Eingange die Türen öffnen und schließen zu müssen. In einer Maschinenfabrik war der Wechselraderschutz einer Drehbank zur Seite gesetzt. Der deswegen zur Rede gestellte Dreher erklärte: „Das tun die Lehrlinge jeden Morgen, weil das Gitter ihnen im Wege steht, wenn sie sich in der Frühstückspause an den Ofen setzen. Ich habe keine Lust und keine Macht, die Jungen dazu anzuhalten, daß sie das Schutzgitter stets wieder an seine Stelle setzen.“ Ein Buchdrucker, an dessen Maschine eine völlig sinnlose Vorrichtung als Schutzvorrichtung gefunden wurde, gab auf Vorhalt, weshalb er nicht für Anbringung einer richtigen Schutzvorrichtung gesorgt hätte, an: „Das ist mir völlig gleichgültig; ich habe für Schutzvorrichtungen nicht das mindeste Interesse.“ Diese Äußerungen zeigen, wieviel Erziehungsarbeit noch zu leisten ist, um bei allen Arbeitern das nötige Interesse an der Unfallverhütung zu wecken.

B. Gesundheitsschädliche Einflüsse.

Bleierkrankungen sind im letzten Jahre wieder mehrfach gemeldet worden. In einer Bleihütte ist die Zahl dieser Erkrankungen von drei im Jahre 1927 auf neun im Jahre 1928 gestiegen. Da aus diesem Betriebe allein im Juli vier Bleierkrankungen gemeldet waren, wurde eine gemeinschaftliche Besichtigung mit dem Kreisärzte und dem Hüttenarzte vorgenommen. Der Vertreter des Werkes erklärte dabei die Zunahme der Bleierkrankungen damit, daß in letzter Zeit stark staubendes Material verarbeitet sei. Man habe aber bereits durch stärkere Befechtung die Gefahr nach Möglichkeit zu beseitigen gesucht. Ferner hatte die Werksleitung in einer gemeinschaftlich mit dem Betriebsrate erlassenen Bekanntmachung die Arbeiter auf die wichtigsten Maßnahmen zur Verminderung der Gefahren, welche bei der Arbeit mit bleihaltigem Material drohen, hingewiesen. Außerdem ist nach der Revision vom Hüttenarzte ein aufklärender Vortrag vor der Belegschaft gehalten. In einem kleineren Werke, in dem stark bleihaltige Lagermetalle hergestellt werden, ist ebenfalls ein Arbeiter an Bleivergiftung erkrankt, vermutlich durch Einatmen von Bleidämpfen. Ueber der Wanne des Schmelzofens war zwar eine Haube zum Auffangen von Bleidämpfen vorhanden. Damit sie aber bei der Arbeit kein Hindernis böte, war sie so hoch ange-

bracht, daß sie nicht genügend wirkte. Es soll jetzt eine Vorrichtung geschaffen werden, mittels welcher der Arbeiter durch einen Windschleier vor den Kleidämpfen geschützt wird.

In einem anderen Metallhüttenwerke erkrankten einige Arbeiter durch Einatmen von Antimonoxyd, welches in einer Kugelmühle zerkleinert wurde. Da das Gehäuse der Kugelmühle undicht war, gelangten starke Staubwolken in den Arbeitsraum, durch welche bei den Arbeitern Reizungen der Nasen- und Rachenschleimhäute und außerdem Hautausschläge an Hals, Armen und Beinen hervorgerufen wurden. Auch der Betriebsleiter bekam nach einem längeren Aufenthalt in dem Raume Nasenbluten. Die Kugelmühle ist ausgebessert und an eine Staubabsaugung angeschlossen.

In einem größeren Elektroinstallationsbetriebe ereignete sich eine Erkrankung durch nitrose Gase. In dem Betriebe sollte eine Anzahl stark verkorrozierter Messingrohre gereinigt werden. Zu diesem Zwecke füllten zwei Arbeiter ein vorhandenes Steingutgefäß mit einem Gemisch von Schwefel- und Salpetersäure und spülten darin die Messingrohre ohne weitere Vorsichtsmaßnahmen ab. Schon in der ersten Nacht stellten sich bei dem einen Arbeiter die Erscheinungen einer Vergiftung durch nitrose Gase ein, so daß er am folgenden Tage der Arbeit fernbleiben mußte. Dadurch ließ sich der andere Arbeiter jedoch nicht von der Weiterarbeit an den Rohren abhalten. Er rühmte sich vielmehr, daß ihm derartige Gase nichts anhaben könnten. Das hatte zur Folge, daß auch er in der folgenden Nacht erkrankte. Beide Arbeiter haben sich wieder erholt und keinen dauernden Schaden davongetragen. Der Firma ist unter Hinweis auf die Gefährlichkeit der Gelbbrennen die Weiterbenutzung der behelfsmäßigen Anlage untersagt.

Ein 15 Jahre alter Schlosserlehrling, der seit einem halben Jahre in einer Werkstätte zur Ausbesserung von Kraftfahrzeugen beschäftigt war, erkrankte an einer chronischen Benzinvergiftung, die sich nach dem ärztlichen Befunde in ausgedehnten Haut- und Schleimhautblutungen, starker Verlängerung der Blutgerinnungszeit und durch Niederschlag vereinzelter roter Blutkörperchen im Urin äußerte. Der behandelnde Arzt hat einen Berufswechsel des Erkrankten, der früher schon an einer Abnahme der Gerinnbarkeit des Blutes gelitten hatte, für erforderlich erklärt. Die Erkrankung wird darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeiter in Reparaturwerkstätten die Gewohnheit haben, sich ihre beschmutzten Hände mit Benzin oder Benzol zu reinigen.

Bei der Herstellung eines Pappdaches sollte ein Dachdecker durch Einatmen der Gase, die aus der erhitzten Klebemasse für die Fugen der Pappstreifen entwichen, nach dem ärztlichen Befunde an einer Schwefelkohlenstoffvergiftung erkrankt sein. Eine solche Erkrankung erscheint jedoch als sehr unwahrscheinlich, weil weder bei der Herstellung noch bei der Erwärmung der Klebemasse Schwefelkohlenstoff benutzt wird oder entstehen kann.

In einer Chininfabrik litten einige Arbeiter dauernd an Hautausschlägen durch die Einwirkung von Chininlösungen. Es ist angeordnet

daß den Arbeitern, deren Hände mit den Lötungen in Berührung kommen, Gummihandschuhe zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Schaffung einwandfreier künstlicher Beleuchtung nach den Grundsätzen der Beleuchtungstechnischen Gesellschaft ist bei den Revisionen nach wie vor hingewirkt. In einigen Betrieben sind auch bereits mustergültige Anlagen geschaffen. Viele Betriebsinhaber aber lassen sich nicht leicht oder überhaupt nicht von der Zweckmäßigkeit der Aenderung ihrer veralteten Beleuchtungseinrichtungen überzeugen. Sie erklären oft, bei der angespannten Wirtschaftslage jede nicht unbedingt nötige Ausgabe vermeiden zu müssen, und sind der Ansicht, daß Verbesserungen der Lichtanlage nicht zur Auswirkung kommen, weil nur während einer kurzen Zeit im Jahre und dann auch an den einzelnen Tagen nur während weniger Stunden in ihrem Betriebe bei künstlichem Licht gearbeitet würde.

Verschiedentlich sind bei den Revisionen Verbesserungen der Lüftungseinrichtungen der Arbeitsräume gefordert, obwohl vorhandene Lüftungseinrichtungen oft in der kalten Jahreszeit von den Arbeitern nicht benutzt werden. In einigen neu in Betrieb genommenen Buchdruckereien wurden für die Stereotyparbeiten Räume benutzt, deren Lage und Höhe den geltenden Vorschriften nicht entsprachen. Die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter in diesen Räumen ist untersagt worden.

In einer nicht geringen Anzahl von Anlagen waren die Vorrichtungen zur Absaugung des beim Betriebe entstehenden Staubes ungenügend. Ihre Verbesserung ist fast stets gefordert. In einer Stuhlfabrik z. B. bestanden die an den Bandschleifmaschinen angebrachten Saugkappen für die Entstaubungsanlage aus Holz und waren nahezu unwirksam. Die Hirnholzsleifmaschinen in diesem Betriebe waren ganz ohne Staubabsaugung. Dabei hatten die an diesen Schleifmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen sich gewöhnt, die Arbeitsstücke so an die Schleifscheiben zu halten, daß der Staub nach oben getrieben und in großer Menge eingeatmet wurde. Eine Aenderung der Arbeitsweise und der Anschluß der Maschinen an eine wirksame Entstaubungsanlage ist vorgeschrieben.

In einer chemischen Fabrik waren die Arbeiter teilweise Schwefelsäure- und Flußsäureebünnen ausgesetzt, weil die Apparatur Mängel aufwies. Gasmasken, welche den Arbeitern zur Verfügung standen, wurden von ihnen nicht benutzt. Sie banden sich nur Tücher mit trockener Zellstoffeinlage vor Mund und Nase. Die Instandsetzung der Apparatur und Beschaffung einwandfreier Gasmasken ist angeordnet.

Eine eigenartige Wahrnehmung wurde an einer aus Amerika bezogenen Maschine zur Herstellung von Milchdosen gemacht. In der Dunstabzugshaube über dem Lötbett, in welchem die Deckel auf die Rumpfe gelötet werden, befand sich ein pulverförmiger, schmutzigweißer Niederschlag von stellenweise mehreren Millimetern Stärke. Die chemische Untersuchung des Niederschlages ergab folgende Zusammensetzung: Chlor 13,65 %, Zink 6,46 %, Zinn 29,14 %, Blei 18,18 %, Eisen 6,72 %, Arsen —, Glühverlust 31,36 %. In Rücksicht auf den nicht geringen Gehalt an Blei und Zink in den Lötgasen muß für ihre mög-

lichtst vollkommene Absaugung an diesen Maschinen gesorgt werden. In einer anderen Blechwarenfabrik ist eine bessere Absaugung der an den Lötmaschinen auftretenden Dünste erreicht worden.

Bei der Beschäftigung eines Ueberlandwerkes kam zur Sprache, daß Arbeiter, die auf einem Kraftwagen fuhren, auf dem zugleich mit Asphalt überzogene Rohre befördert wurden, einige Male schon nach einstündiger Fahrt von Entzündungen des Gesichtes und der Augen befallen wurden, selbst wenn sie das Gesicht eingefettet hatten. Es wird vermutet, daß der durch Erschütterungen von den Rohren abgeriebene Asphaltstaub die Entzündungen hervorruft.

Die Einrichtungen der Speise-, Umkleide-, Wasch- und Baderäume sind immer noch in vielen Betrieben mangelhaft. Das Bestreben der Gewerbeaufsichtsbeamten, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, stieß im letzten Jahre oft auf größeren Widerstand bei den Unternehmern als bisher. Selbst die Leiter nicht ganz kleiner Fabriken klagten darüber, daß sie die oft nicht geringen Ausgaben für Verbesserungen der aus gesundheitlichen Gründen erforderlichen Einrichtungen nicht tragen könnten. In einer Fabrik waren z. B. nur zwei Abortsitze vorhanden, obwohl die Belegschaft auf 158 Personen beiderlei Geschlechts angewachsen war. Die Abänderung dieses unhaltbaren Zustandes ist nicht erreicht, weil das Unternehmen gegen Ende des Jahres in Konkurs geraten ist. In diesem wie in manchem anderen Falle war der Unternehmer gezwungen, alle verfügbaren Mittel für die Vergrößerung und den Ausbau des produktiven Teiles des Betriebes anzumenden, so daß für die Wohlfahrtsanlagen nichts übrig blieb. Selbst eine Genossenschaftsdruckerei, die ihren Betrieb in ein Grundstück mit hellen, lustigen Arbeitsräumen verlegt hat, ließ es, wohl auch aus dem angeführten Grunde, bislang an der Herrichtung ausreichender Aufenthalts-, Umkleide- und Wascheinrichtungen fehlen. Eine lobenswerte Ausnahme bildet eine große Weberet, die nach Fertigstellung der städtischen Kanalisation modern eingerichtete Aborte mit Wasserspülung angelegt hat und in dieser sogar einwandfreies Klopseppapier zur Verfügung stellt. Hauptsächlich sorgt die Belegschaft für ordnungsmäßige Benutzung und Sauberhaltung dieser Anlage, damit nicht auch hier später der schlechte Zustand der Bedürfnisanstalten auf fahrlässiges Verhalten und Unsauberkeit der Arbeiter zurückzuführen ist, wie es leider in manchen Betrieben bereits beobachtet ist.

Ein begrüßenswerter Fortschritt in gesundheitlicher Beziehung ist in manchen Druckereien dadurch erreicht, daß die Letternkästen nicht mehr durch Ausblasen, sondern durch Aufsaugen des bleihaltigen Staubes gereinigt werden. Besonders günstig ist die Benutzung eines Spezialmundstückes, welches aus einer Halbkugel mit Gummirüssel besteht. Mit diesem kann jede Stelle des Letternkastens erreicht und gereinigt werden. Die Vorrichtung hat den weiteren Vorteil, daß durch das Aufsaugen und Wiederfallenslassen der Lettern auch diese vom anhaftenden Staube gereinigt werden, und daß dabei gleichzeitig ihre Umlagerung und damit eine gleichmäßigere Abnutzung erzielt wird.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Infolge der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung sind im verflossenen Jahre die Löhne der Arbeiter fast in allen Gewerbebezweigen erhöht. Manche Arbeitnehmer suchten auch durch Nebenbeschäftigungen außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitsstätte ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Besonders beliebt ist vielfach die Tätigkeit als Aushilfskellner an Sonn- und Festtagen und an Abenden von Wochentagen bei außerordentlichen Veranstaltungen. U. a. sind als Aushilfskellner neben Fabrikarbeitern auch ein Agent und ein Bankbote festgestellt. Der Besitzer einer kleinen Buchdruckerei und Kartonnagenfabrik, in der nur eine Arbeiterin beschäftigt wird, ist tagsüber in einem Betriebe der Nachbarstadt als Meister tätig und arbeitet dann abends noch im eigenen Betriebe. Ein in einem gewerblichen Betriebe beschäftigter Drechsler hat in seinem Keller eine elektrisch betriebene Holzdrehbank aufgestellt, an der er sich in seiner Freizeit als selbständiger Gewerbetreibender betätigt.

Zu begrüßen ist, daß der Milchverbrauch vor allem unter der jüngeren Arbeiterschaft immer mehr anwächst. An manchen Stellen hat bereits die Flaschenmilch das Flaschenbier fast ganz verdrängt. In einem kleineren Metallwerke erhält jeder Arbeiter auf Kosten der Firma für jede Schicht ein Liter Vollmilch. Selbst in einer Glashütte, in der bisher erhebliche Mengen an Bier von den Arbeitern genossen wurden, hat der Verbrauch an Milch beträchtlich zugenommen, der Bierverbrauch aber abgenommen. Dazu mag die Einstellung des neuen Direktors, der einige Arbeiter entlassen hat, die sich nach starkem Biergenusse ungebührlich benommen hatten, und auch der Umstand beigetragen haben, daß auf Veranlassung des Gewerbeaufsichtsbeamten die Beträge für Bier nicht mehr vom Lohn abgezogen werden, das Bier vielmehr sofort bar beim Pförtner bezahlt werden muß. Einer anderen Glashütte ist allerdings auf ihren Antrag entgegen dem Gutachten des Gewerberates und des Kreisarztes die Konzession zum Bierauschank im Betriebe erteilt worden. In einer einsam liegenden Ziegelei scheiterten die Bemühungen, den Genuß von Bier durch Lieferung von Flaschenmilch zu vermindern, an Transportschwierigkeiten.

Der Aufsichtsrat einer Glashütte hatte auf Antrag des Direktors 30 000 RM. zur Hergabe von Bauhypotheken an die Arbeiter zur Verfügung gestellt. Von diesem Betrage konnte jedem Arbeitnehmer, der eine bestimmte Reihe von Jahren im Werke tätig gewesen war, auf Antrag eine Hypothek von 3000 RM. zu 4 Prozent Zinsen zum Bau eines Hauses bewilligt werden. Für die Bewilligung der Hypothek war jedoch zur Bedingung gemacht, daß sich der Schuldner vorher in gleicher Höhe bei einer Lebensversicherung versichern und die Police als Gegenleistung der Hütte verpfänden sollte. Bei Fälligerwerden der Lebensversicherung sollte die Hypothek zurückgezahlt werden; ebenso sollte sie sofort fällig sein, wenn die Versicherungsbeiträge nicht pünktlich gezahlt würden. Von der Belegschaft hat sich jedoch niemand zum Abschluß einer derartigen Lebensversicherung bereitgefunden. Die bewilligte Summe von

30 000 RM. ist daher von der Hütte zum Bau eines Sechsfamilienhauses für ihre Arbeitnehmer verwandt worden.

Nach den Angaben eines Ziegeleibesitzers haben seine Wanderarbeiter in der Mehrzahl nicht länger als sechs Monate bei ihm gearbeitet. Sobald sie nach halbjähriger Beschäftigung Unwirtschaft auf Arbeitslosenunterstützung erlangt hatten, stellten sie unter Vorgabe von Schwierigkeiten in ihren häuslichen Verhältnissen die Arbeit ein. Der Ziegeleibesitzer hat daher seine Absicht, die Kampagne auf sieben bis acht Monate zu verlängern, nicht durchführen können. In keinem Falle haben sich die in der Kampagne in Afford beschäftigten Wanderarbeiter bereit gefunden, nach Stilllegung des Pressenbetriebes noch im Tagelohn weiterzuarbeiten, da sie befürchteten, infolge des dann verdienten niedrigeren Gesamtarbeitslohnes während ihrer späteren Arbeitslosigkeit geringere Unterstützungssätze zu erhalten. Ein einheimischer Arbeiter, der früher alljährlich in der Ziegelei während der Kampagne gearbeitet hatte, lehnte die ihm angebotene Beschäftigung im Tagelohn vier Wochen vor der Kampagne ab mit der Begründung, daß durch diese eine Verschlechterung für seine Familie herbeigeführt würde. Seine Frau habe Verdienst und er bezöge Arbeitslosenunterstützung. Eine Person müsse zu Hause bleiben, um die Kinder zu beaufsichtigen, und wenn er arbeite, müsse seine Frau ihre Stelle aufgeben. Sein Arbeits-einkommen in der Ziegelei würde aber geringer sein als der Verdienst seiner Frau und seine Erwerbslosenunterstützung.

Braunschweig, den 28. Februar 1929.

Gewerbeaufsichtsam t.

Gerloff,

Landesgewerberat.

Besichtigungen gewerblicher Anlagen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Gesamtzahl der Be- sichtigungen	Darunter Besichtigungen	
			in der Nacht	an Sonn- und Festtagen
1	2	3	4	5
I	Gärtnererei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft) . . .	14	—	—
II	Hochseefischerei . . .	—	—	—
III	Bergbau, Salinentwesen und Torf- gräberei . . .	7	3	—
IV	Industrie der Steine und Erden . .	363	2	—
V	Eisen- und Metallgewinnung . . .	86	—	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren . . .	614	—	3
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau . . .	241	—	—
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik . . .	66	—	—
IX	Chemische Industrie . . .	57	—	—
X	Textilindustrie . . .	26	—	—
XI	Papierindustrie und Vielfachfäb- rungsindustrie . . .	137	1	—
XII	Leber- und Linoleumindustrie . .	17	—	—
XIII	Rautschulinindustrie u. Asbestindustrie	19	—	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	844	2	—
XV	Musikinstrumenten- u. Spielwaren- industrie . . .	5	—	—
XVI	Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	2073	132	78
XVII	Bekleidungsindustrie . . .	511	1	—
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bau- nebenindustrie) . . .	307	—	2
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung . . .	44	—	—
XX	Handelsgewerbe . . .	587	—	1
XXI	Versicherungswesen . . .	4	—	—
XXII	Verkehrswesen . . .	15	—	—
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	197	1	2
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- u. Schau- stellungsgewerbe, einschl. Film- aufnahmen . . .	24	—	—
XXV	Gewerblicher Unterricht . . .	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe . . .	37	—	—
	Sonstiges . . .	22	—	—
Zusammen:		6267	142	86
1927:		6126	220	151

Tafel I.

und Unfalluntersuchungen.

Zahl der einmal zweimal drei- oder besichtigten Anlagen			Unfall- unter- suchungen	Bemerkungen
6	7	8	9	10
12	1	—	—	
—	—	—	—	
2	1	1	—	
275	31	3	28	
17	3	3	20	
479	40	15	51	
155	25	10	89	
49	4	3	12	
39	6	2	21	
17	3	1	17	
117	10	—	28	
17	—	—	—	
15	2	—	1	
741	44	5	45	
5	—	—	3	
1646	152	41	25	
445	27	4	—	
258	18	4	9	
34	5	—	5	
514	30	4	4	
4	—	—	—	
13	1	—	—	
175	9	1	1	
15	3	1	—	
—	—	—	—	
35	1	—	—	
22	—	—	—	
5101	416	103	359	
4511	540	153	258	

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	Schulenkassen unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	Schulenkassen unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugek. (Betriebe)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnerei und Tierzucht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	3	1	574	2	—	—	—	—	576	90
IV	Industrie der Steine u. Erden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1/2. Gewinnung u. grobe Bear- beitung v. natürl. Gesteinen (einschl. Nutzminerale)	9	—	1118	6	—	1	—	—	1125	—
	5. Kalk-, Gips-, Zugs- und Zementindustrie	13	4	1015	8	—	1	—	—	1024	214
	6. Betonwaren- und Beton- werksteinindustrie	2	1	115	—	—	—	—	—	115	54
	7. Ziegelindustrie und Her- stellung sonstiger künstlicher Mauersteine	10	1	820	12	—	61	2	—	895	133
	8/9. Grobkeramische Industrie (soweit nicht unter 7)	1	—	65	3	—	1	—	—	69	—
	10. Feinkeramische Industrie	2	—	304	9	2	214	13	1	543	—
	11. Glasindustrie (ausg. Her- stellung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	5	1	653	51	—	124	13	—	841	66
V	Eisen- und Metallgewinnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Großstahlindustrie	1	—	205	—	—	—	—	—	205	—
	2. Metallhütten und Metall- halbzeugwerke (einschließ- lich Metallgießereien)	4	—	1591	32	—	16	—	—	1639	—
	3. Eisen-, Stahl- u. Temper- gießereien (soweit nicht unter V. 1)	5	—	1580	32	—	20	—	—	1632	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	12	—	1316	30	1	3144	27	—	3518	—
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1/2. Maschinenbau (auch mit Sieberei)	26	6	5849	275	—	181	—	—	6305	258

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

und mehr Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II A

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentslassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentslassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben*)					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28	1	—	1	—	—	30	1	606	91	6	3	576	—	29	1	606
32	1	—	3	—	—	36	—	1161	—	18	9	1124	1	33	3	1161
73	—	—	12	—	—	85	21	1109	235	21	13	1023	1	73	12	1109
3	—	—	—	—	—	3	1	118	55	2	2	115	—	3	—	118
37	1	—	5	—	—	43	6	938	139	11	10	832	63	38	5	938
5	1	—	—	—	—	6	—	75	—	1	1	68	1	6	—	75
37	2	—	5	—	—	44	—	587	—	5	2	315	228	39	5	587
34	—	—	2	—	—	36	1	877	67	5	5	704	137	34	2	877
15	1	—	—	—	—	16	—	221	—	1	1	205	—	16	—	221
149	3	—	8	—	—	160	—	1799	—	9	4	1623	16	152	8	1799
77	—	—	17	1	—	95	—	1727	—	8	5	1612	20	77	18	1727
198	3	—	76	—	—	277	—	3795	—	25	12	1347	2171	201	76	3795
1372	11	—	219	5	—	1607	44	7912	302	41	26	6124	181	1383	224	7912

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
VIII	3. Kessel- und Apparatebau (auch mit Gießerei)	4	—	1451	38	3	34	2	—	1528	—
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	5	1	2646	49	—	112	19	—	2826	41
	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik										
IX	1. Elektrotechnische Industrie	1	—	90	4	—	45	1	—	140	—
	2. Feinmechanische u. optische Industrie	3	1	445	22	—	433	—	—	900	332
	Chemische Industrie										
X	8/9. Herstellung von Farben und Farbwaren (ausgen. Leersfarben)	4	—	374	1	—	8	—	—	383	—
	11. Industrie der Spreng- und Bündstoffe, Feuerwerks- körper und Bündwaren	1	—	84	—	—	56	—	—	90	—
	12/16. Industrie chemisch-technischer Artikel, der ätherischen Öle u. Nischstoffe, Herstellung v. kosmetischen Präparaten, chemisch-pharmazeutische und photochemische Industrie	2	—	104	—	—	16	—	—	120	—
	19/21. Seifenindustrie, Stearin-, Wachs- und Kerzenindustrie	3	—	86	3	—	183	13	—	285	—
	23. Dachpappenindustrie	1	1	32	—	—	—	—	—	32	32
XI	Textilindustrie										
	3. Wollindustrie	1	—	118	2	—	615	11	—	746	—
	5. Bastfaserindustrie	2	—	333	21	—	1154	56	—	1564	—
XII	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	1	—	372	—	—	168	—	—	540	—
	Papierindustrie und Vielfältig- fügungsgewerbe										
	1. Papierherzeugung	5	—	354	7	—	31	1	—	393	—
XII	3. Papierverarbeitung	3	—	79	14	—	249	25	—	367	—
	5/6. Vielfältigungsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden	9	1	719	13	—	269	2	—	1003	36
	Leber- und Linoleumindustrie										
	1. Herstellung von Leder	1	—	121	—	—	6	—	—	127	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigten							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu einget. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schülerklasse unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schülerklasse unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu einget. Betrieben*)					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	männlich	weiblich	männlich	weiblich	25
366	7	—	32	—	—	405	—	1933	—	12	4	1492	36	373	32	1933
276	1	—	104	—	—	381	11	3207	52	11	5	2695	131	277	104	3207
16	1	—	5	—	—	22	—	162	—	3	1	94	46	17	5	162
100	—	—	38	1	—	139	11	1039	343	4	3	467	433	100	39	1039
66	1	—	3	—	—	70	—	453	—	5	4	375	8	67	3	453
5	—	—	1	—	—	6	—	96	—	1	1	34	56	5	1	96
34	—	—	3	—	—	37	—	157	—	2	2	104	16	34	3	157
44	2	—	13	—	—	59	—	344	—	5	3	89	196	46	13	344
15	—	—	12	1	—	28	28	60	60	2	1	32	—	15	13	60
44	—	—	12	—	—	56	—	802	—	3	1	120	626	44	12	802
56	—	—	4	—	—	60	—	1624	—	3	2	354	1210	56	4	1624
92	—	—	11	—	—	103	—	643	—	2	1	372	168	92	11	643
29	2	—	1	—	—	32	—	425	—	7	5	361	32	31	1	425
22	—	—	5	—	—	27	—	394	—	3	3	98	274	22	5	394
186	—	—	115	2	—	303	19	1806	55	11	9	732	271	186	117	1806
5	1	—	3	—	—	9	—	136	—	1	1	121	6	6	3	136

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugek. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIII	Kautschukindustrie und Asbest- industrie										
	1. Herstellung von Kautschuk-, Gutta-percha- und Balata- waren	2	1	102	—	—	56	—	—	158	49
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke einschl. Holztränkanstalten	8	2	527	20	—	29	4	—	580	122
	2. Herstellung v. Holzbauten, Bauteilen u. Möbeln (einschl. schließlich Modellschleiererei)	5	1	291	11	—	33	2	—	337	80
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	5	—	929	42	—	40	3	—	1014	—
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- und Ruderbooten) und von Stößen, Schirmen und Bettschen	1	—	74	—	—	1	—	—	75	—
	14/15. Korfschneiderei und Her- stellung von Holz- und Korbmehl	1	—	16	1	—	32	10	—	59	—
XV	Musikinstrumenten und Spiel- warenindustrie										
	1. Herstellung von Musik- instrumenten	2	—	616	13	—	31	—	—	660	—
XVI	Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe										
	1. Mühlenindustrie	1	—	95	—	—	3	—	—	98	—
	4. Zuckerindustrie	26	1	3703	8	—	199	1	—	3911	53
	5. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfi- türenindustrie	3	—	104	1	—	277	17	—	399	—
	6. Fleischerei	3	1	234	—	—	62	—	—	296	160
	8. Molkerei, Butter- u. Käse- herstellung	1	—	59	—	—	32	15	1	107	—
	9. Herstellung v. pflanzlichen Ölen und Fetten, Marga- rine und Kunstpfefeseft	1	—	71	3	—	5	—	—	79	—
	10. Herstellung v. Obst- u. Ge- müßseifertv. (einschl. Mar- melade und Konfithonig)	42	3	762	3	—	5169	15	—	5949	287
	13. Mälzerei und Brauerei	5	1	415	3	—	67	—	—	485	46
XVII	Bekleidungsgewerbe										
	1. Kleider- u. Wäscheherstel- lung und sonstige Näherei	6	—	210	3	—	334	9	—	556	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
17	1	—	6	—	—	24	7	182	56	1	1	21	28	5	2	56
51	1	—	10	1	—	63	16	643	138	11	8	547	33	52	11	643
24	—	—	12	1	—	37	4	374	84	9	5	302	35	24	13	374
52	3	—	9	—	—	64	—	1078	—	6	5	971	43	55	9	1078
24	—	—	11	—	—	35	—	110	—	1	1	74	1	24	11	110
11	—	—	2	—	—	13	—	72	—	1	1	17	42	11	2	72
63	1	—	22	1	—	87	—	747	—	2	2	629	31	64	23	747
17 323	— —	— —	3 32	— —	— —	20 355	— 3	118 4266	— 56	2 26	1 26	95 3711	3 200	17 323	3 32	118 4266
35 70	— 1	— —	21 10	— —	— —	56 81	— 29	455 377	— 189	3 9	3 3	105 234	294 62	35 71	21 10	455 377
6	—	—	4	—	—	10	—	117	—	1	1	59	48	6	4	117
18	—	—	13	—	—	31	—	110	—	1	1	74	5	18	13	110
257 84	11 1	— —	125 13	— —	— —	393 98	20 5	6342 583	307 51	59 7	42 5	765 418	5184 67	268 85	125 13	6342 583
169	2	—	156	2	—	329	—	885	—	9	6	213	343	171	158	885

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 18 Jahre	von 14-18 Jah- ren	schulfähige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulfähige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVIII	2. Käserei und Rauch- warenzurichtung	1	—	11	—	—	22	—	—	33	—
	13. Reinigung und Wiederauf- arbeitung von Textil- erzeugnissen	1	—	8	—	—	45	—	—	53	—
	Baugewerbe (einschließlich der Baunebengewerbe)	10	5	1248	16	—	24	—	—	1288	656
XIX	2. Bauunternehmungen und Bauhandwerk **)	10	5	1248	16	—	24	—	—	1288	656
	Wasser-, Gas- u. Elektrizitäts- gewinnung und -versorgung	1	—	95	—	—	—	—	—	95	—
	1. Wassergewinnung u. -ver- sorgung	1	—	79	—	—	—	—	—	79	—
XX	2. Gasgewinnung und -ver- sorgung	1	—	79	—	—	—	—	—	79	—
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	5	1	384	12	—	4	—	—	400	71
	Handelsgewerbe	2	—	2	—	—	—	—	—	21	—
XXI	1. Großhandel, Ein- u. Aus- fuhrhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	5	—	105	18	—	45	—	—	168	—
	2. Einzelhandel (ausgenomm. Buch- und Tabakhandel)	11	1	198	—	—	211	11	—	420	36
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschl. des Immobilien- handels)	2	—	2	—	—	—	—	—	21	—
XXII	Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXIII	Verkehrswesen	2	—	56	1	—	—	—	—	57	—
XXIV	Gast- und Schankwirtschafts- gewerbe	4	—	160	6	—	130	—	—	296	—
XXV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaufeststellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVII	Gesundheitswesen und hygieni- sche Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen		204	40	83136	795	6	12993	272	2	47204	2988
1927:		285	59	81373	834	—	12631	188	1	45027	3705

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufgenommen waren.

**) Hier sind nur die Betriebe gezählt, die nach § 154 der G. D. unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallen. Betriebe, welche Arbeiter lediglich an wechselnden Plätzen beschäftigen, sind unberücksichtigt geblieben.

Angestellte						Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen								
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
3	—	—	27	—	—	30	—	63	—	2	1	11	22	3	27	63
1	—	—	5	—	—	6	—	59	—	1	1	8	45	1	5	59
28	1	—	7	—	—	36	13	1324	669	11	10	1264	24	21	7	1324
7	—	—	1	—	—	8	—	103	—	2	1	95	—	7	1	103
6	—	—	—	—	—	6	—	85	—	1	1	79	—	6	—	85
217	—	—	50	—	—	267	45	667	116	6	5	396	4	217	50	667
348	3	—	109	—	—	460	—	628	—	6	5	123	45	351	109	628
416	13	—	627	62	—	1118	86	1538	122	21	11	198	222	429	689	1538
118	—	—	36	—	—	154	—	175	—	2	2	21	—	118	36	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
52	—	—	43	2	—	97	—	154	—	3	2	57	—	52	45	154
13	—	—	8	—	—	21	—	317	—	6	4	166	130	13	8	317
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5846	77	—	2072	79	—	8074	405	55278	3393	437	203	33856	13239	5910	2147	55152
5186	57	—	1835	81	—	7159	686	52186	4391	471	280	32032	12788	5199	1804	51863

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinc- zugef. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnererei und Tierzucht										
	1. Gärtnererei (mit Ausnahme der Landwirtschaft)	13	4	67	18	—	33	4	—	122	28
II	Fischereierei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV	Industrie der Steine u. Erden										
	1/2. Gewinnung u. grobe Bear- beitung v. natürl. Gesteinen (einschl. Asbestminerale)	74	27	807	28	—	—	—	—	835	302
	3. Feine Steinbearbeitung	1	1	7	—	—	—	—	—	7	7
	4. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	14	6	118	5	—	1	—	—	124	32
	5. Kalk-, Gips-, Zugs- und Zementindustrie	22	5	425	5	—	—	—	—	430	93
	6. Betonwaren- und Beton- werksteinindustrie	6	2	98	—	—	—	—	—	98	14
	7. Ziegelindustrie und Her- stellung sonstiger künstlicher Mauersteine	32	1	691	7	—	4	—	—	702	34
	10. Feinkeramische Industrie	2	—	36	1	—	—	—	—	37	—
	11. Glasindustrie (ausg. Her- stellung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	4	1	17	1	—	37	15	—	70	28
V	Eisen- und Metallgewinnung										
	2. Metallhütten und Metall- halbzeugwerke (einschließ- lich Metallgießereien)	8	2	98	3	—	—	—	—	101	57
	3. Eisen-, Stahl- u. Temper- gießereien (soweit nicht unter V, 1)	5	3	103	6	—	—	—	—	109	33
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren										
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	21	2	234	20	—	42	1	—	297	38

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II B.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *)					Arbeiter	Angeestellte	Arbeitnehmer insgesamt			
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	männlich	weiblich	männlich	weiblich	25	
6	—	—	8	—	—	14	—	136	28	10	9	68	23	6	7	104	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
17	5	—	4	—	—	26	7	861	309	82	70	801	—	22	3	826	
—	—	—	—	—	—	—	—	7	7	1	1	7	—	—	—	7	
5	—	—	1	—	—	6	—	130	32	14	13	118	1	2	1	122	
27	—	—	1	—	—	28	5	458	98	28	22	430	—	27	1	458	
4	—	—	1	—	—	5	—	103	14	6	5	93	—	4	1	98	
26	—	—	—	—	—	26	3	728	37	34	32	698	4	26	—	728	
4	—	—	1	—	—	5	—	42	—	2	2	37	—	4	1	42	
10	—	—	1	—	—	11	—	81	28	4	4	18	52	10	1	81	
5	—	—	3	1	—	9	8	110	65	12	8	101	—	5	4	110	
9	1	—	1	—	—	11	3	120	36	4	4	81	—	9	1	91	
31	1	—	19	—	—	51	2	348	40	26	21	254	43	32	19	348	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hizu- gekommen *)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	3. Herstellung von Metall- waren (ausgen. Eisen- und Stahlwaren)	10	—	71	7	—	6	—	—	84	—
	4. Schmiederei	6	1	33	9	—	—	—	—	42	5
	5. Schlosserei	57	8	338	93	—	—	—	—	431	51
	6. Klempnerei, Gas- u. Wasser- installationsgewerbe	42	9	238	61	—	16	2	—	317	47
VII	Maschinen-, Apparat- und Fahrzeugbau										
	1/2. Maschinenbau (auch mit Gießerei)	41	3	584	67	—	7	—	—	658	110
	3. Kessel- und Apparatebau (auch mit Gießerei)	6	—	79	6	—	1	—	—	86	—
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	44	7	277	62	—	—	—	—	339	63
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik										
	1. Elektrotechnische Industrie	30	2	185	23	—	28	—	—	236	16
	2. Feinmechanische u. optische Industrie	9	1	58	7	—	1	—	—	66	9
IX	Chemische Industrie										
	1/2. Chemische Großindustrie, soweit nicht besonders ge- nannt	2	—	56	1	—	—	—	—	57	—
	4/6. Destillation von Stein- kohlentee, Braunkohlen- tee, Delschiefer, Holz, Torf und Mineralöl	1	—	4	—	—	14	—	—	18	—
	8/9. Herstellung von Farben und Farbwaren (ausgen. Leerfarben)	3	—	11	—	—	11	—	—	22	—
	10. Rüstbängerindustrie (so- weit nicht unter 3) einschl. Kadaververarbeitung und Fäkalienverwertung	2	—	33	—	—	—	—	—	33	—
	11. Industrie der Spreng- und Bündstoffe, Feuerwerks- körper und Bündwaren	1	—	1	—	—	14	—	—	15	—
	12/16. Industrie chemisch- technischer Artikel, der äthe- rischen Öle u. Klebstoffe, Herstellung v. kosmetischen Präparaten, Gemisch-phar-										

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				Arbeiter	Angestellte	insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)					männlich	weiblich	männlich	weiblich			
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25		
4	1	—	8	—	—	13	—	97	—	14	10	78	6	5	8	97		
—	1	—	—	—	—	1	—	43	5	6	6	42	—	1	—	43		
15	1	—	4	—	—	20	—	451	51	67	57	431	—	16	4	451		
6	1	—	5	—	—	12	1	329	48	59	37	270	15	6	4	295		
59	2	—	13	—	—	74	13	732	123	47	41	651	7	61	13	732		
15	1	—	7	1	—	24	—	110	—	6	6	85	1	16	8	110		
51	3	—	26	—	—	80	11	419	74	47	42	322	—	48	26	396		
45	—	—	14	1	—	60	—	296	16	33	26	185	28	41	13	267		
5	—	—	12	—	—	17	—	83	9	8	8	60	—	4	10	74		
5	—	—	1	—	—	6	—	63	—	3	2	57	—	5	1	63		
2	—	—	1	—	—	3	—	21	—	1	1	4	14	2	1	21		
19	—	—	5	—	—	24	—	46	—	2	2	7	11	15	5	38		
5	—	—	—	—	—	5	—	38	—	4	2	33	—	5	—	38		
—	—	—	1	—	—	1	—	16	—	1	1	1	14	—	1	16		

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	mazentische und photo- chemische Industrie 17/18. Leim- und Gelatine- industrie, Harz-, Kitt-, Fir- nis- und Lackindustrie 19/21. Seifenindustrie, Stea- rin-, Wachs- und Kerzen- industrie 23. Dachpappenindustrie 24. Industrie der verdichteten Gase	5	1	22	1	—	21	—	—	44	15
		3	1	19	—	—	6	—	—	25	2
		4	—	17	—	—	23	—	—	40	—
		4	—	27	—	—	—	—	—	27	—
		1	—	19	—	—	—	—	—	19	—
X	Textilindustrie										
	5. Vastfaserindustrie	2	—	6	—	—	1	—	—	7	—
	8. Wollerei und Strickeri	1	—	—	—	—	4	1	—	5	—
	9. Gardinenherstellung, Spitzen- und Lüllweberei, Häkelerei und Strickeri	2	—	—	—	—	8	2	—	10	—
	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	2	—	13	—	—	8	—	—	21	—
	11. Herstellung von Seilen, Netzen, Bindfaden u. Texti- lriemen	2	—	21	1	—	12	2	—	36	—
	13. Filzherstellung	1	—	5	—	—	9	—	—	14	—
	14. Wachs- und Ledertuch- industrie	1	—	6	—	—	—	—	—	6	—
	15. Lumpenreiß- und -fortier- anstalten	2	—	11	—	—	22	—	—	33	—
XI	Papierindustrie und Diversi- faktionsgewerbe										
	1. Papiererzeugung	19	4	350	3	—	40	—	—	393	70
	2. Papierveredelung	1	—	14	—	—	—	—	—	14	—
	3. Papierverarbeitung	7	—	41	5	—	88	5	—	139	—
	5/6. Diversifaktionsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden	48	2	526	49	—	158	—	—	733	15
	7. Photographisches Gewerbe (auschl. Filmaufnahme)	3	3	5	—	—	5	1	—	11	11
XII	Leder- und Knochensaminindustrie										
	1. Herstellung von Leder	1	—	6	—	—	—	—	—	6	—
	2/3. Herstellung von Lederreiß- riemen u. technischen Leder- artikeln, sowie Sattler- waren	11	4	59	5	—	12	—	—	76	27

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeitnehmer insgesamt	
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)					männlich	weiblich	männlich	weiblich			
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25		
16	—	—	14	—	—	30	2	74	17	5	5	23	21	16	14	74		
2	1	—	2	—	—	5	4	30	6	5	3	19	6	3	2	30		
14	2	—	8	—	—	24	—	64	—	4	4	17	23	16	8	64		
16	—	—	12	—	—	28	—	55	—	5	4	27	—	16	12	55		
2	—	—	—	—	—	2	—	21	—	1	1	19	—	2	—	21		
4	—	—	4	—	—	8	—	15	—	2	2	6	1	4	4	15		
—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	1	1	—	5	—	—	5		
—	—	—	5	1	—	6	—	16	—	2	2	—	10	—	6	16		
1	—	—	10	—	—	11	—	32	—	2	2	13	8	1	10	32		
6	—	—	1	—	—	7	—	43	—	2	2	22	14	6	1	43		
5	—	—	3	—	—	8	—	22	—	1	1	5	9	5	3	22		
—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	1	1	6	—	—	—	6		
2	—	—	—	—	—	2	—	35	—	3	2	11	22	2	—	35		
21	—	—	5	—	—	26	1	419	71	19	19	353	40	21	5	419		
4	1	—	—	—	—	5	—	19	—	1	1	14	—	5	—	19		
13	—	—	6	—	—	19	—	158	—	7	7	46	93	13	6	158		
79	3	—	61	2	—	145	4	878	19	51	46	562	157	82	63	864		
3	—	—	3	—	—	6	6	17	17	1	1	—	2	2	1	5		
—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	1	1	6	—	—	—	6		
9	1	—	10	—	—	20	1	96	28	10	10	63	8	10	10	91		

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	bzw. im Berichtsj. neu hinzugekommen *)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIII	Kautschukindustrie und Asbest- industrie										
	1. Herstellung von Kautschuk-, Guttapercha- und Balata- waren	6	1	36	2	—	8	—	—	46	3
	2. Herstellung v. Asbestwaren	3	2	9	—	—	4	—	—	13	9
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke einschl. Holztränkanstalten	61	3	760	44	—	11	—	—	824	28
	2. Herstellung v. Holzbauteilen, Bauteilen u. Möbeln (einschließlich Modelltiischlerei)	134	27	1033	175	—	1	—	—	1209	147
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	17	—	204	13	—	30	—	—	247	—
	5. Stellmacherei und Holz- wagenbau (einschl. Ka- rosserie- u. Kinderwagen- bau)	9	—	62	11	—	4	—	—	77	—
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- und Ruderbooten) und von Stöcken, Schirmen und Peitschen	2	—	21	—	—	7	—	—	28	—
	9/10. Herstellung v. Rämmen u. Haarschmuck von Bernstein-, Elfenbein-, Meerschamm-, Horn-, Bein-, Perlmutter- waren und Waren aus ähnlichen Stoffen	1	—	5	—	—	5	—	—	10	—
	11. Herstellung von Geflechten aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden u. Binsen	1	—	2	—	—	—	—	—	2	—
	12. Vorstenbearbeitung und Herstellung von Bürsten, Besen und Pinseln (auch Bürstendörfern)	2	—	7	—	—	6	—	—	13	—
	13. Veredelung von Holz- und Schnitzwaren	1	—	9	2	—	—	—	—	11	—
XV	Musikinstrumenten- und Spiel- warenindustrie										
	1. Herstellung von Musik- instrumenten	8	—	40	—	—	—	—	—	40	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen								
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *)					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
103	—	—	71	—	—	174	31	6317	610	83	63	389	84	103	71	6317	
40	2	—	2	1	—	45	—	869	28	69	59	786	11	42	3	842	
44	1	—	18	2	—	65	1	1274	148	139	126	1136	1	43	20	1200	
16	2	—	13	4	—	35	—	282	—	18	15	207	25	13	17	262	
—	—	—	2	—	—	2	—	79	—	10	9	73	4	—	2	79	
1	—	—	5	—	—	5	—	34	—	2	2	21	7	1	5	34	
1	—	—	1	—	—	2	—	12	—	1	1	5	5	1	1	12	
1	—	—	1	2	—	4	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	
7	—	—	7	2	—	16	—	29	—	1	1	6	6	6	6	24	
—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	1	1	11	—	—	—	11	
5	—	—	5	—	—	10	—	59	—	3	3	49	—	5	5	59	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Verzeich- nis neu hinzugekommen *)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Verzeichn. neu hinzugef. Betriebe *)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVI	Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe										
	1. Mühlenindustrie	12	2	107	2	—	7	—	—	116	11
	2/3. Bäckerei und Backwaren- industrie sowie Teigwaren- industrie	54	7	306	31	—	85	—	—	422	37
	4. Zuckerindustrie	1	—	20	—	—	—	—	—	20	—
	5. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konst- tütrenindustrie	7	1	37	10	—	52	2	—	101	11
	6. Fleischerei	24	3	193	10	—	17	—	—	220	20
	7. Fischindustrie	1	—	1	—	—	3	—	—	4	—
	8. Molkerei, Butter- u. Käse- herstellung	18	2	99	9	—	38	—	—	146	13
	9. Herstellung v. pflanzlichen Ölen und Fetten, Margari- ne und Kunstbutterfett	1	—	4	—	—	—	—	—	4	—
	10. Herstellung v. Obst- u. Ge- müsesonst. (einschl. Mar- melade und Konfekt)	27	7	95	—	—	525	1	—	621	253
	11. Stärkeindustrie u. Herstel- lung v. Ersatzlebensmitteln, Dörrgemüse u. dgl.	5	2	60	—	—	4	—	—	64	8
	12. Kaffeerösterei und Kaffee- erzherstellung	5	—	26	1	—	9	—	—	36	—
	13. Mälzerei und Brauerei	8	—	61	—	—	6	—	—	67	—
	14. Herstellung von Wein, Branntwein, Mineral- wasser u. dgl.	12	1	49	3	—	58	1	—	111	5
	15. Tabakindustrie	15	3	95	3	—	49	1	—	148	15
XVII	Bekleidungsindustrie										
	1. Kleider- u. Wäscheherstel- lung und sonstige Näheri	53	7	115	3	—	269	25	—	412	43
	2. Kürschneri und Rauch- warenherstellung	6	1	16	—	—	20	1	—	37	7
	3/5. Hütenmacheri, Hut- macheri (einschl. Strohhut- macheri) und Strohstoffher- stellung sowie Putzmacheri u. Herstellung v. Hutformen	15	—	14	3	—	136	17	—	170	—
	6. Herstellung von künstlichen Blumen u. Früchten, Putz- federn und Perlentänzen	1	—	2	1	—	2	—	—	5	—
	7/8. Herstellung von Korsetten und Leibbinden sowie von										

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)					Arbeiter		Angestellte		
												männlich	weiblich	männlich	weiblich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
23	—	—	5	—	—	28	—	144	11	13	12	109	7	23	5	144
12	1	—	44	2	—	59	2	481	39	70	54	337	85	13	46	481
1	—	—	—	—	—	1	—	21	—	1	1	20	—	1	—	21
19	2	—	9	—	—	30	3	131	14	7	7	47	54	21	9	131
35	1	—	23	—	—	59	5	279	25	29	23	199	16	36	23	274
2	—	—	1	—	—	3	—	7	—	1	1	1	3	2	1	7
17	—	—	4	—	—	21	2	167	15	21	18	108	38	17	4	167
2	—	—	4	—	—	6	—	10	—	1	1	4	—	2	4	10
23	1	—	13	—	—	37	17	658	270	34	26	94	518	23	13	648
7	—	—	1	—	—	8	2	72	10	6	5	60	4	7	1	72
31	—	—	13	—	—	44	—	80	—	5	5	27	9	31	13	80
6	—	—	4	—	—	10	—	77	—	8	8	61	6	6	4	77
30	1	—	12	1	—	44	3	155	8	12	12	52	59	31	13	155
17	1	—	3	—	—	21	2	169	17	15	15	98	50	18	3	169
8	—	—	16	2	—	26	—	438	43	52	47	95	268	8	15	386
6	—	—	16	1	—	23	9	40	16	4	4	12	18	—	14	44
4	—	—	32	7	—	43	—	213	—	16	14	14	152	3	38	207
—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	1	1	3	2	—	—	5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	davon in d. Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	davon in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVIII	Strawatten, Gürteln, Hosen- trägern u. Strumpfhältern	2	1	3	3	—	9	—	—	15	7
	10. Schuhmacherei und Schuh- industrie	9	—	37	2	—	8	—	—	47	—
	13. Reinigung und Wiederauf- arbeitung von Textil- erzeugnissen	13	—	22	1	—	130	7	—	160	—
	Baugewerbe (einschließlich der Baunebenbergewerbe)										
XIX	1. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbureaus	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Bauunternehmungen und Bauhandwerk **)	65	23	1060	60	—	—	—	—	1120	120
	3. Baunebenbergewerbe **)	78	18	477	99	—	4	—	—	580	100
	4. Schornsteinfegergewerbe u. Reinigung von Gebäuden und Wohnungen	2	—	42	—	—	—	—	—	42	—
XX	Wasser-, Gas- u. Elektrizitäts- gewinnung und -versorgung										
	1. Wassergewinnung u. -ver- sorgung	2	1	26	—	—	—	—	—	26	6
	2. Gasgewinnung und -ver- sorgung	9	1	110	—	—	—	—	—	110	24
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	8	1	106	2	—	—	—	—	108	18
XX	Handelsgewerbe										
	1. Großhandel, Ein- u. Aus- fuhrhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	51	16	235	3	—	—	—	—	238	72
	2. Einzelhandel (ausgenomm. Buch- und Tabakhandel)	277	25	620	11	—	187	12	—	830	86
	3/4. Verlagsgewerbe, Buch- handel (a. m. Kunsthandel)	12	—	19	—	—	—	—	—	19	—
	5. Handel mit Tabak und Tabakwaren	2	—	2	—	—	—	—	—	2	—
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschl. des Immobilien- handels)	36	—	21	—	—	—	—	—	21	—
	8/14. Sonstige Zweige des Handelsgewerbes	7	—	55	1	—	3	—	—	59	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

**) Hier sind nur die Betriebe gezählt, die nach § 154 der G. O. unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallen. Betriebe, welche Arbeiter lediglich an wechselnden Plätzen beschäftigen, sind unberücksichtigt geblieben.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		über- haupt	in den be- schäftigten Betrieben*)	Zahl der Beschäftig- ungen	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte						Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	über- haupt					männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich			
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25		
2	1	—	3	—	—	6	—	21	7	2	2	6	9	3	3	21		
1	—	—	7	1	—	9	—	56	—	6	6	26	7	1	6	40		
8	—	—	3	—	—	11	—	171	—	15	13	23	137	8	3	171		
27	—	—	18	3	—	48	48	48	48	4	4	—	—	27	21	48		
22	4	—	7	—	—	33	20	1153	140	61	60	1051	8	18	7	1084		
9	—	—	8	—	—	17	6	597	106	88	72	543	4	9	8	564		
2	—	—	1	—	—	3	—	45	—	1	1	36	—	2	1	39		
—	—	—	—	—	—	—	—	26	6	2	2	26	—	—	—	26		
42	—	—	5	—	—	47	18	157	42	9	9	110	—	42	5	157		
29	—	—	10	—	—	39	1	147	19	9	8	108	—	29	10	147		
387	16	—	134	4	—	541	42	779	114	47	46	229	—	388	127	744		
925	74	—	1004	116	—	2119	147	2949	215	262	247	589	188	930	1015	2752		
38	1	—	74	—	—	113	—	132	—	12	12	19	—	39	74	132		
9	—	—	—	—	—	9	—	11	—	2	2	2	—	9	—	11		
830	6	—	109	2	—	447	—	468	—	38	36	21	—	336	111	468		
10	—	—	11	—	—	21	—	80	—	8	7	56	3	10	11	80		

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinc- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XXI	Versicherungswesen	7	2	—	—	—	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	15	6	142	—	—	—	—	—	142	23
XXIII	Gast- und Schankwirtschafts- gewerbe	156	9	690	48	—	971	16	—	1725	169
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen	19	6	187	33	—	47	6	—	273	114
XXV	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygieni- sche Gewerbe										
	3. Bade- u. Schwimmanstalten und Massage	1	—	2	—	—	3	—	—	5	—
	4. Barbiergewerbe	59	26	160	44	—	174	25	—	403	135
	Sonstiges	28	3	6	—	—	—	—	—	6	6
Zusammen		1943	311	13364	1124	—	3524	147	—	18159	2579
1927:		1771	481	12297	1213	2	3381	154	—	17047	2969

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte						Gesamtzahl d. Arbeitnehmer				Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben*)					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeiter insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
64	—	—	15	—	—	79	20	79	20	4	4	—	—	51	12	63	
29	2	—	9	—	—	40	11	182	34	12	12	125	—	31	9	165	
54	—	—	37	—	—	91	9	1816	178	134	127	652	829	44	27	1552	
27	2	—	15	—	—	44	16	317	130	16	11	86	42	25	10	163	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	1	—	—	2	—	405	135	37	36	129	133	1	1	264	
74	7	—	98	7	—	186	19	192	25	19	19	6	—	47	49	102	
3083	150	—	2112	163	—	5458	478	23617	3057	1984	1763	13669	3358	2992	2091	22110	
2984	158	—	1977	115	—	5234	823	22281	3792	1625	1325	11484	2831	2468	1604	18387	

Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen kleinen Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche besondere Schutzvorschriften erlassen sind. Beschäftigungen dieser Betriebe.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene			Beschäftigte			Beschäftigungen
		Anlagen	Arbeiter	Angestellte	Anlagen	Arbeiter	Angestellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I	Gärtnerei u. Tierzucht (m. Ausnahme der Landwirtschaft)	1	1	—	1	1	—	1
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	—	—	—	—	—	—	—
IV	Industrie der Steine u. Erden	153	327	3	121	268	1	129
V	Eisen- und Metallgewinnung	3	3	—	2	2	—	2
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	401	775	1	345	665	—	365
VII	Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugbau	81	168	8	60	122	8	69
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik . .	31	72	14	19	50	6	20
IX	Chemische Industrie	14	28	10	12	24	9	12
X	Textilindustrie	7	18	1	3	10	—	3
XI	Papierindustrie u. Vervielfältigungsgewerbe	26	61	1	24	55	1	25
XII	Leder- und Linoleumindustrie	4	7	—	2	3	—	2
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	8	13	3	6	10	3	6
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe	757	1330	6	631	1137	6	653
XV	Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	—	—	—	—	—	—	—
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1502	2615	51	1232	2161	43	1381
XVII	Bekleidungsindustrie	323	632	4	278	543	4	292
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Baunebenindustrie)	264	538	3	147	323	—	151
XIX	Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	23	49	4	13	27	2	15

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Vorhandene			Beschäftigte			Be- sich- tun- gen
		An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
XX	Handelsgewerbe	59	91	28	29	50	19	31
XXI	Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	1	2	—	—	—	—	—
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgew	149	332	6	45	115	5	47
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaufstellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen .	6	9	2	6	9	2	6
XXV	Gewerblicher Unterricht . . .	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen u. hygieni- sche Gewerbe	16	34	1	3	7	—	3
	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen:		3829	7105	146	2979	5582	109	3213
1927:		3732	7032	141	2577	4870	86	2963

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Meldungsw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von			Kindern
			Erwachsenen männ- lich	weib- lich	Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	
1	2	3	4	5	6	7
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft) . .	10	6	1	4	—
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	4	1	—	—	—
IV	Industrie der Steine und Erden .	157	86	3	7	4
V	Eisen- und Metallgewinnung . .	6	4	—	—	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	252	122	7	37	1
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau	71	21	2	9	—
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik	28	3	1	4	—
IX	Chemische Industrie	5	2	4	—	—
X	Textilindustrie	7	1	3	—	—
XI	Papierindustrie und Vielfachdruck- gewerbe	55	5	5	8	—
XII	Leder- und Linoleumindustrie . .	6	1	—	1	—
XIII	Kautschukindustrie u. Asbestindustrie	4	3	—	—	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	347	124	13	55	1
XV	Musikinstrumenten- u. Spielwaren- industrie	2	—	—	—	—
XVI	Nahrungs- u. Gemüsmittelgewerbe	653	171	62	39	1
XVII	Bekleidungs- u. Textilgewerbe . .	141	13	27	25	—
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bau- nebenberufe)	156	20	—	8	—
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung	9	3	—	—	—
XX	Handelsgewerbe	63	31	8	1	—
XXI	Versicherungswesen	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	3	2	—	—	—
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	146	86	92	4	—
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- u. Schau- stellungsgewerbe, einschl. Film- aufnahmen	5	—	—	—	—
XXV	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	12	8	11	4	—
	Sonstiges	—	—	—	—	—
Zusammen:		2142	663	239	206	7
1927:		1239	550	192	188	17

über die Beschäftigung von Arbeitnehmern.

Tafel IV.

Angestellte					Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwiderhandlungen ermittelt worden sind	Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwiderhandlungen bestraft worden sind	Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen aus Vorjahren	Schwebende Strafverfahren
Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Meldungsw.	Vergehen, betr. die Beschäftigung von							
	Erwachsenen männlich	Erwachsenen weiblich	Jugendlichen v. 14-16 Jahren	Kindern				
8	9	10	11	12	13	14	15	16
—	—	—	—	—	7	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	—	—	—	3	—	—	—
2	3	1	2	—	124	4	—	1
—	1	—	—	—	7	1	—	2
11	2	—	1	—	256	8	2	4
14	7	11	1	—	76	1	—	—
5	—	—	—	—	25	—	—	—
8	4	5	—	—	19	1	—	—
1	—	—	—	—	6	—	—	—
10	4	3	2	—	47	2	1	—
2	1	1	—	—	8	—	—	—
2	—	—	—	—	6	—	—	—
9	5	1	3	—	346	5	1	—
—	—	—	—	—	1	—	—	—
28	7	5	1	—	693	64	15	29
8	—	1	—	—	122	2	1	—
12	—	3	—	—	152	1	2	—
—	1	—	—	—	10	—	—	2
225	67	47	20	—	259	9	7	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	3	—	—	—
1	—	—	—	—	119	6	8	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	2	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	16	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1
341	103	78	30	—	2307	104	37	45
207	88	56	21	—	1339	131	8	43

Jahresbericht

des

Bergrevierbeamten für das Jahr 1928, erstattet auf Grund seiner Tätigkeit als Gewerbeaufsichtsbeamter auf den der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Betrieben im Freistaat Braunschweig gemäß § 139b der Reichsgewerbeordnung

(Hierzu 5 Tafeln.)

I. Arbeitnehmer im allgemeinen, Arbeiter und Angestellte.

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Die Zahl der im braunschweigischen Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer hat sich im Berichtsjahre im Vergleich zum Vorjahre im Gesamtdurchschnitte etwas vermindert. Während die Belegschaften des Erzbergbaues eine geringe Zunahme zu verzeichnen haben, ist in den Belegschaften der Braunkohlengruben und Salzbergwerke zusammen eine etwas größere Abnahme eingetreten.

Auf den Braunkohlengruben der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke, Helmstedt, war der Absatz während des ganzen Jahres normal. Ab November zeigte sich auf dem Brikettmarkte eine rückläufige Bewegung, die durch die ungewöhnlich warme Witterung hervorgerufen wurde und sich namentlich im Hausbrandgeschäfte auswirkte. Die Werke waren daher gezwungen, erhebliche Mengen zu stapeln und zudem noch eine der Brikettfabriken vorübergehend einzustellen. Zum ersten Male überschritt die aus nur 2 Tagebauen stammende Braunkohlenförderung des Freistaates Braunschweig einschließlich 150 000 Tonnen aus einem dritten, während der Zuckerrübenkampagne zu Hilfe genommenen Tagebau 4 000 000 Tonnen (2 750 720 + 1 118 000 Tonnen). Der zweite Tagebau liegt beiderseits der braunschweigisch-preussischen Grenze. Hier ist auf braunschweigischer Seite das Kohlenvorkommen so gut wie erschöpft, so daß sich im Jahre 1929 der Betrieb auf preussisches Gebiet hinüberziehen wird, wo noch ein für 2 bis 3 Jahre reichendes Restlager vorhanden ist. Nach dieser Zeit wird dann der Gewinnungsbetrieb wieder mit einem anderen, dicht daneben liegenden Tagebau auf dasselbe Vorkommen für eine längere Reihe von Jahren auf braunschweigisches Gebiet zurückkehren.

Um die Kohlenflöze für die Tagebaugewinnung bloßzulegen, mußten 7 712 000 Kubikmeter Abraum bewegt werden. Bei der Abraum-

gewinnung wird besonderer Wert auf Abtragung und Aushaltung des Mutterbodens gelegt. Da die ausgekohlten Teile der Tagebaue planmäßig mit den Abraummassen wieder angefüllt werden, kann der Mutterboden fortlaufend auf diesen Teilen nach ihrer Einplanierung wieder verstürzt werden. Das in immer größerem Maße hervortretende Bestreben der Werke, durch Einebnen der im Betriebe stehenden Tagebaue sowie durch Bepflanzen älterer ausgekohlter Tagebaue und großer Abraumhalben die durch den Bergbau in Anspruch genommen gemessenen Flächen wieder in kulturfähigen Zustand zu versetzen, verdient besonders erwähnt zu werden. Auf den von den Marktscheidern angefertigten Deckpausen zu den amtlichen Grubenbildern werden alljährlich die Flächen verzeichnet, die der landwirtschaftlichen Nutzung oder Baumbepflanzung wieder zugeführt worden sind.

Die elektrische Zentrale der größten Braunkohlengrube, der Grube Treue, erzeugte fast 44 Millionen Kilowattstunden. Zur Kupplung der Wärmerwirtschaft dieser Zentrale mit den danebenliegenden zwei Bricketfabriken ist eine Hochdruckfesselanlage von zunächst 3 Kesseln mit 42 Atmosphären Druck und je 700 Quadratmeter Heizfläche im Bau. Die Inbetriebnahme dieser in jeder Beziehung neuzeitlichen Anlage steht demnächst zu erwarten. Die 3 Hochdruckfessel werden eine Batterie von 42 veralteten Flammrohrkesseln und 5 Steilrohrkesseln ersetzen.

Die auf dem in der Nähe von Seesen-Bornhausen liegenden Braunkohlenvorkommen ausgeführten Untersuchungs- und Bohrarbeiten haben zu Ergebnissen geführt, die berechnigte Zweifel an der Aufnahme eines Bergbaubetriebes daselbst entstehen lassen. Wenn zwar die in größerem Maßstabe ausgeführten Heizversuche mit den bei den Untersuchungsarbeiten gewonnenen Braunkohlen zu günstigen Ergebnissen gelangt sind, dürfte doch die geringe Ausdehnung des Vorkommens und seine Einbettung in Schwimmsand eine wirtschaftliche Gewinnung kaum möglich machen.

Im Steinsalzbergbau ist die Beteiligung am Gesamtabsatz des Steinsalzhindikates für ein Werk infolge Quotenaustausches etwas zurückgegangen, hat sich aber auf einem anderen Werke durch Uebertragung und Kauf von Quoten in größerem Maße erhöht, so daß der braunschweigische Anteil am Gesamtsteinsalzabsatz Deutschlands im Steinsalzsyndikat von 23,89 v. H. im Jahre 1927 auf 28,85 v. H. gestiegen ist. Trotzdem ist die Gesamtförderung an absatzfähigen Produkten auf den Steinsalzwerken um rund 12 000 Tonnen zurückgegangen. Die Gesamtproduktion an Stein-, Kali- und Salinen salzen hat mit 435 000 Tonnen jedoch fast wieder die Ziffer des Vorjahres (439 000 Tonnen) erreicht.

Die auf dem einzigen noch in Betrieb befindlichen reinen Kalwerke im Berichtsjahre ausgeführten Untersuchungsarbeiten, die in Hochbrechen, Querschlägen und Bohrungen bestanden, haben zu verhältnismäßig günstigen Aufschlüssen in einem stark kalihaltigen und mächtigen Sylvinitlager geführt, so daß das Werk nunmehr die Zuteilung einer endgültigen Quote am Gesamtabsatz des Kalisyndikates beantragen kann. Es ist beabsichtigt, das Werk in Betrieb zu halten.

Im Eisenerzbergbau konnte die Belegschaft um 5 v. H. weiterhin erhöht werden. Insgesamt wurden über 534 000 Tonnen Eisenerze gefördert. In dem allein auf Tiefbau umgestellten Eisenerzbergbau der Mieder Hütte sind mit neuen Fördermethoden gute Erfahrungen gemacht worden. Die dort im Gange befindlichen Versuche mit untertägigen Gewinnungsmaschinen sind noch nicht abgeschlossen. Lademaschinen verschiedener Systeme sowie auch Bandförderung erwiesen sich als unzuverlässig. Nur die sogenannte Demag-Schaukel erschien zur weiteren Verwendung geeignet. Noch bessere Ergebnisse zeitigten die nach verschiedenen Richtungen angestellten Schrapperversuche. Die Verwendung solcher Einrichtungen in großem Maßstabe und in Verbindung mit bestimmten Abbaumethoden ist geplant und wird sich voraussichtlich vorteilhaft gestalten. Die im vorjährigen Bericht erwähnten Preßluft-hämmer haben sich gut bewährt; ihre Einführung wurde deshalb verallgemeinert.

Auch im Eisenerzbergbau wurden die geförderten Abraummengen in die Bruchfelder gekippt; die zu Brüche gebaut gewesene Erdoberfläche wurde auch hier mit Mutterboden überdeckt und für landwirtschaftliche Zwecke wieder nutzbar gemacht.

Der von Blankenburg aus zur Aufschließung tieferer Sohlen der Eisenerzlagerstätten im Betrieb befindliche, jetzt fast 2700 Meter lange Wilhelm-Burchardt-Stollen wird binnen Monatsfrist die eine Lagerstätte antreffen. Von der Beschaffenheit des Vorkommens in dieser 180 Meter unter der bisherigen Abbausohle liegenden Teufe wird es abhängen, ob das von der Bergbau-Aktiengesellschaft Lotbringen geplante Hochofenwerk bei Blankenburg zur Ausführung gelangt.

Der seit 1926 in Erscheinung getretene Aufschwung im Asphaltkalkbergbau ist von Bestand geblieben. Während in den beiden Vorjahren 83 966 und 117 836 Tonnen Asphaltkalk gefördert wurden, betrug die Gewinnung im Berichtsjahre insgesamt 158 329 Tonnen, also fast das Doppelte wie im Jahre 1926. An dieser Förderung ist die Grube Herzog-Wilhelm am Sandwege allein mit über 123 000 Tonnen beteiligt. Die günstige Entwicklung wird ihren Fortgang nehmen, indem einmal die genannte Grube die Tagesförderung bis auf 600 Tonnen zu erhöhen beabsichtigt und zweitens für den Betrieb zweier anderer Gruben zur Erhöhung und Verbilligung des bisher mit Fuhrwerken bewirkten Abtransportes eine Drahtseilbahn von 3370 Meter Länge zur Asphaltfabrik nach Eschershausen gebaut wird, mit deren Inbetriebnahme in diesem Frühjahr zu rechnen ist.

Die Aufsuchungstätigkeit mit dem Ziele der Erschließung neuer Lagerstätten war nur von geringem Umfange. Es waren nur zwei Tiefbohrungen auf Asphaltkalk und zwei Tiefbohrungen auf Erdöl in Betrieb. Die in einem Einschnitt des Mittellandkanals nördlich Bortfeld freigelegten, stark bituminösen Sande gaben einem großen Unternehmen Veranlassung, sich ein größeres Bohrfeld in dieser Gegend vertraglich zu sichern.

Bei den übrigen Bergbauzweigen sind merkliche Veränderungen in den Zahlen der Beschäftigten nicht eingetreten. Die Durchschnittszahl

sämtlicher beschäftigten Arbeitnehmer betrug 3928 einschließlich 242 Angestellten gegenüber 4052 einschließlich 292 Angestellten im Jahre 1927. Es muß hierbei bezüglich der Zahl der Angestellten berücksichtigt werden, daß einige 30 kaufmännische Angestellte einer Zentralverwaltung nicht mehr wie bisher mitgezählt worden sind, da sie vom Gewerbeaufsichtsamt erfasst werden.

Es waren beschäftigt im

Braunkohlenbergbau	2179 (1927: 2315),
Salzbergbau	649 (660),
Erzbergbau	702 (669) und
in den übrigen Bergbauzweigen	398 (408) Arbeitnehmer.

In diesen Zahlen sind 90 Arbeiterinnen (1927: 84) und 18 jugendliche Arbeiter (13) einbegriffen.

Das Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmervertretungen vollzog sich reibungslos und in demselben Rahmen wie im Vorjahre. Das Verhältnis zwischen Werksleitungen und Betriebsräten ist nach den gemachten Beobachtungen durchweg gut. Es sind jetzt auf sämtlichen Werken Betriebsvertretungen vorhanden, nachdem auf einem Kaliverk infolge Eingreifens gemäß Artikel I des Gesetzes vom 28. Februar 1928 zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes (Reichsgesetzblatt I, Seite 46) endlich eine Neuwahl im Juli zustande gekommen ist.

Tarifverträge bestehen für alle bergbaulichen Betriebe des Freistaates.

Die in der Berichtszeit vorgenommenen Änderungen der Tarifverträge betrafen fast ausschließlich die Arbeitszeit und die Löhne (Gehälter).

Im Braunkohlenbergbau gilt der Tarifvertrag vom 20. Juli 1927, nach dem im Zusammenhange mit einem am 22. April 1927 gefällten Schiedsspruche die Verkürzung der Mehrarbeit in den Tagesbetrieben auf $9\frac{1}{2}$ Stunden reine Arbeitszeit bis spätestens 1. April 1928 durchgeführt sein mußte. Die über 8 Stunden geleistete Mehrarbeit wurde mit einem Aufschlag auf den Leistungslohn von 15 v. H., die verkürzten Sonnabendschichten als volle Schichten vergütet. Das Mehrarbeitsabkommen wurde von Arbeitnehmerseite am 13. August zum 30. September gekündigt. Der Arbeitgeberverband kündigte zum gleichen Termine am 18. August den Manteltarifvertrag, die Arbeitnehmerverbände zwei Tage später gleichfalls. Am 1. September wurde von Arbeitgeberseite ebenfalls zum 30. September die Lohnordnung gekündigt. Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter fanden am 18., 19. und 22. September statt. Am 23. September wurden von der Schlichterkammer Schiedssprüche gefällt, von denen der über den Manteltarifvertrag von beiden Parteien angenommen wurde. Der die Löhne betreffende Schiedsspruch wurde nur vom Arbeitgeberverbande, der die Arbeitszeit regelnde Schiedsspruch nur von den Arbeitnehmerverbänden angenommen. Beide Parteien beantragten, den von ihnen angenommenen, von der Gegenseite abgelehnten Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Am 26. September fanden nochmals Verhandlungen zwischen den Parteien statt, in denen für den Fall der Verbind-

lichtigkeitserklärung Vereinbarungen bezüglich der Termine der Arbeitszeitregelung, der Laufdauer des Manteltarifvertrages und der Lohnklassentafel getroffen wurden. Am 27. September erfolgte die Verbindlichkeitserklärung, am 1. Oktober das Inkrafttreten. Die Schiedssprüche besagen u. a. in der Hauptsache, daß der Manteltarif vom 20. Juli 1927 über den 1. Oktober hinaus mit gewissen Abänderungen in Kraft bleibt. Die in der Lohn tafel festgesetzten Löhne (6,28 RM. Spitzenlohn, 5,82 RM. Durchschnittslohn) sind Mindestlöhne; für nasse und schwierige Arbeiten sind besondere Zuschläge zu zahlen. Der Manteltarif und die Arbeitszeitregelung kann erstmalig zum 30. September 1930 gekündigt werden. Die Mehrarbeit nach dem Abkommen vom 22. April 1927 wird derart verkürzt, daß in den Tagesbetrieben die reine Arbeitszeit 9, die Schichtzeit 10 Stunden beträgt. In den durchlaufenden Betrieben mit bisheriger Elftundenschicht beträgt die reine Arbeitszeit 9, die Schichtzeit 10½ Stunden bis 31. März 1929, von da ab 10 Stunden. Vom 1. Oktober 1929 ab soll in den Tagesbetrieben die reine Arbeitszeit 8½, die Schichtzeit 9½ Stunden, in den durchlaufenden Betrieben 9 bzw. 9½ Stunden betragen. Der Durchschnittslohn in den Kernrevieren wurde von 5,80 auf 6,00 RM. ab 1. Oktober 1928 erhöht. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 30. November 1929 gekündigt werden.

Im Salzbergbau gilt noch der Allgemeine Tarifvertrag für die Kaliindustrie vom 1. Juni 1922 mit dem Mehrarbeitsabkommen vom 27./28. April 1927. Dieses läuft noch bis 14. April 1929. Ab 15. April wird die Schichtzeit unter Tage um ½ Stunde auf 8 Stunden vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt einschließlich einer Brotpause von 15 Minuten verkürzt. Für die Mehrarbeit soll ein Sonderzuschlag von 0,40 RM. gezahlt werden. Die reine Arbeitszeit über Tage soll 8½ Stunden, die Schichtzeit 9½ Stunden betragen. Das Mehrarbeitsabkommen kann erstmalig zum 30. November 1930 gekündigt werden. Ab 1. Juni ist eine neue Lohn tafel (Spitzenlohn 6,50 RM.) in Kraft getreten, die ab 1. Februar 1929 durch eine andere (Spitzenlohn 7,00 RM.) ersetzt wurde. Die Laufzeit ist dieselbe wie beim Mehrarbeitsabkommen.

Im Eisensteinbergbau der Ilse der Hütte wurde der Tarifvertrag vom 13. August 1924 am 7. Mai 1928 auf Grund von Vereinbarung durch einen neuen ersetzt, in dem wie in dem alten auch gleichzeitig Vereinbarung über Mehrarbeit getroffen war. Die Mehrarbeit wurde von 10 auf 9½ Stunden verringert. Die dadurch je Woche gewonnenen drei Stunden wurden auf Wunsch der Belegschaften in einer Betriebsabteilung auf die Sonnabende verrechnet, in den anderen Betriebsabteilungen wünschten die Belegschaften Verkürzung um ½ Stunde je Arbeitstag. Die Spitzenlöhne wurden um 0,40 RM. erhöht. Dieser neue Manteltarif wurde am 28. November 1928 von Arbeitnehmerseite zum Jahreschlusse gekündigt. Da dem Verlangen des Arbeitgeberverbandes auf Verlängerung der Gültigkeit der Lohn tafel, unter welcher Voraussetzung er in Verhandlungen über den Manteltarif eintreten wollte, nicht stattgegeben wurde, erfolgte die Kündigung der Lohn tafel zum 31. Januar 1929 von Arbeitgeberseite. Verhandlungen vor dem

Schlichter am 23. Dezember führten zu keinem Ergebnis und wurden auf den 11. Januar 1929 vertagt. Damit ergab sich die Lage, daß ab 1. Januar 1929 ein Mehrarbeitsabkommen nicht mehr bestand. Die Werksleitung machte nun von § 3 der Arbeitszeitverordnung Gebrauch und verlangte für die Uebergangszeit Ableistung von Mehrarbeit der Uebertagearbeiter im bisherigen Rahmen. Diese hielten sich hierzu nicht für verpflichtet und verließen nach achttündiger Arbeitszeit ihre Arbeitsstellen. Die Werksleitung entließ daher diese Belegschaftsmitglieder nach vorausgegangener Bekanntmachung fristlos auf Grund des § 84 des Verggesetzes für den Freistaat Braunschweig. Der von der eingesetzten Schlichtungskammer am 12. Januar gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Der Tarifvertrag vom 7. Mai 1928 wurde mit einigen Abänderungen wieder in Kraft gesetzt: Die Gedingearbeiter sollen als Mindestlohn den Tariffschichtlohn ihrer Gruppe erhalten; die Gedinge sollen so festgelegt werden, daß bei normaler Arbeitsleistung mindestens 10 v. H. über diesen Schichtlohn hinaus verdient werden kann. Die Arbeitszeit über Tage wird ab 1. Januar 1929 von 9½ Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt. Die Sätze der Lohntafel sind ab 1. Februar um 0,15 RM. erhöht worden. Manteltarif und Lohntafel können erstmalig zum 31. Dezember 1929 gekündigt werden.

Auf den Erzgruben am Harz ist teilweise noch ein Tarifvertrag vom 14. November 1921 in Geltung. Das Mehrarbeitsabkommen und die Lohntafel wurden durch eine Vereinbarung vom 17. September 1928 neu geregelt (Arbeitszeit unter Tage 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt, über Tage 9 Stunden ausschließlich Pause; Spitzenlohn ab 1. September 6,75 RM.). Für den nordwestlichen Harz fand im übrigen eine Erneuerung der Tarifverträge am 3. April und durch Schiedsspruch am 29. September statt. Die Arbeitszeiten fanden dadurch folgende Regelung:

Ab 1. April unter Tage 8½ Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt und einer halbstündigen Pause, über Tage 9½ Stunden, Schichtzeit 11 Stunden; ab 1. Juni über Tage Schichtzeit 10½ Stunden; ab 1. November unter Tage an den ersten fünf Wochentagen 8½ Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt und einer halbstündigen Pause, an den Sonnabenden 7½ Stunden ohne Pause, über Tage wöchentlich 54 Stunden.

Für den Asphaltkalkbergbau wurde am 12. Mai 1928 vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch mit Wirkung ab 20. April gefällt, der die Annahme der Parteien fand. Die Arbeitszeit soll danach 8 Stunden betragen, Ausdehnung auf 9 Stunden ist nach Anhörung, auf 10 Stunden mit Zustimmung der Arbeitervertretung zulässig; Zuschläge für die 9. Stunde 15 v. H., für die 10. Stunde 25 v. H.; Spitzenlohn unter Tage 0,82 RM. je Stunde.

Der Tarifvertrag für die Erdölindustrie vom 1. November 1926 fand Abänderungen am 11. Juni bezüglich Arbeitszeit und Lohntafel. Die Arbeitszeit auf den Bohrbetrieben beträgt ab 1. Juli 1928

9½ Stunden, Schichtzeit 10½ Stunden, ab 1. Oktober 9 Stunden, Schichtzeit 10 Stunden.

Die Zuschläge für Mehrarbeit betragen 18 bzw. 25 v. H.

Nachdem die Angestelltenverbände im Braunkohlenbergbau Anfang Juli Neuregelung der Gehaltsbezüge ab 1. Juli beantragt, im September die Gehaltsafel gekündigt hatten und Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter am 13. November ergebnislos verlaufen waren, wurde am 22. November von der Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Grundgehälter um 5,16 v. H. und der Gesamtbezüge um 4,07 v. H. ab 1. Oktober 1928 vorsah. Der Spruch wurde von beiden Parteien angenommen. Zum Jahreschluß wurde das Mehrarbeitsabkommen (verbindlich erklärter Schiedsspruch vom 22. Juni 1927) gekündigt. Am 20. Dezember wurde zwischen den Verbänden eine Vereinbarung erzielt, daß das genannte Abkommen bis 30. September 1930 in Gültigkeit bleiben solle mit der Abänderung, daß die technischen Betriebsangestellten Mehrarbeit im Ausmaße des Schiedsspruches über die Arbeitszeit der Arbeiter vom 22. September 1928 leisten und die Bureauangestellten bis zu drei Stunden wöchentlich über die tarifliche Arbeitszeit hinaus zu Mehrarbeit herangezogen werden können; die Nachmittage vor Sonn- und Festtagen sollen von 14 Uhr ab frei sein.

Der Streit über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten der Ilseher Hütte, über den im Vorjahre ausführlich berichtet wurde, ist noch nicht zu Ende geführt. Während auf preußischer Seite zwei Werksleiter durch Gerichtsbeschluß wegen Uebertretung der Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung verurteilt wurden, erfolgte durch ein braunschweigisches Amtsgericht Freispruch. Gegen beide Urteile ist Berufung eingelegt worden, und zwar in Preußen seitens der Verurteilten, in Braunschweig seitens der Staatsanwaltschaft. Beide Verfahren laufen noch.

Neue Arbeitsordnungen sind nur im Salzbergbau erlassen worden, und zwar gelangte eine von den Organisationen vereinbarte Normalarbeitsordnung auf den Werken zur Einführung.

Zu Arbeitsstreitigkeiten ist es im Berichtsjahre nirgends gekommen. Erst am Jahreschluß trat ein solcher Fall im Bergbau der Ilseher Hütte ein; über ihn ist oben unter Tarifverträgen bereits berichtet worden.

Der sich normalerweise ergebende Abgang an Arbeitskräften war allgemein ohne Schwierigkeiten ersetzbar. Die Deckung des Bedarfs erfolgte in sehr vielen Fällen durch Zuhilfenahme der Arbeitsnachweise. Im allgemeinen ist das Angebot an Arbeitskräften jederzeit ausreichend gewesen.

B. und C. Arbeiter und Angestellte.

Ueber die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten ist in dem Absatz über Tarifverträge bereits berichtet worden.

Für die durchlaufenden Arbeiten (Pumpenbetrieb, Kesselbedienung und dergl.) sowie zur Ausführung von Reparaturen in den Betriebs-

pausen sind in den Braunkohlenbetrieben nach der tarifvertragsmäßig eingetretenen Arbeitszeitverkürzung zum ersten Male sogenannte Springerschichten eingelegt worden. Die Schichtzeit dieser Springer beginnt und endet zwei Stunden später. Die Urteile der Betriebsleitungen darüber sind verschieden. Während die einen angeben, daß die Springerschichten auf den Betrieb nicht störend wirken, da es sich nur um wenige Leute handle, betonen andere, daß die bisher damit gemachten Erfahrungen nicht besonders günstig sind. Im nächsten Jahresbericht wird darüber mehr gesagt werden können.

Ein übermäßiges Ueberstundenmessen ist nicht mehr in Erscheinung getreten. Die Listen, die von den Werksleitungen über verfahrenere Ueberstunden geführt werden müssen, wurden wiederholt revidiert. Die Eintragungen mußten wiederum mehrfach bemängelt werden, da aus ihnen nicht unmittelbar zu ersehen war, für welche Art von Arbeiten die Ueberstunden verfahren worden waren und ihre Zulässigkeit sich somit erst aus weiteren Nachforschungen ergeben konnte.

Die Ableistung von Sonntagschichten, die im allgemeinen möglichst vermieden wird, erfolgte nur unter dem Zwange der Notwendigkeit. In zwei Fällen wurde eine Genehmigung nach § 105 f der Reichsgewerbeordnung erteilt. In einem zur Feststellung der Zulässigkeit verfahrenerer Sonntagschichten gegen den Betriebsleiter eingeleiteten gerichtlichen Verfahren erfolgte Freispruch wegen Verjährung.

Anträge auf Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen der Reichsgewerbeordnung oder Arbeitszeitverordnung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer sind nicht gestellt worden.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Das Ansteigen der Unfälle im Vorjahre hatte die Bergbehörde veranlaßt, die Aufmerksamkeit der einzelnen Werksverwaltungen und verantwortlichen Aufsichtspersonen wiederholt, teils schriftlich, teils mündlich, auf die Notwendigkeit einer vermehrten Sorge für die Unfallverhütung durch Aufklärung der Betriebsbeamten und Arbeiter und genaue Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften zu lenken. Es kann festgestellt werden, daß diese Einwirkungen nicht ohne Erfolg gewesen sind.

Im Berichtsjahre wurden 259 Betriebsunfälle (331 im Jahre 1927) gemeldet, die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten. In dieser Zahl sind die Unfälle von neun Angestellten, vier weiblichen Arbeitnehmern und einem Jugendlichen enthalten, die bezüglich der beiden letztgenannten im übrigen nur leichter Art waren. Auch die auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte innerhalb des Betriebsgeländes sich zugetragen Unfälle sind einbezogen. Von diesen waren einige schwererer Art und hauptsächlich durch Sturz vom Fahrtrabe oder Motortrabe, durch Ueberfahren oder Glatteis hervorgerufen.

Verhältnismäßig hoch und die Unfallstatistik stark belastend ist die Ziffer der den betriebsfremden Personen bei den durch Unternehmer-

firmen ausgeführten Bau-, Montage- oder Abbrucharbeiten zugefügten Unfälle. So haben sich beispielsweise bei dem bereits oben erwähnten Neubau der Hochdruckkesselanlage der Grube Treue, bei dem acht verschiedene Unternehmer zum Teil gleichzeitig beteiligt waren, 20 Unfälle zugetragen, von denen allein 15 Arbeiter der Baufirma betroffen wurden. Diese Unfälle sind allerdings bis auf einen nur sehr leichter Art gewesen.

Ueber die Zahl der Unfälle, Dauer der Erwerbsunfähigkeit, Verteilung auf die Bergbauarbeiten und Vergleich mit dem Vorjahre gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

	Braunkohlenbergbau		Erzbergbau		Salzbergbau		Asphaltbergbau		Übriger Bergbau		Zusammen			
	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927	v. G.	1928	v. G.
Anzahl der Unfälle	165	129	77	75	45	32	26	6	18	17	331	100	259	100
tödliche	3	2	3	1	1	2	—	—	—	—	7	2,11	5	1,93
mit über 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	4	10	5	6	2	2	1	3	2	1	14	4,23	22	8,49
mit 4 bis 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	42	39	27	32	21	10	12	2	7	4	109	32,93	87	33,60
mit 4 Tagen bis zu 4 Wochen Erwerbsunfähigkeit	116	78	42	36	21	18	13	1	9	12	201	60,13	145	55,98
darunter bis zu 14 Tagen Erwerbsunfähigkeit	63	44	20	19	9	11	7	1	6	4	105	31,72	79	30,50

Die Zahl der Unfälle war in den letzten Jahren trotz Verringerung der Belegschaftsziffer, aber bei Zunahme der Fördermengen wenn nicht viel, aber doch langsam angestiegen. Es wurde diese Erscheinung im vorjährigen Jahresbericht auf die Auswirkungen der Rationalisierung zurückgeführt.

Die Bestrebungen der letzten Jahre zur Rationalisierung des Bergbaues waren hauptsächlich darauf gerichtet, erstens die Produktion auf die guten Werke zu konzentrieren und zweitens diese Betriebe besser und möglichst durchgreifend zu mechanisieren. Ueber den ersten Teil der Rationalisierung ist in den Vorjahren Bericht erfolgt. Die stärkere Mechanisierung konnte vor allem auf den großen Braunkohlentagebauen, den Steinsalzbergwerken und den Asphaltalkgruben betrieben werden, da hier besonders günstige Voraussetzungen dafür gegeben sind. Sie erstreckte sich namentlich auf

- a) stärkere Verwendung von Maschinen und Geräten, wie Waggern, Absekkapparaten, Planierpflügen, Lokomotiven, Bodenentladern, Gleisrüdmaschinen, Werkzeug-, Paketier-, Ristennagel- und anderen Kraftmaschinen, Druck- und Stanzapparaten,

- b) Umstellung von Dampftrieb auf elektrischen Antrieb sowie Verwendung höherer Stromspannungen,
- c) Verbesserung der Transporte durch Verwendung von Schaufelmaschinen, Schüttelrutschen, Kettenbahnen, Transportbändern, Seilbahnen, Rangierseilanlagen sowie durch Einführung des selbsttätigen Wagenumlaufes auf den Wipperböden,
- d) Einführung neuer Arbeitsweisen, wie Abbaumethoden (Pfeilerbruchbau statt Schachbrettbau in den Asphaltekalkgruben, höhere Steinsalzfirsten), durch Bohrhämmer, Drehbohrmaschinen zur Herstellung der Sprenglöcher, Rollochförderung in den Salzbergwerken, Großraumförderung, reihenmäßige Herstellung von Förderwagen,
- e) Verfeinerung der Produkte durch Sieb- und Aufbereitungsanlagen, im Zusammenhang damit
- f) Ausnutzung der Produkte durch Vereinfachung und Verbesserung der Aufbereitungsanlagen, Eigenverwendung der schlechteren Sorten, Kohlenstaubfeuerungen, Wiedergewinnung durch Entstaubungsanlagen,
- g) Vergrößerung der Produktion zur Herabsetzung der Gesteinskosten.

Teilweise hat auch eine Spezialisierung von Arbeiten stattgefunden, indem beispielsweise das Umlegen von Schüttelrutschen, das Versetzen von Rutschenmotoren oder das Zubruchwerfen von Abbaupfeilern von nur dazu bestimmten Leuten oder Arbeitergruppen ausgeführt wird.

Der Arbeitnehmer ist bei rationalisiertem Betriebe in größerem Maße an maschinell bewegten Einrichtungen tätig. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit größerer Gefährdungen. Außerdem sind die Anlagen komplizierter und ihre sichere Bedienung bedarf einer eingehenderen Regelung durch Dienstankweisungen, bei deren nicht genauem Innehalten leicht Gefahren entstehen. Schließlich ist nicht zu verkennen, daß an sich schon die stärkere Konzentrierung und Ausnutzung der Betriebe die Gefahremöglichkeit vergrößert. Es lassen sich aber die Gefahren des rationalisierten Betriebes durch entsprechende Aufklärung und Unterweisung der Arbeitnehmer, durch stärkere Beaufsichtigung und Regelung des Betriebes durch Dienstankweisungen vermindern. Es wurde auch bereits im vorjährigen Bericht der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Uebung und Anpassung der Arbeitnehmer an die neuen maschinellen Einrichtungen die Unfallziffern verringern würden. Wohl können die unter Tage verwendeten Kleinarbeitsmaschinen den Hauern und Förderleuten in den Abbaubetrieben die Erkennung einer Gefahr dadurch erschweren, daß sie infolge ihrer Geräusche das Warnen des Gebirges und der Zimmerung übertönen. Dem wird aber durch geeigneten planmäßigen Ausbau und planmäßiges Unterbrechen der Maschinentätigkeit entgegengewirkt.

Es muß an dieser Stelle wieder darauf hingewiesen werden, daß bei rationalisiertem Betriebe eine größere Gütererzeugung mit einer geringeren Belegschaft erreicht wird. Wenn bei Beurteilung der Unfallfrage die Produktion zugrunde gelegt wird, so ergab sich bereits für

1927, daß die Zahl der Unfälle, bezogen auf die Fördermengen bzw. Produktion, zurückgegangen war. Für das Berichtsjahr ist nun, wie aus der vorstehenden Tabelle zu entnehmen war, die ausgesprochene Erwartung eingetroffen, indem die Unfallziffern nicht nur an der Gütererzeugung gemessen, sondern auch rein zahlenmäßig zurückgegangen sind.

Für den Braunkohlenbergbau lauten die Unfallverhältniszahlen, auf 100 000 Tonnen Förderung bezogen, in den letzten Jahren von 1924 bis 1928: 6,34; 5,67; 5,18; 4,66; 3,20. Es ergibt sich somit, daß die Rationalisierung sich nicht unfallvermehrend auszuwirken braucht.

Die meisten Unfälle ereigneten sich in der Vormittagsstunde zwischen 11 und 12 Uhr (im Vorjahre zwischen 10 und 11 Uhr). Die Verteilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage ergab, daß der Dienstag am meisten belastet ist, und zwar haben sich 20 v. H. aller Unfälle an diesem Tage ereignet. Von den 259 gemeldeten Unfällen wurden 67 untersucht und zwar 33 auf Antrag der verschiedenen Berufsgenossenschaften und 34 aus bergpolizeilichen Gründen.

Auf Grund der Untersuchung einiger Unfälle wurden Verbesserungen und Schutzvorkehrungen an Betriebsvorrichtungen und Arbeitsgeräten angeordnet. In derselben Weise wurde verfahren, wenn eine Revision Mängel im Zustande der Grubenbaue, Betriebseinrichtungen, Arbeitsräume usw. ergab. Sämtliche angeordneten Verbesserungen wurden anstandslos eingerichtet, vorgefundene Mängel unverzüglich abgestellt.

Von den fünf tödlich verlaufenen Unfällen des Jahres 1928 sind drei auf eigenes Verschulden, auf Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung bestehender Sicherheitsvorschriften zurückzuführen, einer auf ein Zusammentreffen mehrerer unglücklicher Zufälle und der fünfte gleichfalls auf eigene Unvorsichtigkeit, aber im Zusammenhange mit einem Verschulden Dritter.

Dieser Unfall ereignete sich auf dem Schachtfüllorte eines Eisensteinbergwerkes. Hier wurde bei der beabsichtigten Ausfahrt aus dem Schachte ein Steiger, der während der Signalabgabe die Förderschale betrat, durch die infolge Mißverstehens des in unbergmännischer Weise dem Fördermaschinenisten gegebenen Signales unerwartet aufgehende Förderschale zwischen dieser und dem Schachtausbau zu Tode gequetscht. Der Unfall gab Veranlassung zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung zweier Aufsichtspersonen und eines Anschlägers. Sie wurden aber durch Gerichtsurteil freigesprochen.

Ein Transportbandwärter einer Bricketfabrik wollte einen vor der Umkehrwalze eines Transportbandes befindlichen Fremdkörper mit der Hand entfernen. Er wurde mit dem linken Arm zwischen Band und Walze hineingezogen und so gequetscht, daß er 24 Stunden später im Krankenhause seinen Verletzungen erlag. Der Unfall wäre verhütet worden, wenn der Verunglückte die danebenstehenden Hilfswerkzeuge benutzt oder das Transportband stillgesetzt hätte.

Ein älterer erfahrener Hauer eines Kalibergwerkes, der 26 Sprengschüsse vor einem Streckenort abtun wollte, unterließ es trotz der Zeitwarnung, die ihm durch die von ihm benutzte Lunte gegeben wurde,

den Arbeitsort rechtzeitig zu verlassen, und wurde 8 Meter davon entfernt von den ersten Sprengschüssen überrascht. Durch ein losgesprengtes Salzstück wurde ihm die hintere Schädeldecke so verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Ein Abraumgleisarbeiter eines Braunkohlentagebaues beachtete nicht die von selbsttönenden Glocken und der Lokomotive eines Abraumzuges gegebenen, gut hörbaren Warnungssignale, die seinen Kameraden zum Verlassen des Gleises bewogen hatten, und wurde überfahren.

Eigenartig ist der tödliche Unfall des Anschlägers eines Kalibergwerks insofern, als er besonders erkennen läßt, wie oft durch eine Verkettung unglücklicher Umstände ein Unfall herbeigeführt werden kann.

Bei der Förderung von 5 Meter langen Preßluftrohren im Schachte von der 750- nach der 500-Meter-Sohle ragte eines der auf der oberen Etage der Fördererschale aufgestellten, durch das aufgeklappte Dach hindurchreichenden Rohre, das eine Kleinigkeit gebogen war, in das Profil des anderen Fördertrumes hinein. Es fuhr an der oberen Etage und zwar an der verschlossenen Seite des Förderkorbes ein Aufseher, ein Elektriker und drei Arbeiter mit, während der verunglückte Anschläger neben dem Rohrbündel an der offenen Seite des Förderkorbes stand. Unglücklicherweise fuhr auf dem Gegenkorbe gerade eine Aufsichtsperson nach der 500-Meter-Sohle, so daß die Fördererschale mit den Rohren höher gezogen wurde, als beabsichtigt war. Als sich beide Fördererschalen bei 375 Meter Teufe begegneten, stieß das verbogene Rohr an die herabkommende Fördererschale und dadurch zugleich den Anschläger, der wahrscheinlich das Unglück kommen sah, vom Förderkorbe herunter, ohne daß einer der Mitfahrenden dies bemerkte. Zwischen Förderkorb und Schachtausbau ist der Anschläger dann zu Tode gequetscht worden.

Als besonderes Vorkommnis ist ein Schachtunfall im größten Steinsalzbergwerke zu verzeichnen, der Anfang Oktober, ohne Personenschaden hervorzurufen, eine 14tägige Betriebsstörung verursachte. Infolge Bruches des Umführungsgestänges zur Aufhängung des Unterseiles an dem einen Förderkorbe stießen bei der Güterförderung die Fördererschalen in der Mitte des 750 Meter tiefen Schachtes mit voller Fördergeschwindigkeit zusammen und wurden dabei vollständig zerstört. Der Schacht wurde glücklicherweise nur wenig in Mitleidenschaft gezogen. Auch blieb der mit Fahrten (Leitern) ausgerüstete Fahrtschacht unverfehrt, so daß die gesamte Belegschaft, wenn auch mit einiger Anstrengung, sicher zu Tage klettern konnte.

Als Folge dieses Unfalles in sicherheitlicher Beziehung ergab sich die bergbehördliche Anordnung auf Verminderung der Fördergeschwindigkeit bei der Personen- und Güterförderung.

Nachdem im preussischen Bergbau Ende 1927 die Signalgebung in Schächten und Bremsbergen infolge von Unfällen allgemein dahin geändert worden war, daß ein Schlag „Halt!“ und zwei Schläge „Auf!“ bedeuten, was sich durchaus bewährt hat, ist jetzt auch im braunschweigischen Bergbau diese Art der Signalgebung allgemein und einheitlich durchgeführt.

Bezüglich des Unfallschutzes bei der gewerblichen Erzeugung und Verwendung von elektrischem Strome sind neben den besonderen Bestimmungen der Bergpolizeiverordnung über elektrische Starkstromanlagen seitens der Bergbehörde folgende besondere Anordnungen oder Maßnahmen getroffen worden:

1. Beim Förderbetriebe durch elektrische Lokomotiven mit Oberleitungsstromzuführung müssen nicht nur sämtliche Lokomotiven unter und über Tage mit Kurzschließern ausgerüstet, sondern auch in den Förderstrecken unter Tage in gewissen Entfernungen Kurzschließer aufgehängt sein.
2. In Tagebauen muß vor Aufnahme von Arbeiten an Fahrdrableitungen der Bagger usw. nicht nur der Strom ausgeschaltet, sondern es muß auch zwischen Arbeits- und Trennstelle Erdung und Kurzschließung vorgenommen werden. Diese Sicherheitsmaßnahmen dürfen aber nur von der die Arbeiten leitenden verantwortlichen Aufsichtsperson ausgeführt werden. Hierbei hat diese Aufsichtsperson den abnehmbar einzurichtenden Hebel des Stromschalters während der Dauer der Arbeiten an sich zu nehmen, oder falls die Schalter mit verschließbaren Kästen umgeben sind, den Schlüssel des verschlossenen Schutzkastens für den ausgeschalteten Stromschalter bei sich zu tragen. Ein Einschalten des Stromes auf bloßen Zuruf hin ist verboten.
3. Im Tagebaubetriebe sind an Baggern, Absehern und ähnlichen Geräten älterer Bauart die Fahrdrableitungen größtenteils ziemlich tief aufgehängt. Um eine Berührung dieser stromführenden Drähte durch Personen, die die Gleisanlagen überqueren, sei es unmittelbar, sei es mittelbar durch getragene Arbeitsgeräte oder Materialien, zu verhüten, müssen beiderseits der Fahrdrableitungen, und zwar 60 bis 80 Zentimeter tiefer als diese, geerdete Drahtseile gespannt sein.
4. Es wird auch dahin gewirkt, daß sämtliche elektrischen Kleinarbeitsmaschinen stets gut geerdet sind und daß das Vierlitzenkabel, das zugleich die Erbleitung enthält, immer mehr eingeführt wird.

Von einzelnen Betriebsleitungen sind als besondere Schutzmaßnahme für die elektrische Beleuchtung feuchter Arbeitsstätten Handlampen-Transformatoren von 24 Volt sekundärer Spannung eingeführt. Auch sind die sonst im Betriebe befindlichen Handlampen durch solche aus reinem Gummi in wasserdichter Ausführung ersetzt worden.

Die Arbeiter werden bei allen sich nur irgendwie bietenden Gelegenheiten von den Aufsichtspersonen und der Aufsichtsbehörde sowie dauernd durch die dafür in Frage kommenden Unfallverhütungsbilder über die Gefahren des elektrischen Stromes und die richtige Handhabung elektrischer Maschinen und Einrichtungen aufgeklärt.

Auch wurde an sämtliche Arbeitnehmer, die in elektrischen Bagger- und Bahnbetrieben der Braunkohlengruben beschäftigt sind, ein vom Braunkohlen-Industrieverein E. B. Halle a. S. herausgegebenes Merkblatt verteilt, das Leitsätze für die Errichtung und den Betrieb elek-

trischer Bagger- und Bahnanlagen, verbunden mit Dienstsanweisungen zur Verhütung von Unfällen daselbst und Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen im elektrischen Betriebe enthält.

Der mit der Revision der elektrischen Anlagen betraute Beamte des Braunschweigischen Vereins zur Ueberwachung von Dampfkesseln und anderen technischen Anlagen E. V. hält alljährlich den Elektrikern (Aufsichtspersonen, Maschinenmeistern, Monteuren, Schaltwärtern und dgl.) Vorträge über elektrische Unfälle und ihre Verhütung.

Im Berichtsjahre hat sich im elektrischen Betriebe infolge Einwirkung des Stromes nur ein Unfall zugetragen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese geringe Zahl (= 0,4 v. H. aller Unfälle) etwa nur auf einen glücklichen Zufall zurückzuführen ist. Vielmehr legen die Werte große Sorgfalt darauf, die elektrischen Betriebs- und Schutzvorrichtungen den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker oder besonderen bergpolizeilich gegebenen Anordnungen entsprechend auszuführen. Auch läßt die Arbeiterschaft den ihr gegebenen Anweisungen und Belehrungen zufolge es nicht an der nötigen Vorsicht bei der Installation, Bedienung und Instandsetzung der elektrischen Leitungen und Geräte fehlen. Wenn hierbei noch berücksichtigt wird, daß gerade im letzten Jahre bei der fortschreitenden Mechanisierung die Verwendung der Elektrizität in den Betrieben ganz erheblich zugenommen hat, so muß diese Tatsache um so mehr gewürdigt werden. Der einzige Unfall ist insofern noch bemerkenswert, als er entgegen den sonstigen Wirkungen des elektrischen Stromes keine nennenswerten Schädigungen bei dem Verunglückten verursachte. Der Unfall hat sich auf einer Eisensteingrube in der aus sechs Zellen bestehenden Hauptschaltstation zugetragen, die seit drei Jahren von einem 52 Jahre alten Schaltwärter bedient wurde. Dieser wollte in der vorletzten Zelle, wo ein Transformator von 15 000 auf 10 000 Volt Drehstrom geschaltet wird, eine funkensprühende Schraube nachziehen. Er schaltete vorn und zwar oben und unten aus und eilte mit dem herbeigeholten Schraubenschlüssel durch den an der Rückseite der Zellen liegenden Gang zur vorletzten Zelle. Unglücklicherweise geriet er aber an die unter Ueberspannung stehende letzte Zelle, was kaum verständlich ist. Denn wenn auch beide Zellen die gleichen Inneneinrichtungen besaßen, so befand sich doch die letzte unmittelbar an der Gebäudewand. Im Augenblick, als er sich der seiner Meinung nach gelockerten Schraube mit dem Schlüssel näherte, wurde zwischen zwei Phasen Kurzschluß hergestellt, der einmal mit seinem Flammenbogen den Wärter traf und zu Boden warf, gleichzeitig aber auch den automatischen Schalter herauswarf. Der Schaltwärter hat 5 bis 6 Minuten bewußtlos gelegen, hörte dann den Fernsprecher klingeln, bediente diesen, brachte die Schraubenverbindung der vorletzten Zelle in Ordnung und schaltete beide Zellen wieder ein. Der Verunglückte hat nur ein paar Brandwunden an beiden Händen davongetragen und sich in den nächsten Tagen etwas schlapp gefühlt.

Die Aufklärung über die Wiederbelebung durch elektrischen Strom Verunglückter und die Ausbildung in den bei Rettungsarbeiten zu treffenden Maßnahmen finden durch Übungskurse im Zusammenhang

mit der Ausbildung der Rettungstruppen statt, die jedes Werk besitzt. Es sind damit selbstverständlich auch die technischen Grubenbeamten vertraut. Die Ausbildung wird planmäßig von der Hauptrettungsstelle der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Sektion III, Clausthal, betrieben, der die größere Anzahl der Werke freiwillig sich angeschlossen hat.

Die Starkstromanlagen der Gruben wurden vorschriftsmäßig durch die fachtechnischen Prüfungsstellen abgenommen und revidiert. Die Durchführung der von diesen getroffenen Anordnungen wurde überwacht.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

Der Gesundheitszustand der Belegschaftsmitglieder war im allgemeinen gut und hat sich gegen das Vorjahr gebessert. Als Durchschnittssatz ergibt sich, daß von 100 Arbeitnehmern stets vier bis fünf erkrankt sind. Auf einem großen Eisensteinbergwerk haben die Krankheitstage je Mitglied und Jahr nach Angabe der Werksleitung in 1928 13,8, in 1913 6,5 betragen. Epidemien sind nicht aufgetreten.

Durch die Verwendung der neuzeitlichen maschinellen Einrichtungen wurde zwar einerseits der Bedarf an menschlichen Arbeitskräften verringert, andererseits aber auch die körperliche Beanspruchung der Arbeiter herabgesetzt. Besondere körperliche oder seelische Schädigungen wurden nicht beobachtet. Klagen der Arbeiter über besondere Ermüdungen oder Eintönigkeit infolge Teilarbeit sind nicht bekannt geworden. Die Arbeitsleistung besteht mehr und mehr in der Ueberwachung sowie in Ausbesserungs- und Umarbeiten der maschinellen Einrichtungen. Die Tätigkeit der Arbeiterschaft verlangt daher in wachsendem Umfange handwerkliches Können, Intelligenz und Ueberlegung. Es tritt aus diesem Grunde bei dem rationalisierten Betriebe im Bergbau keine Entseelung der Arbeit ein; man kann eher sagen, daß das Gegenteil der Fall ist.

Die Rationalisierung hat jedenfalls eine stärkere Erkrankung der Arbeitnehmer nicht bedingt, sie hat im Gegenteil die Gesundheit der Arbeitnehmer eher günstig beeinflusst, denn die Arbeit vollzieht sich mehr unter Dach und Fach beim Bedienen der Maschinen, während früher bei Handarbeit die Leute den Unbilden der Witterung in größerem Maße ausgesetzt waren. Auch sind die Arbeiter nicht durch größere Ermüdung in der Verwendung ihrer Freizeit für eigene Zwecke behindert.

Die Entstaubungsanlagen der Bricketfabriken wurden durch weiteren Einbau von elektrostatischen Schlotentstaubungen und Absaugvorrichtungen in den Pressräumen erweitert und verbessert. Ueber die elektrostatischen Schlotentstaubungen, die sich bisher recht gut bewährt haben, wurde im Bericht für das Jahr 1926 Ausführliches gebracht. Die für die Erzeugung des dafür nötigen Stromes von 45 000 Volt und 25 Milliampère betriebenen Gleichrichteranlagen verursachten infolge des starken Funkenübersprunges und der hohen Spannung in einem großen Umkreise erhebliche Störungen des Rundfunkempfanges. Diese Störungen konnten aber verhältnismäßig leicht und schnell durch Einbau von Silikstäben hinter die Gleichrichter beseitigt werden.

Die große Bedeutung, die einer guten Beleuchtung der Arbeitsstellen nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sicherheitlicher Hinsicht zukommt, wird immer mehr erkannt. Nachdem Versuche mit stationärer elektrischer Beleuchtung der Abbaue sehr günstige Ergebnisse gezeitigt hatten, ist diese Beleuchtungsart und zwar durch hochterzige elektrische Scheinwerferlampen in den hohen Steinsalzfirsten der Salzbergwerke und den weiten Pfeilerbruchbauen der Asphaltkalkgruben eingeführt, zum Teil sogar vorgeschrieben worden. Wo elektrischer Strom nicht vorhanden ist, werden große Äzethlenlampen aufgestellt. Auch die Förder- und Fahrwege in den Gruben sind vielfach elektrisch beleuchtet. Für die Tagesanlagen (Tagebaue, Grubenbahnhöfe, Materialienlager und dergl.) hat sich die Beleuchtung durch hochterzige Tieffstrahler bewährt.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Die Löhne in den einzelnen Bergbauzweigen sind aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen. Der Gesamtverdienst (Leistungslohn + Soziallohn + Zuschläge für Ueberarbeit) eines erwachsenen männlichen Arbeiters betrug im Jahresdurchschnitt:

	1927 RM	I. Vierteljahr 1928 RM	II. Vierteljahr 1928 RM	III. Vierteljahr 1928 RM	IV. Vierteljahr 1928 RM	Durch- schnitt 1928 RM
Braunkohlen- bergbau . . .	6,79	7,08	7,31	6,94	7,27	7,15
Erzbergbau . .	6,81	7,13	7,34	7,32	7,41	7,30
Salzbergbau . .	6,34	6,48	6,83	7,18	7,32	6,95
Asphaltbergbau	6,46	7,38	7,75	8,05	7,95	7,78
übriger Bergbau	5,86	6,40	7,09	7,19	7,19	6,98

Die weiblichen und jugendlichen Arbeiter verdienen durchschnittlich in der Schicht:

	Weibliche		Jugendliche	
	1927 RM	1928 RM	1927 RM	1928 RM
Braunkohlenbergbau . . .	3,84	3,61	1,95—2,31	1,98—2,01
Erzbergbau	3,75	4,00	2,42—2,63	—
Salzbergbau	3,55	3,69	1,65—2,80	2,45—2,74
Asphaltbergbau	—	—	—	2,42—2,96
Anderer Bergbau	3,62	4,04	—	0,80

Die reinen Gedingelöhne (Leistungslohne der im Gedinge oder Akkord beschäftigten Arbeiter) schwankten zwischen 5,90 RM. und 10,27 RM. (1927: 5,50 RM. und 9,89 RM.).

Als Entschädigung für jede Urlaubsschicht wurden gezahlt im Braunkohlenbergbau 6,57 RM. (1927: 6,14 RM.), in den Salz- und Grabbetrieben 6,53 RM. bzw. 6,50 RM. (1927: 6,50 bzw. 5,76 RM.), im Asphaltkalkbergbau 6,41 RM. (5,86 RM.) und in den übrigen Bergbauarten 6,25 RM. (5,70 RM.).

Die Art der Lohnzahlung ist auf den einzelnen Werken verschieden. Größtenteils werden an den Freitagen oder Sonnabenden, also vier bis fünfmal im Monat, oder am 5., 15. und 25. jeden Monats Abschlagszahlungen geleistet. Die Restlohnzahlung erfolgt dann Mitte des Monats für den Vormonat. Die genaue monatliche Lohnabrechnung steht auf der Restlohnküte.

Im Braunkohlenbergbau und auf der staatlichen Saline werden Abschlagszahlungen nicht ausgeführt. Hier erfolgt die Lohnzahlung am Freitag jeder Woche für die vorhergehende Woche vom Montag bis Sonnabend oder vom Mittwoch bis zum Dienstag. Ueber den Lohnbetrag wird z. T. auf einer Zeitkontrollkarte quittiert, welche die Lohnabrechnung enthält.

Ein Verdienstausschlag infolge Einlegens von Feierschichten wegen Absatzmangels ist nur auf den Steinsalzwerken eingetreten, wo in dem einen Falle 11, im andern Falle 15 Feierschichten im Laufe des Jahres eingelegt werden mußten. In den übrigen Bergbauzweigen war der Absatz gut, in den Eisensteinbergwerken im ersten Halbjahr sogar sehr gut.

Im Braunkohlenbergbau werden auf Grund der Tarifvertragsbestimmungen Kohlendeputate gegeben, und zwar an Verheiratete 80 Zentner, an Unverheiratete 25 Zentner Briketts im Jahre. Im Salzbergbau erhalten die verheirateten Arbeiter ein Hausstandsgeld einschließlich Kohlendeputatsausgleich von 0,30 RM. für die verheiratete Schicht. Im übrigen werden auf der staatlichen Saline Salzdeputate und zwar jährlich 10 Kilogramm auf den Kopf der Familie allen denjenigen gewährt, die $\frac{1}{4}$ Jahr im Dienste der Saline gestanden haben.

Im übrigen Bergbau wird von den Werksleitungen Feuerungsmaterial (Kohlen, Briketts, Brennholz) beschafft und zum Selbstkostenpreise an die Belegschaftsmitglieder abgegeben, der erheblich unter dem Kleinhandelspreise liegt.

Einkauf von Lebensmitteln durch die Werke wurde nur vereinzelt vorgenommen; er erstreckte sich hauptsächlich auf Kartoffeln, frische Seefische und Marinaden.

Die Wohnungsverhältnisse liegen nach wie vor ungünstig, vor allem, weil zahlreiche abgekehrte Arbeitnehmer trotz Inanspruchnahme der Gerichte nicht dazu zu bringen sind, die Werkswohnungen zu räumen. In den 131 Wohnungen eines Steinsalzbergwerkes z. B. wohnen 21 Werksfremde. Die Werksleitungen betonen ausdrücklich, daß eine solche Auswirkung der Wohnungszwangswirtschaft den Unternehmer natürlich nicht ermutigen könne, weitere Gelder in den Wohnungsbau zu investieren. Aus diesem Grunde wohl hat auch die Bautätigkeit der Werke merklich nachgelassen. Der von den Werken und einigen Genossenschaften ausgeführte Wohnungsbau reichte bei weitem nicht aus, die sehr

rege Nachfrage nach Werkswohnungen zu decken. Die Wohnungsnot besteht weiter, und somit bleiben auch die durch das enge Zusammenleben hervorgerufenen sittlichen Gefahren. Mit der Wohnungsfrage hängt auch der vielfach vorliegende starke Wechsel im Ab- und Zugange der Belegschaftsmitglieder zusammen. Die Begründung einer Bodenständigkeit der Belegschaften durch Schaffung von Arbeiterwohnhäusern wird durch das Nachlassen der Bautätigkeit der Werke leider hintangehalten. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß wenigstens einige neue Wohnhäuser gebaut und einzelne Wohnungen durch Umbauten geschaffen wurden.

Bemerkenswert ist die Verteilung der Belegschaften auf die einzelnen Wohnungen. Es wohnten nach Angabe der Werksleitung von der gesamten Belegschaft der Hleber Hütte durchschnittlich

in eigenen Wohnungen . . . 19,31 v. H.

im Elternhause 18,11 v. H.

in 787 Werkswohnungen . . . 24,66 v. H.

in fremden Wohnungen . . . 37,92 v. H.

Sanitäter der größeren Werke wurden im braunschweigischen Landeskrankenhause durch beamtete Aerzte in der Verabfolgung von Lobelineinsprizungen unterrichtet. Alle Werke halten selbstverständlich auch Lobelin zur Verwendung bereit.

In allen Betriebsteilen sind an verschiedenen der Belegschaft durch Aushang bekanntgegebenen Stellen Verbandskästen aufgestellt, welche im Notfalle zur ersten Hilfeleistung benutzt werden können.

Die im Laufe von fünf Jahren erfolgende Aufwertung der Einlagen der Werksparcasse der Hleber Hütte auf den Vollbetrag der Friedenseinlage (meist 1500 RM.) nahm auch im Berichtsjahre ihren Fortgang. Als Aufwertungsbetrag ergibt sich auf den Arbeitstag und den Arbeiter umgerechnet ein solcher von 1 RM.

Aus Werksunterstützungskassen, in die die Strafgeelder und Lohnspitzen fließen, oder aus bestehenden Wohlfahrtsfonds konnte in Not geratenen Belegschaftsmitgliedern Unterstützung gewährt werden.

Auf verschiedenen Werken finden Ehrungen derjenigen Angestellten und Arbeiter statt, die ununterbrochen 25 Jahre dem Betriebe angehört haben, und zwar durch Feiern und Geldgeschenke (150 bzw. 75 RM.) oder durch Ueberreichung hochwertiger silberner Uhren mit silberner Kette und Widmung.

Den Belegschaftsmitgliedern der Braunkohlengruben wird zu ermäßigtem Preise die Zeitschrift „Das Werk“ (Vereinigte Stahlwerke Düsseldorf A.-G.) zur Verfügung gestellt. Die Zeitschrift enthält einen belehrenden und einen unterhaltenden Teil. Auch der Unfallverhütungskalender 1928 wurde an die Arbeitnehmer verteilt.

Braunschweig, den 26. Februar 1929.

Gochlich,

Bergrat.

Tafel I.

Besichtigungen gewerblicher Anlagen und Unfalluntersuchungen.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Gesamtzahl der Besichtigungen	Darunter Besichtigungen		Zahl der			Unfalluntersuchungen	Be- merkungen
			in der Nacht	an Sonn- u. Feiertagen	einmal	zweimal	drei- oder mehrmals		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	225	11	9	5	1	32	67	
	Zusammen:	225	11	9	5	1	32	67	
	1927:	262	8	13	1	5	33	60	

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Koks	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen und Braunkohlenbriketts	9	—	2004	10	—	8	—	—	2022	—
	3. Gewinnung von Erzen . .	4	—	590	—	—	2	—	—	592	—
	4. Salzbergbau	4	—	539	4	—	44	—	—	587	—
	5. Salinenwesen	1	—	132	3	—	36	—	—	171	—
	6. Gewinnung von Erdöl . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torfauf- bereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	1	—	107	1	—	—	—	—	108	—
Zusammen:		19	—	3372	18	—	90	—	—	3480	—
1927:		20	1	3462	13	—	84	—	—	3559	54

Tafel II A.

und mehr Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*)					männlich	weiblich	männlich	weiblich	Arbeitnehmer insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
121	—	—	—	—	—	121	—	2143	—	69	9	2014	8	121	—	2143	
26	—	—	—	—	—	26	—	618	—	32	4	590	2	26	—	618	
46	—	—	1	—	—	47	—	634	—	38	4	543	44	46	1	634	
15	—	—	1	—	—	16	—	187	—	4	1	135	36	15	1	187	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5	—	—	—	—	—	5	—	113	—	10	1	108	—	5	—	113	
213	—	—	2	—	—	215	—	3695	—	153	19	3390	90	213	2	3695	
255	3	—	10	—	—	268	1	3827	55	195	20	3475	84	258	10	3827	

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Vertrießl. neu hinzugekommen *)	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Vertrießl. neu hinz. zugeh. Betrieben *)
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
III	Bergbau, Salinentwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Koks	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen und Braunkohlenbriketts	2	—	33	—	—	—	—	—	33	—
	3. Gewinnung von Erzen	4	—	71	—	—	—	—	—	71	—
	4. Salzbergbau	1	—	13	—	—	—	—	—	13	—
	5. Salinentwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Gewinnung von Erdöl	2	—	23	—	—	—	—	—	23	—
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torfauf- bereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	4	2	66	—	—	—	—	—	66	32
	Zusammen:	13	2	206	—	—	—	—	—	206	32
	1927:	13	4	190	—	—	—	—	—	190	48

Tafel II B

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *)	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *)					Arbeiter	Angestellte	männlich	weiblich	männlich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	—	—	—	—	3	—	36	—	8	2	33	—	3	—	36	
13	—	—	—	—	—	13	—	84	—	12	4	71	—	13	—	84	
2	—	—	—	—	—	2	—	15	—	4	1	13	—	2	—	15	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4	—	—	—	—	—	4	—	27	—	9	2	23	—	4	—	27	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5	—	—	—	—	—	5	3	71	85	23	4	66	—	5	—	71	
27	—	—	—	—	—	27	3	233	35	56	13	206	—	27	—	233	
23	—	—	—	—	—	23	6	213	54	56	13	190	—	23	—	213	

Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen kleinen Schuvvorschriften erlassen sind. Beschäftigungen dieser Betriebe. Diese

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Vorhandene		
		Anlagen	Arbeiter	Angestellte
1	2	3	4	5
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	6	—	—
	Zusammen:	6	—	—
	1927:	9	11	1

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Melbung usw.	Vergehen, betr. die Beschäftigung von			
			Erwachsenen männlich	weiblich	Jugendlichen v. 14-16 Jahren	Kindern
1	2	3	4	5	6	7
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	3	—	—	—	—
	Zusammen:	3	—	—	—	—
	1927:	—	2	—	—	—

Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche besondere vorübergehend stillliegenden Betriebe mußten bergpolizeilich revidiert werden.

Tafel IV.

[illegible]

